neue

Anmerkungen zur „Sozialistischen Februarkonferenz“ / Langer Marsch - Kurze Perspektive / Elmar Altvater - Die Wirtschaftskonzeption der Großen Koalition und die Gewerkschaften / Wolf Rosenbaum - Einkommensentwicklung und Gewerkschaftspolitik / Ursula Schmiederer - Die Spaltung der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks / Hartmut Lange - Ist ein neuer Realismus fällig? / Diskussion - „Traditionalisten“ und „Antiautoritäre“ - Zur Bundestagswahl 1969 / Rezensionen

kritik

Februar 1968

46

3	*Ursula Schmiederer*	Anmerkung zur „Sozialistischen Februarkonferenz"
8	*Rolf Schmiederer*	Am Beispiel Bildung
11		Grußworte des SDS-Bundesvorstands zur „Sozialistischen Februarkonferenz"
13	*Walmot Falkenberg* *Hartmut Dabrowski*	Langer Marsch — Kurze Perspektive
25	*Elmar Altvater*	Die Wirtschaftskonzeption der Großen Koalition und die Gewerkschaften
37	*Wolf Rosenbaum*	Einkommensentwicklung und Gewerkschaftspolitik
49	*Ursula Schmiederer*	Die Spaltung der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks
61	*Hartmut Lange*	Ist ein neuer Realismus fällig?
71	*Diskussion*	„Traditionalisten" und „Anti-autoritäre"
		Brief an einige Genossen: zur Bundestagswahl 1969
79	*Rezensionen*	Löwenthal/Gutermann; Agitation und Ohnmacht

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 46, Februar 1968, 9. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Hans-Jürgen Krahl, Herbert Lederer, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Bernd Rabehl, Helmut Schauer, Klaus Vack, Frank Wolff, Karl-Dietrich Wolff. Redaktion: Bernhard Blanke, Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich)
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon 77 60 68/77 86 70
NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Anmerkungen zur »Sozialistischen Februarkonferenz«

Auf der „Sozialistischen Februar-Konferenz" hat sich „Die Sozialistische Opposition" mit der Annahme eines sozialistischen Aktionsprogramms zum „Sozialistischen Zentrum" konstituiert (im sozialistischen Offenbach). Gemessen an dem Schlendrian, den man von sozialistischen Veranstaltungen gewohnt ist, lief diese Konferenz wie am Schnürchen. Das nicht-gewählte, selbstbestellte Präsidium leitete und dirigierte die Beiträge so, daß die Diskussion nicht zu lang und nicht zu intensiv wurde. Aber was — außer Detailänderungen — hätte man schon diskutieren sollen? Die Häupter der einzelnen Kartell-Gruppen hatten die vielen Formulierungen und Forderungen des Programms im voraus wohl abgewogen. Das Publikum stimmte ab.

Die wenigen Versuche, grundsätzlich den Sinn des Unternehmens in Inhalt und Form zu diskutieren, waren deplaziert — sie fielen aus dem Rahmen. Die Veranstalter wirkten jedoch entschlossen, in dem Rahmen zu bleiben, den sie sich durch die Verhandlung des Programms selbst gesteckt hatten. Wer diese Begrenzung nicht akzeptierte, konnte ohnehin mit der Konferenz nichts anfangen. Das gilt auch fortan: „Auf der Grundlage" des Aktionsprogramms sollen „alle sozialistischen und demokratischen Kräfte" mobilisiert werden; die sozialistischen Kräfte, die sich „auf dieses Aktionsprogramm geeinigt haben", sollen koordiniert werden (Programm III. 2.). Wer von diesem Programm nichts hält, bleibt draußen — und das werden nicht so wenige sein.

Was aber ist von diesem Programm zu halten? Dies ist kein Aktionsprogramm, sondern das verhinderte Grundsatzprogramm einer Möchte-gern-Partei. Dabei unterliegt man auch den Zwängen, die der Anspruch des Parteiprogramms impliziert: sich zu allen möglichen Fragen des institutionalisierten politischen Betriebes zu äußern. Damit läßt man sich einerseits schon auf die Ebene der parlamentarischen Politik und der potentiellen parlamentarischen Alternativ-Partei ein. Andererseits kann unter den gegenwärtigen Voraussetzungen naturgemäß dabei nicht viel mehr herauskommen, als ein eklektisches Sammelsurium von meist reformisti-

schen Forderungen, über deren Realisierung wohlweislich nichts gesagt wird. Insofern gleicht dieses „Aktionsprogramm" auch den Wahlprogrammen der etablierten parlamentarischen Parteien: man will allen (den Bauern, Arbeitern, Schülern, unterdrückten Völkern und den Menschen) etwas Gutes tun — sagt aber nicht wie. Der Stil ist so: „Die Sozialistische Opposition" „kämpft für", „tritt ein für", „unterstützt den Kampf um", „fordert" . . . Es ist ein Programm des „als ob" — als ob eine zentralistische, schlagkräftige Organisation zur Verfügung stünde, die den etablierten politischen Parteien und Machtgruppen pari bieten und die Machtfrage stellen könnte; als ob man eine Organisation ‚einsetzen' könnte, um Forderungen durchzusetzen.

Die Veranstaltung wie das Programm tragen den Kompromißcharakter, der unvermeidlich ist, wenn organisatorisch selbständige Gruppen sich zum Kartell zusammenschließen, ohne von ihren je eigenen Positionen abzurücken. Dann sind offene und grundsätzliche Diskussionen nicht möglich. Sie könnten radikal werden — an die Wurzel des Unternehmens gehen. Das aber würde den Kompromiß gefährden. Auf nahezu groteske Weise — und unbeabsichtigt — wurde ausgerechnet an einer „DDR-Diskussion" die Brüchigkeit des Kartell-Konsensus klar. Um das Kartell nicht zu gefährden, müssen die Streitfragen — nach parlamentarischem Muster — von der Kartellspitze vorentschieden werden. Das Volk akklamiert. Diesem demokratischen Charakter der Organisation entspricht auch, daß man in der Führung und selbstverständlich unabhängig von den Kongreßteilnehmern eine Vielzahl an Kommissionen, Ausschüssen, Sekretariaten, Kommitees geschaffen hat, zu denen Sitze und Stimmen nach dem Proporz verteilt werden (Laut Programm III. 2. „versteht sich [das Sozialistische Zentrum] als Zusammenschluß selbständiger und gleichberechtigter sozialistischer Gruppierungen und Personen" — wer, bitt schön, vertritt die Individuen?). Daß aus einer solchen Konstruktion keine *Bewegung* werden kann, liegt nahe. Die lähmende Inspirationslosigkeit der Konferenz selbst war die glatte Negation von Bewegung.

Eine Bewegung entsteht nicht durch die abstrakte Diskussion über ein abstraktes Programm. Aktionen entstehen nicht durch die Proklamation ihrer Notwendigkeit. Das „Aktions"-Programm sagt an keiner Stelle etwas über Inhalt und Form der „notwendigen Aktionen" aus. Die Konferenz diskutierte weder darüber, was mit dem Programm geschehen solle, noch welche Aktionen wie und wo durchzuführen seien. Man kann vermuten, daß die nicht-gewählte, zentrale Führung des Zentrums ihren eigenen programmatischen Anspruch ernst nehmen wird: „Diskussionen

und Aktionen anzuleiten" (sic!) (III. 2.). Wie da wirksame Aktionen zustandekommen sollen, bleibt eine Frage. Mit Sicherheit läßt sich konstatieren, daß der traditionelle und sterile Ansatz altsozialdemokratischer Parteiarbeit eine Koordinierung der vorhandenen Aktivitäten und Bewegungen nicht schafft. Sicherlich ist es nicht zufällig, daß sich die Träger realer Bewegungen dem Sozialistischen Zentrum bisher ferngehalten haben: die Notstandsopposition, die Kampagne für Abrüstung, der SDS-Gesamtverband, der Republikanische Club Berlin usw.

Zwei Marburger Genossen zirkulierten in der SDS-Gruppe ein Papier „Zum Verhältnis des SDS zur Sozialistischen Opposition", in dem sie auswiesen, daß sie das Grundproblem nicht verstehen. Darin wird dem Gesamt-SDS vorgeworfen, er sei durch seine „Abwesenheit" von „Der Sozialistischen Opposition" mitverantwortlich dafür, daß „sich bisher notwendigerweise die Auseinandersetzung allein um Organisationsformen, Aktionsprogramm und mögliche Stellung in der Gesellschaft drehen: das prägende Moment einer Bewegung außerhalb der Organisationen der SO (doch von ihnen gesteuert) fehlte, Diskussion über Aktionsformen und Möglichkeiten praktischer politischer Arbeit konnte nicht stattfinden".

Dies ist die „entristische" Position: reingehen, mitmachen, reformieren. Entscheidend ist jedoch, daß der politische Ansatz des Sozialistischen Zentrums genau die Mitarbeit verhindert, weil er die außerparlamentarische Opposition auf eine bestimmte Organisationsform und Arbeitsweise festlegen will die deren bisherigen Erfahrungen in keinem realen Punkt entspricht. Das Vorgehen des Sozialistischen Zentrums ist konträr den Erfahrungen der außerparlamentarischen Bewegungen. Das Zentrum legt, ohne reale Zielgruppen und konkrete Aktionen zu bestimmen, sich selbst auf ein Programm und eine traditionelle Organisationsform fest. Damit werden vor allem in der Organisationsfrage Vorentscheidungen getroffen, die sich an die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung anlehnen, ohne deren Sinn unter den politischen Verhältnissen der spätkapitalistischen Gesellschaft zu reflektieren. Die außerparlamentarischen Bewegungen zeichnen sich im Gegensatz dazu durch organisatorische Offenheit und die Klarheit über das Vorläufige ihrer organisatorischen Ansätze aus. Da das Sozialistische Zentrum durch seine klare Feststellung auf das traditionelle parlamentarische Parteimuster eine Diskussion durch praktische Schritte abgeschlossen hat, ehe sie geführt wurde, kann das Argument des ‚Mitmachens' nicht gelten. Man kann nicht erwarten, daß sich die ferngebliebenen Organisationen und Gruppen nun schlicht ‚an-

schließen' — und damit ein fait accompli akzeptieren, das politische und organisatorische Möglichkeiten verengt, anstatt sie auszubauen.

Gemessen am Niveau der Aktionen und Diskussionen in den Gruppen der außerparlamentarischen Opposition ist die Sozialistische Februar-Konferenz ein Rückfall auf überholte Positionen — in programmatischen Inhalten, Sammlungsvorstellungen und in den strategischen Fragen der Aktionsformen und der Zielgruppen.

Bei allen perspektivischen Unsicherheiten, die die außerparlamentarische Oppositionsbewegung heute charakterisieren, läßt sich doch folgendes konstatieren (man vergleiche hierzu die Ausführungen von Meschkat und Guggomos auf der Aktionskonferenz der Kampagne für Abrüstung; abgedruckt in „Außerparlamentarische Opposition, Informationen für Abrüstung und Demokratie", Nr. 54, Jan. 68 — diesen Ausführungen wird hier im wesentlichen gefolgt):

1. In einer weitgehend manipulierten Gesellschaft kann demokratische Opposition nur durch anti-manipulatives Denken und Handeln — also durch demokratische und transparente Formen der Diskussion und der Aktion wirksam sein.

2. Es kann daher nicht die Intention der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung sein, den verfestigten und bürokratisierten Parteiformen und politischen Institutionen andere Organisationen eines ähnlichen Typs entgegenzustellen.

3. „Die gegenwärtige Stärke der außerparlamentarischen Opposition besteht wohl darin, daß sie sich eben nicht als Vorform einer neuen Partei versteht, sondern ihre Gegner dadurch irritiert, daß sie alle verfestigten und bürokratisierten Organisationsformen ablehnt" (Meschkat). Tatsächlich bedingt die Bewegungsform der Kampagne als einer Einheit von Aufklärung, Agitation und Aktion ein neuartiges Verhältnis zu den bestehenden Institutionen und Organisationen.

4. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß es nur dann gelingt, demokratische Gegenkräfte aufzubauen und zu gewinnen, wenn die Aktionsformen selbst demokratisch sind — in dem Sinn, daß nicht eine Organisationsspitze von oben nach unten „anleitet" oder dirigiert, sondern in dem Sinn, daß die individuellen Träger der Bewegungen selbständig agieren können.

5. Die politische Erweiterung und gleichzeitig die politische Konkretisierung der Ziele gelingen in dem Maße, wie in den konkreten Aktionen politische Forderungen entwickelt werden. Der Ablauf der Kam-

pagne bestimmt sich an der Präzisierung und Konkretisierung des politischen Gegenstandes (Das zeigt die politische Entwicklung der Kampagne für Abrüstung. Auf die Vietnam-Demonstration in Berlin im Oktober 1967 verweisen Meschkat und Guggomos).

Die Sozialistische Februarkonferenz schlug — wen wundert es? — um diese Ansätze und die damit verbundenen Probleme einen großen Bogen, anstatt sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Daß etwa der Ostermarsch neue Aktionsformen geschaffen hat, mit denen neue Menschen der außerparlamentarischen Opposition zugeführt wurden, blieb unerwähnt; dafür wurde die Kampagne für Abrüstung immerhin in zehn Stunden Konferenz über außerparlamentarische Opposition ziemlich genau ein- bis zweimal erwähnt. Auch im Verhältnis zur Studentenbewegung — und zum SDS — zog man es vor, die politische Auseinandersetzung durch das beliebte Pappkameraden-Spiel zu ersetzen: man baut ihn auf, boxt ihn nieder und hat das gute Gefühl, zu neuer eigener Qualität aufzusteigen. Daß den linken Studenten und dem SDS im Hochschulbereich ein politischer Durchbruch gelang, wie die Linke ihn sonst bisher nirgends geschafft hat, wurde entweder verdrängt oder bestritten. Da war die (alte) Rede von den „abstrakten akademischen" Diskussionen, von den Intellektuellen, die in theoretischer Spekulation oder gar in „halbberechtigten Aktionen" verharren und sich von „der Arbeiterklasse" isolieren. Die Praktiker dagegen beriefen sich auf „die Massen" und auf „die Arbeiterklasse" (wo nicht gar auf die „werktätige Bauernschaft"), ohne im übrigen die Massen und Klassen in aller Konkretheit als Träger der sozialistischen Politik auszuweisen. Hätte man Masse und Klasse als direkte Zielgruppe und bestimmbares Subjekt der Aktionen definiert, so wären sie geschrumpft auf die politisch bewußten Funktionärskader, die auf der Sozialistischen Konferenz garantiert nicht das erste Mal von sozialistischer Politik und notwendigen Aktionen hörten.

„Die Sozialistische Opposition" begnügt sich nicht damit, die vorhandenen oppositionellen Kräfte quantitativ und qualitativ zu festigen und auszuweiten. Man strebt nach Macht und will ins Parlament. „Die Arbeiterklasse" dürfe nicht aus dem Wahlkampf ausgeschaltet bleiben und: „verzichten wir auf parlamentarische Arbeit, dann verzichten wir auf die Koordination unserer Arbeit" (Abendroth). Das parlamentarische Programm hat man schon und die organisatorischen Präjudizierungen für eine parlamentarische Partei sind ebenfalls vorhanden. Die Problematik des Parlamentarismus und einer sozialistischen Politik im Parlament wurden nicht diskutiert. Das Problem wurde in der Floskel ‚aufgehoben', man

müsse innerhalb und außerhalb des Parlaments arbeiten. Wozu da noch Parlamentarismus-Analysen? (So hatte offenbar auch der Autor des Referates über „Parlamentarismus — Parlamentarische Aktion — Sozialistische Politik" [vgl. nk 44] von der Delegiertenkonferenz des SDS seine differenzierten Einsichten vergessen, als er zur „Arbeiterklasse" sprach. Was den Studenten an analytischen Erkenntnissen recht ist, scheint den Arbeitern noch lange nicht billig zu sein. Ist der „Durchbruch zu den Arbeitermassen" identisch mit der terrible simplification?)

Ein Kritiker meinte, „Die Sozialistische Opposition" organisiere eine nicht-vorhandene Praxis. Auf das Entstehen von Praxis beim Sozialistischen Zentrum darf man also gespannt sein.

Ursula Schmiederer

Am Beispiel Bildung

Leider fehlt hier der Platz, das Aktionsprogramm des Sozialistischen Zentrums, das auf der Sozialistischen Februarkonferenz am 3. 2. 1968 in Offenbach vorgelegt und einstimmig angenommen wurde, in seiner Gesamtheit zu würdigen. Beschränken wir uns also auf den Bereich, der, wie kein anderer, im Zentrum der derzeitigen Diskussion steht und der bei den Sozialisten schon immer an entscheidender Stelle der Programmatik stand: Bildung und Ausbildung.

Nachdem man gerade in Übereinstimmung mit Herrn Rehwinkel die Erhaltung der 50%igen Überbesetzung unserer Landwirtschaft mit Arbeitskräften gefordert hatte, nämlich eine „Agrarpolitik, die die Existenz der werktätigen Bauern sichert", zeigte sich besonders im Abschnitt II. 5. des Programms („Für ein fortschrittliches Bildungs- und Erziehungswesen" — S. 11 f.), wie entscheidend es für ein solches Programm ist, daß

es nicht am Schreibtisch der „ewigen Diskutierer" entsteht, sondern in der politischen Aktion, im politischen Kampf. Ebenso allerdings zeigt die Realitätsnähe des Programms, daß die Aktionen, in denen es entstanden ist, nichts mit dem „psychologischen, gewaltlosen Terror" der Studentenaktionen (Frank Deppe) gemein haben, und daher im Gegensatz zu eben diesen Schüler- und Studentenaktionen von breiten Schichten der Bevölkerung verstanden werden können.

So wird z. B. die Gesamtschule gefordert — fast auf den Tag zum selben Zeitpunkt, an dem die hessische CDU dies auch tut. Gleiches gilt für die Forderung nach beschleunigtem Ausbau von Mittelpunktschulen. Auf so radikale Forderungen wie nach Einheitsschulen à la Schweden oder gar nach einer 10-jährigen ‚allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule' hat man ebenso verzichtet wie auf solche Utopien wie Tagesschulen, Tagesheimschulen oder Schulkindergärten. Statt dessen hält man am Bewähren fest: an der deutschen Grundschule, die allerdings auf zehn Jahre verlängert werden soll.

Nachdem man dem SDS (mit Ausnahme der Marburger Genossen) vielfach den Vorwurf gemacht hat, daß seine Aktionen von den arbeitenden Massen nicht verstanden werden, konnte man insbesondere im Bereich der Berufsausbildung zeigen, wie man die Brücke von den sozialistischen Forderungen zum kleinbürgerlichen Bewußtsein der Arbeiter schlagen will. Noch mehr als an anderen Stellen zeigt sich hier die Realitätsnähe des Programms. Man geht auch hier vom Bestehenden aus: Von der bewährten Lehrlingsausbildung für Industriearbeiter durch das Handwerk, d. h. von der soliden Grundausbildung als Fleischer, Schneider, Bäcker usw. für Fließbandarbeiter. Nachdem man einen Mißbrauch der Lehrlinge als billige Arbeitskräfte verurteilt, fordert man konsequenterweise eine Verkürzung der Lehrzeit auf zwei Jahre, um so zu gewährleisten, daß 16- bis 17-jährigen Jugendlichen nicht länger der bewußtseinsbildende Einfluß körperlicher Schwerarbeit vorenthalten wird.

Auch hier haben die Sozialisten des „Zentrums" es verstanden, den extremistischen Forderungen zu entgehen, die an die Stelle der traditionellen handwerklichen Berufsausbildung, die sich ja bekanntlich nach dem Vorbild der mittelalterlichen Rotterlaufbahn in der ständischen Gesellschaft entwickelte, eine breite, in wenige Hauptgruppen aufgeteilte, allgemeine Berufsvorbildung in öffentlichen Fachschulen oder Berufsfachschulen mit Lehrwerkstätten stellen wollen.

Erwähnt sei noch, daß solche Modethemen der derzeitigen Schülerdiskussion wie Sexualaufklärung, Demokratisierung der Schule oder Politi-

sche Bildung unberücksichtigt bleiben konnten bzw. nur am Rande erwähnt werden.

Ewige Diskutierer und psychologische Terroristen, d. h. solche, die hinter der Kritik an dem Programm immer die Frage verbergen: „wann macht Ihr Revolution" (F. Deppe), haben bedauerlicherweise die notwendige Einführung in diesen Abschnitt des Programms durch die Sprecherin des Sozialistischen Zentrums Frau Dr. Barbara Meyer, Hamburg, versäumt. Frau Dr. Meyer stellte ins Zentrum ihrer grundlegenden Ausführungen eine ausführliche Beleuchtung der Tatsache, daß gerade die Arbeiterklasse selbst schuld sei an dem herrschenden Bildungsnotstand, denn im Gegensatz zu den anderen Schichten der Bevölkerung nutzen die Arbeiter die ihnen gebotenen Chancen und Möglichkeiten einer echten Bildung nicht! Ihre Bildungsfeindlichkeit hindere sie daran, statt Bildzeitung und Illustrierten Shakespeare und Hölderlin zu lesen.

Hauptaufgabe der Sozialisten sei es demnach, den Arbeitern klar zu machen, sie müßten sich aus ihrer ‚selbstverschuldeten Unmündigkeit' in puncto Bildung befreien und es den anderen Schichten gleichtun.

Wen wundert es, daß diese wahrhaft revolutionäre Perspektive vor allem auf das Unverständnis einiger anwesender Oberschüler und Studenten traf. Tatsächlich wird man Frau Dr. Meyer entgegenhalten müssen, daß sie Hildegard Hamm-Brücher (FDP), die sie mehrfach als Kronzeugin anführte, wohl überinterpretierte, denn im Gegensatz zu Frau Dr. Meyer sieht Hildegard Hamm-Brücher ja doch einen bestimmten Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Bildung. Außerdem geht die Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium in ihrer Radikalität weit über die Forderungen des Aktionsprogramms hinaus.

Auch die Skeptiker werden zugeben müssen, daß sich dieses Programm — wie die Konferenz selbst — nicht so weit vom Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse entfernt, wie dies bei den Aktionen der Studenten der Fall ist und wie dies immer wieder beklagt wurde.

Da es sich bei dem vorliegenden Programm erklärtermaßen um ein „Aktionsprogramm" handelt, darf man gespannt sein, in welchen Aktionen die das „Sozialistische Zentrum" tragenden Gruppen (SoBu, VUS, BdD, ASO usw.) versuchen werden, diese Forderungen durchzusetzen, um dadurch „die radikale Veränderung des Bestehenden" (S. 18) zu erreichen. Da aber nicht nur Programme, sondern vor allem auch — wie Wolfgang Abendroth betonte — die Organisationsformen im „praktischen Kampf",

in der konkreten Aktion, entstehen, darf man nach dem Offenbacher Auftakt eine grundlegende Erneuerung des außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampfes erwarten. Die kommenden Aktionen werden sich sicher grundsätzlich von dem „linken Radikalismus" des SDS unterscheiden, ebenso wie die neuen Organisationsformen der in Offenbach versammelten „Neuen Linken" von den im letzten Jahr entwickelten „halbberechtigten Formen" des studentischen Kampfes (Abendroth) verschieden sein werden.

Rolf Schmiederer

Grußworte des SDS-Bundesvorstands auf der Arbeitskonferenz des Sozialistischen Zentrums am 2. 2. 1968

Kollegen, Genossen,

viele sind heute mit großen Erwartungen zu dieser Konferenz gekommen. Die Sammlung und Zusammenarbeit der linken Organisationen, Gruppen und Grüppchen scheint seit langem zum ersten Mal wieder möglich. Es soll für breite Massen der Arbeiterklasse eine Alternative sichtbar gemacht werden zu jener radikalen Minderheit des Regierungskartells, die heute in der Großen Koalition ihre Herrschaft sichern will. Diese Arbeit und dieser Kampf müssen organisiert werden, und es ist klar, daß der SDS, der als Kern der Studentenrevolte in einer akuten Kampfsituation — auch außerhalb der Universität — steht, Fragen der Organisation vordringlich behandelt. Seit Monaten werden ausführliche Diskussionen zur sozialistischen Tradition der Organisationsfrage geführt und die Organisationsvorstellungen im praktischen Kampf realisiert. Und wir wissen, daß unsere Organisationsformen vorläufig sind, daß wir mit der Massenbasis von zehntausenden von Studenten und Nichtstudenten nicht zufrieden sein dürfen, sondern sie als ersten Anfang verstehen müssen.

Aber wir müssen doch auch fragen, welche Effektivität die Organisation im Klassenkampf unter den ökonomischen und politischen Bedingungen

des Monopolkapitals im Jahre 1968/69 haben kann und welche Gefahren der Anpassung und des Opportunismus in Organisationsformen liegen, deren wirkliche Funktion im konkreten Klassenkampf nicht analysiert, sondern lediglich postuliert wurden. Wir müssen auch fragen, ob das Parlament noch wie zu Lenins Zeiten zur Tribüne des Klassenkampfes auf Dauer gemacht werden kann. Abgesehen von den Enttäuschungen, die linke Parteien im nachfaschistischen Deutschland immer wieder bei Wahlen erlitten haben, müssen wir auch daran zweifeln, ob eine Kandidatur für den Bundestag auch nur den geringsten Erfolg verspricht, wenn sie in traditionellen Formen durchgeführt wird. Es müßte gezeigt werden, daß das Parlament durchaus nicht überflüssig und funktionslos geworden ist, sondern gerade dadurch zum Manipulationsinstrument wird, daß seine scheinbar demokratischen Formen als politisch notwendig und natürlich vom überwältigenden Teil der Arbeiterklasse angesehen werden. Dieses falsche Bewußtsein müssen wir durchbrechen, aber das können wir nicht, wenn wir dem *unveränderten* Bewußtsein *nur* eine politische Alternative anbieten, sogar Illusionen propagieren über die Möglichkeit einer radikaldemokratischen Opposition im Bundestag, ohne konkreten Klassenkampf in den Betrieben gegen das Management und die Staatsbürokratie voranzutreiben, so daß im Kampf das Bewußtsein verändert wird, nicht auf Schulungsabenden, Wahlveranstaltungen oder mit bunten Wahlplakaten. Die Wahlbeteiligung ist ein Beispiel für die Gefahr, daß die bewußte Protestbewegung ebenso politisch neutralisiert wird wie die Unruhe unter den Kollegen in Gewerkschaften und Betrieben. D. h.: Sammlung darf heute nicht bedeuten, daß wir die Unruhe und die Aktivität in alte Organisationsformen kanalisieren, bevor die breite Diskussion allen Genossen ganz klar gemacht hat, in welcher Weise der praktische Kampf heute organisiert und koordiniert werden muß.

Diese breite grundsätzliche Diskussion ist selbst ein Schritt in der gemeinsamen Arbeit. Sie muß auch hier geführt werden und sie kann auch heute noch nicht beendet werden.

Deshalb hat der Bundesvorstand des SDS eine a. o. DK für den 29.-31. März nach Frankfurt einberufen. Dort sollen in eingehender Diskussion Formen der Sammlung und der Zusammenarbeit diskutiert und beschlossen werden. Eine solche Diskussion ist die Voraussetzung für die gemeinsame organisatorische Zusammenarbeit, sie soll auch verhindern, daß historisch überholte Organisationsmodelle kritiklos übernommen werden, ohne das Scheitern der Arbeiterbewegung sozialdemokratischer und stalinistischer Prägung untersucht zu haben. Die allgemeine Ratlosigkeit darf

nicht zu Kurzschlußhandlungen und voluntaristischen Parteiprojekten führen.

Der BV hat gestern diese Stellung des SDS nochmal ausdrücklich bestätigt. Wir bedauern, daß ein Mitglied des BV die heutige Konferenz kritiklos unterstützt, indem es an der Diskussion des Aktionsprogramms an wichtiger Stelle teilnimmt, ohne die Grundsatzfragen offen zu klären. Das Aktionsprogramm ist notwendig voll von Widersprüchen. Eine Menge heimlicher Grundsatzforderungen mischt sich mit guten und schlechten Analysen, mit revolutionären und sozialdemokratischen Forderungen, und wenn ich ehrlich sein soll, muß ich gestehen, daß in die Linke durch solches Durcheinander nur Verwirrung getragen wird und keine Einigkeit. Die heutige Konferenz kann nur sinnvoll sein, wenn die Diskussion weitergeführt und verstärkt wird, nicht wenn sie abgeschlossen wird. In diesem Sinn ruft der SDS die versammelten Kollegen und Genossen zur theoretischen und praktischen Zusammenarbeit auf.

Langer Marsch — kurze Perspektive

In unserer Kritik des Ansatzes und einiger zentraler Punkte der Konzeption einer Wahlbeteiligung* als „aussichtsreicher Konfrontation mit den autoritären Kräften" können wir weder alle Momente des u. E. reformistischen Syndroms aufzeigen und zueinander in Beziehung setzen, noch ist es unsere Absicht, eine Gegenkonzeption vorzutragen. Es soll nur versucht werden, die Argumentation an ihrem Anspruch, eine realitätsgerechte Perspektive sozialistischer Politik zu entwickeln, zu messen und zu zeigen, warum dieses Versprechen nicht eingelöst werden kann.

I.

Ohne auch nur zu versuchen, Inhalt und Form, Ziele und Methoden so-

* Helmut Schauer, Der lange Marsch vor der Institution des Parlaments, in NEUE KRITIK Nr. 45, S. 3-8.

zialistischer Politik aus der Analyse des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs, der sich verändernden funktionalen Struktur des Systems sozioökonomischer Prozesse abzuleiten und konkret zu vermitteln, setzt Schauer verkürzt an den politischen Erscheinungsformen der sozialen Kräfteverhältnisse an: an der beabsichtigten Einführung des Mehrheitswahlrechtes und dem Parteienstablishment einerseits und den nur allgemein, empirisch-verdinglicht charakterisierten Bewußtseinslagen der verschiedenen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition andererseits. Die Inflation pseudo-präziser Begriffe (man vergegenwärtige sich z. B. die vielfältigen Qualifizierungen der außerparlamentarischen Opposition) und die nur allgemein und negativ bestimmten Vorstellungen über organisatorische Fragen sind eine notwendige Folge der die Widersprüche und Gegensätze verschleiernden phänomenologisch-deskriptiven Methode. Statt die vorgegebene Wirklichkeit als Moment eines Prozesses historisch-konkret zu begreifen und damit auch die Möglichkeiten unseres Handelns nach objektiven Kriterien zu bestimmen, wird diese Wirklichkeit zwar kritisch und zur Veränderung entschlossen, aber dennoch nur positivistisch zur Kenntnis genommen.

Die allgemeine und unvermittelte Argumentation kann nicht allein aus der taktischen Absicht erklärt werden, möglichst viele Gruppierungen zur Teilnahme an der Wahlaktion zu bewegen und in den Zusammenhang einer „einigermaßen einheitlichen" „antikapitalistischen Reformbewegung" zu integrieren; zu sehr verraten Kategorien und Forderungen mangelnde theoretische und politische Klarheit. Mehrnoch: die taktische Absicht — und also die Unterstellung der Möglichkeit einer quasi- additiven Zusammenfassung der außerparlamentarischen Einpunktbewegungen, die es einerseits erlauben soll, möglichst viele Proteststimmen zu sammeln, und andererseits den Sozialisten die Möglichkeit eröffnen soll, ihren Argumentationen nicht nur Gehör zu verschaffen, sondern ihnen auch zu praktischer Verbindlichkeit zu verhelfen („die Revolution zu vertreten") — ist selbst ein Beweis mangelhafter Analyse. Indem darauf verzichtet wird, die unterschiedlichen Entstehungsbedingungen und Strukturen der einzelnen Einpunktbewegungen konstituierenden Koalitionen zu berücksichtigen, wird das, was nur als Ergebnis einer konkreten Analyse Verbindlichkeit beanspruchen könnte: die Forderung einer einheitlichen Zusammenfassung der außerparlamentarischen Opposition als optimaler Voraussetzung sozialistischer Politik, zur Prämisse der Analyse: die Vorstellung einer trotz unterschiedlicher Bewußtseinsgrade und Motivationen widerspruchsfreien „Bewegung" der Opposition außerhalb des Parla-

ments. Der ungeklärte Begriff von Opposition überhaupt und der abstrakte Begriff dieser Opposition, die ebenso unvermittelte Einschätzung der Relevanz des Mehrheitswahlrechts als Begründung für die Forderung einer „Wahlgewinnunion" sowie die Fiktion, die Wahlaktion sei eine bloße Fortsetzung bisheriger Praxis, machen es dann „möglich" zu behaupten, daß die aus diesen Prämissen entwickelten taktischen und organisatorischen Vorstellungen sich bruchlos und mit „innerer Notwendigkeit" aus dem Wesen der außerparlamentarischen Opposition und einer „realistischen" Einschätzung der politischen Situation ergäben.

Der Mangel einer konkreten Vorstellung von Ziel und Methode der Aktion, eines konkreten Begriffs der Taktik kommt zudem klar darin zum Ausdruck, daß keine Überlegungen über die sich mit einer Vereinheitlichung der außerparlamentarischen Opposition ergebenden zwangsläufigen Veränderungen der diese bildenden Gruppierungen — etwa das Auseinanderbrechen einzelner Koalitionen — und ihre politischen Folgen angestellt werden.

Die Frage nach der über die Wahl hinausgehenden Perspektive, d. h. u. a. nach der realen politischen Fundierung außerhalb des Parlaments, die eine Parlamentarisierung der Linken verhindert, wird nicht gestellt. Sie stellt sich aber besonders dann, wenn man — wie Schauer, interpretativ Form und Inhalt trennend — davon ausgeht, daß es sich bei der Wahlbeteiligung nur um eine „formale Konkurrenz" mit den etablierten Parteien handelt, inhaltlich hingegen diese Aktion als Bewußtseinsbildung einer sich entwickelnden Aktionsgemeinschaft zu verstehen ist.

Die abstrakt und nur auf Zeit konzipierte Bündnispolitik verschleiert also erstens die Widersprüche und Konflikte zwischen den einzelnen Organisationen der außerparlamentarischen Opposition, die es fraglich erscheinen lassen, ob es zu einem als „erfolgversprechende und entwicklungsfähige Einheitsfront" mißverstandenen „Volksfront"-Kartell als „lebendiger Bewegung" bis zur Wahl kommen kann; wobei außerdem ungeklärt bleibt, ob die Bedingungen, unter denen das Kartell, wenn überhaupt, zustandekommen kann, nicht eine sozialistisch-revolutionäre Politik ausschließen. So ist es denn zweitens kein Zufall, sondern Ausdruck „realpolitischer" Bemühungen — die sich allemal auszeichnen durch einen kontemplativen theoretischen Ansatz und damit eine letztlich voluntaristische Bestimmung der „Taktik", die das postulierte Ziel zur Utopie verkommen läßt —, daß weder die politischen Perspektiven noch die organisatorische Struktur der „Bewegung" inhaltlich diskutiert werden. Die Klärung dieser für eine über die gegenwärtige Situation revolutionä-

hinausweisende Praxis entscheidenden Probleme werden unter dem Hinweis, es müsse und werde sich um eine lebendige Bewegung handeln, der „Entwicklung" überlassen, die handelnd zu bestimmen doch wohl Aufgabe der Sozialisten ist.

II.

Symptomatisch für den unbekümmerten Pragmatismus der Konzeption ist bereits die Überschrift des Artikels. Sie ist schlicht opportunistisch — so wie es der Verweis auf die Parlamentarismus-Analyse des Genossen Deppe ist, die ebenso unverfroren und unvermittelt in Anspruch genommen wird wie der Begriff des Langen Marsches. Dieser wird angesichts des mangelnden Totalitätsbezugs, der kurzen Perspektive und der Trennung von Inhalt und Form, Struktur und Funktion der Bewegung zum bloßen Etikett.

Die Überschrift des Artikels appeliert ebenso abstrakt an die Anti-Institutionalisten wie sein Inhalt auf das Bewußtsein der noch „Bonn-fixierten" Teile der außerparlamentarischen Opposition zielt. Beiden Gruppierungen soll in der Wahlaktion als einer aussichtsreichen Konfrontation mit den autoritären Kräften bei gleichzeitigem Überwinden der 5%-Klausel ein gemeinsamer Diskussions- und Aktionszusammenhang eröffnet werden. Es ist nun bezeichnend für die dieser Konzeption entsprechenden „Taktik", daß hinter dem Wunsch, möglichst viele Gruppierungen in das Kartell zu integrieren, eine konkrete und differenzierte Kritik der politischen Positionen dieser Gruppen zurückstehen muß. Statt seinen politischen Ansatz und Anspruch ernst- und die Gelegenheit zur „Bewußtseinsbildung" wahrzunehmen, überläßt Schauer es im Vertrauen auf die Kraft sozialistischer *Argumente* der „Entwicklung", zu welchen Einsichten die einzelnen Kartellpartner gelangen. So bestätigt der Wille zur Vereinheitlichung eher falsche Positionen als zu deren Auflösung beizutragen, wie hier z. B. die des abstrakten Anti-Institutionalismus und die parlamentsorientierte Stimmensammelei. Weder wird zu klären versucht, wie die Parlamentarismuskritik — etwa die von Deppe vorgetragene Analyse — in den Argumentationen und Aktionen des Wahlkartells umgesetzt werden soll, welche Möglichkeiten die außerparlamentarische Opposition hat, ihren Forderungen gesellschaftliche Geltung zu verschaffen, noch werden dem Anti-Institutionalismus die ideologischen Momente seiner Begriffsbildung entgegengehalten. Wenn man schon im Titel Köder auswirft, dann hätte im Artikel wenigstens auf die Gefahr hingewiesen werden können, der reaktionären Theorie des Institutionalismus zwar negatorisch, aber in einer diese Theorie eben auszeichnenden Verdingli-

chung sozialer Gebilde entsprechenden Weise „kritisch" aufzusitzen. Eine solche Konfrontation des falschen Bewußtseins mit seinen Widersprüchen wäre notwendig im Sinne einer — nun aber inhaltlich verstandenen — Vereinheitlichung der Opposition und die Entwicklung neuer Organisations- und Aktionsformen mit dem Ziel, die Bewegung gegenüber den Herrschenden zu einer Bewegung für sich werden zu lassen.

III.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die verkürzt an politischen Phänomenen und verdinglichten Bewußtseinslagen ansetzende Analyse zur Begründung der Wahlaktion aus der Einführung des Mehrheitswahlrechtes und dem Anwachsen der NPD einerseits und einem abstrakten Begriff, unvermittelt nebeneinanderstehenden Charakterisierungen der außerparlamentarischen Opposition als dem angenommenen Aktionssubjekt andererseits führt. Die Schwierigkeiten, die nur in ihrem negativen Bezug auf die Parlamentsparteien einheitlich zu bestimmende Oppositionsbewegung — „außerparlamentarisch" — positiv zu charakterisieren und ihre objektive Funktion einheitlich festzulegen und konkret zu qualifizieren, reflektiert Schauer nicht; er ersetzt die Analyse durch Deskription und Interpretation. So wird die außerparlamentarische Opposition in unterschiedlichen Bezügen bezeichnet als radikal-/real-/fundamentaldemokratisch, antiautoritär, fundamentaloppositionell, antikapitalistische, (Reform-) Bewegung (mit revolutionären Teilgruppen) oder gar als „Partei im großen historischen Sinne".* Als Begriffshuberei erweist sich diese Methode insbesondere dann, wenn die genannten Charakterisierungen subsumiert und zugleich aufgelöst werden in dem Verständnis der außerparlamentarischen Opposition als Protestbewegung, der Stimmabgabe für die Oppositionsliste bei der Wahl als Dokumentation von Protest und der Funktion der Wahl für uns als Gelegenheit zur Registrierung von Proteststimmen, Protestquantität.

Das qualitative Verständnis des projektierten Kartells als Ausdruck eines gemeinsamen Nenners aller Organisationen und Gruppen der außerparlamentarischen Opposition: Widerstand gegen die Politik der Großen Koalition und Aufklärung über als Protest gegen die Entfunktionalisierung des Parlaments und der Wahlen, wird aufgrund des quantitativen Ansatzes zu einem radikaldemokratisch-reformistischen Kompromiß zwischen den das Kartell bildenden Gruppierungen als inhaltlicher Be-

* Vgl. H. Schauer, Radikale Opposition und sozialistische Politik, in: Die Große Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken", Ffm. 1967, S. 64.

stimmung ihrer Zusammenarbeit führen. Weder wird es möglich sein, der Politik des „Establishments" eine konkrete und differenzierte Alternative entgegenzustellen, noch kann der außerparlamentarischen Opposition eine ihrer inhaltlichen Schranken und Widersprüche und ihren organisatorischen Partikularismus überwindende Perspektive als Kriterium einer notwendigen Umorientierung theoretisch und praktisch sichtbar gemacht werden. Hier wird deutlich, wie die formal-quantitative Taktik die inhaltlichen Intentionen der Konzeption zu illusionären Postulaten werden läßt. Da im Interesse einer Verbreiterung der Volksfront weiter am Pluralismus von linksliberalen, linkskirchlichen, radikaldemokratischen, linkssozialdemokratischen und verschiedenen sozialistischen Argumentationsketten wird festgehalten werden müssen, wird sich die gemeinsame Opposition weiterhin darauf beschränken müssen, systemimmanent Anspruch und Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft einander demonstrativ zu konfrontieren. (Als ein Indiz dafür mag die Passage des Artikels über das Parlament als eine in Anführungszeichen gesetzte Volksvertretung gelten — diese Anführungszeichen allein sind deutliches Symptom der Widersprüche der Gesamtkonzeption). Innerhalb des mit dem Kartell gegebenen Rahmens, einem pluralistisch verstandenen Argumentations- und Aktionszusammenhang nach dem Modell etwa der Funktionsweise frühbürgerlicher Öffentlichkeit, können die Sozialisten zwar ihre Positionen zur Diskussion stellen und hoffen, Teile der anderen Gruppen durch bessere Argumente überzeugen zu können; sie müssen aber, um der Einheit der Wahlkampagne willen darauf verzichten, eine ihren Zielen, ihrer praktischen Erfahrung und ihrem spezifischen Aktionsfeld entsprechende emanzipative Praxis notfalls selbständig zu entwickeln und zu praktizieren.

Wie unter diesen Bedingungen einer Volksfront die „aussichtsreiche und entwicklungsfähige Einheitsfront" entstehen kann, darüber ist der Konzeption Schauers nichts zu entnehmen. Der an den bestehenden Strukturen und Funktionsweisen der außerparlamentarischen Opposition nämlich nicht nur anknüpfende, sondern diese bestätigend ein inhaltliches Kontinuum der politischen Positionen der Beteiligten sowie die Möglichkeit einer Kontinuität der Praxis dieser außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen unterstellende Ansatz — die Zusammenfassung der Fraktionen der „Partei im großen historischen Sinne" in einem Kartell als optimale Perspektive — ignoriert unter pragmatischen Gesichtspunkten die Schranke zwischen reformistisch-realpolitischer und revolutionärer Theorie und Praxis. Aus der vorgelegten Konzeption geht nicht her-

vor, wie denn der Widerstand der bisher entsprechend der Verfolgung von „single purposes" strukturierten Bewegungen organisatorisch und taktisch verallgemeinert werden kann. Dazu bedürfte es der inhaltlichen Vermittlung der Einzelforderungen zu einer revolutionären Praxis Ausdruck verleihenden und ihr Ziel bezeichnenden programmatischen Alternativperspektive gegenüber der Politik der Herrschenden. Im Gegensatz zur bloßen Fortsetzung der protestbestimmten, den Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit der gesellschaftlichen Organisation demonstrierenden Opposition, wäre in einer Konzeption revolutionärer Politik dem Totalitätsbezug der bisher vertretenen Einzelforderungen theoretisch und praktisch explizit Rechnung zu tragen, sollte eine sich der Notwendigkeit revolutionärer Emanzipation bewußte Bewegung intendiert werden, die die Möglichkeit hätte, ihre Opposition inhaltlich zu bestimmen als Taktik im Hinblick auf das Ziel, die positiven Bedingungen sozialer Emanzipation zu realisieren. Denn, wenn es auch richtig ist, daß die single purposes der einzelnen Einpunktkoalitionen mehr sind als isolierte oder isolierbare Einzelziele, daß sich also die Einzelbewegungen — auch unabhängig vom Bewußtsein der Beteiligten — gegen das System der sozialen Reproduktion als Ganzes richten, so ist das Bewußtsein dessen doch den Sozialisten vorbehalten — und den Herrschenden selbst. Die single-purpose-Orientierung der Einzelkoalitionen aber ist deren Stärke und Schwäche zugleich: einerseits ermöglicht sie die Mobilisierung verschiedener Gruppierungen in den einzelnen Koalitionen (man vergleiche etwa „Notstand der Demokratie" und „Kampagne für Abrüstung", „Demokratische Linke" u. a.), andererseits aber bleibt das Selbstverständnis auf ein Nein oder einen Katalog von Neins beschränkt. So ist es den Herrschenden möglich, relative politische Erfolge einer solchen Einpunktbewegung zumindest teilweise dadurch aufzuheben, daß sie ihre Interessen auf Wegen zu realisieren suchen, auf denen ihnen keine Einpunktbewegung begegnet. Dieser Zusammenhang wird klar, wenn man sich das Verhältnis von Notstandsgesetzgebung und Stabilisierungsgesetzen im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der defensiven Notstandsopposition und der offensiven Politik der Herrschenden vergegenwärtigt, oder die Tatsache, daß die Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam zwar gegen diesen Krieg und dessen Unterstützung durch die Bundesregierung kämpft, aber schweigt (oder doch nur sehr allgemein darauf hinweist), wenn Katzenbach die BRD zur Kasse bittet, und sich nicht um die das US-Kapital begünstigende Steuergesetzgebung der BRD kümmert. Die Parzellierung der Opposition in Einpunktkoalitionen mindert ihre ohnehin beschränkte soziale Relevanz entscheidend. Das Gegenprinzip zeigt sich in der Politik

der fortgeschrittensten Teile der Studentenbewegung; und nicht zufällig »gelingt« es dieser, das taktische System der Herrschenden zu sprengen und, wie in Berlin, die faktische Repression als Inhalt der wie immer demokratisch verschleierten Herrschaft sichtbar werden zu lassen. Und nicht zufällig versucht man, diese Bewegung zumindest in syndikalistische Schranken zu weisen, sie auf unmittelbare Hochschulpolitik zurückzutreiben.

Der die Parzellierung der Opposition nur kritisch zur Kenntnis nehmende Pragmatismus der Kartellpolitik aber macht es nicht einmal möglich, die objektiven Bedingungen der Opposition in die Konzeption einer vorwärtstreibenden Politik einzubeziehen; weder gibt es aufgrund des abstrakten und verkürzt politischen Ansatzes objektive, gesamtgesellschaftlich vermittelte Kategorien zur Einschätzung der „Erfolge" der Opposition, geschweige denn der Protestbewegung, noch die Möglichkeit, das „politische Risiko" der Wahlaktion konkret und differenziert zu kalkulieren.

Die Vorstellung einer kontinuierlichen Fortsetzung der außerparlamentarischen Opposition zur Durchsetzung der bisher erhobenen und „von Fall zu Fall" zu ergänzenden Forderungen, ignoriert die spezifischen Bedingungen des Wahlkampfes. Diese können hier aber nicht erörtert werden. Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß eine Wahlkampagne der außerparlamentarischen Opposition — gleich in welcher Form, d. h. mit oder ohne eigene Kandidatur, in besonders scharfer Weise jedoch im Falle der Kandidatur — heftige Reaktionen seitens der etablierten Parteien provozieren wird, die die bestehenden Koalitionen sprengen werden; daß es einer konkret-differenzierten Argumentation bedürfte, um den Unterschied von Interessenvertretung und Akklamations- bzw. Protestdemonstration deutlich werden zu lassen, neuer Agitationsformen, um durch Aufklärung nicht abstrakte Identifikation zu erreichen, sondern ein konkretes Bewußtsein der eigenen Lage und Interessen oder doch zumindest die Einsicht in die Relevanz bestimmter aktuell anstehender Fragen; daß es neue Aktions- und Organisationsformen zu entwickeln gilt, die den Prozeß der Selbsterziehung durch Selbsttätigkeit vorantreiben, d. h. Bewußtsein in solidarisch-kooperativem Kampf praktisch werden lassen könnte, statt in konventioneller Weise Mitglieder zu werben und um Akklamation zu bitten.
Das formale Verständnis der Vereinheitlichung der außerparlamentarischen Opposition ignoriert die historischen Bedingungen, die zu den Ein-

punktkoalitionen führten, sie notwendig und möglich machten, die sie bis jetzt bestehen ließen, ihnen aber zugleich Schranken setzen. Es läßt sich kaum übersehen, wie entscheidend die Ideologie des Antikommunismus zur Bildung dieser Koalitionen beigetragen hat und daß sie nur als Reaktion gegen einige Momente der Politik des Kalten Krieges und gegen die Versuche der Herrschenden, auch die formale Geltung des Grundgesetzes aufzuheben oder einzuschränken, zustandekommen konnten; daß ihre Kampagnen als Abwehrkämpfe geführt worden sind und werden mußten (Nein zu den Notstandsgesetzen, Nein zur Rüstungspolitik, Nein zum Krieg in Vietnam) und daß eine Zusammenfassung eben wegen der mangelnden inhaltlichen Einheitlichkeit der Opposition allenfalls unter einem Nein zum Mehrheitswahlrecht (und um den Preis der Trennung von sozialdemokratisch und liberal fixierten Teilen der Opposition unter der Parole „Raus aus der NATO") in einer neuen Einpunktbewegung möglich ist. Wobei sich dann allerdings die Frage stellt, ob es dazu — als Konzession an die sog. „Bonn-Fixierten" — eines Wahlkampfes für eigene Kandidaten bedarf. Davon abgesehen, kann die Chance einer solchen neuen Einpunktbewegung nicht ohne Rücksicht auf die gegenwärtig stattfindende Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Liberalen eingeschätzt werden. Zumal diese Kontroverse nicht eine rein theoretisch-prinzipielle und auf undogmatische Sozialisten und Formalliberale beschränkt ist, sondern sich vielfach gebrochen fortsetzt an der Auseinandersetzung über Aktionsformen und Forderungen der Studentenopposition und die Politik des SDS auch zwischen anderen Teilen der außerparlamentarischen Opposition. Es distanzieren sich ja z. B. nicht nur die Mittel- und Linksliberalen vom SDS und seiner Politik, sondern ebenso die in traditionellen Kategorien des Klassenkampfes der „klassischen" Arbeiterbewegung befangenen Sozialisten, die nicht einsehen können, daß es angesichts der konkreten Bedingungen politischer Praxis heute anderer Aktionsformen bedarf auch dann, wenn man weiterhin daran festhält, daß die Revolution nur als Klassenkampf des Proletariats gelingen kann. Und diese Distanzierung vom SDS und seinen experimentellen Ansätzen ist eine kategorische. Über die strikte Ablehnung der Formen des Studentenprotestes seitens der traditionalistischen sozialistischen Gruppierungen hat nicht zuletzt die Februarkonferenz des Sozialistischen Zentrums aufschlußreich informiert.

Der Ruf nach Argumentationen und Aktionen, die die außerparlamentarische Opposition im Sinne revolutionärer Emanzipation umstrukturieren sollen, hat so lange keinen realen Gehalt, so lange nicht die praktischen und organisatorischen Voraussetzungen einer solchen Revolutionierung

der Bewegung konkret mitdiskutiert werden, zumindest in Ansätzen Vorstellungen darüber entwickelt und zu praktizieren versucht werden, wie und ob in einer Wahlkampagne solche Aktionen überhaupt möglich sind.

Daß auch in diesem Zusammenhang die Organisationsfrage nicht gestellt wird, sich Schauer nur negativ abgrenzt von offensichtlich inadäquaten Organisationsmodellen und Parteibegriffen, ist kein Zufall. Sobald er nämlich versuchen würde, die Struktur der „Bewegung" im Verhältnis zu ihrer Taktik und Perspektive konkret zu erörtern, müßte der Gegensatz von quantitativen und qualitativen Erfolgskriterien und von reformistisch und revolutionärem Bewußtsein den Schleier des Protestbegriffes durchbrechen.

Schauers zu neuen Ufern strebende Politik schneidet sich selbst den Weg ab. Seine Konzeption verlangt zwar, die Bewegung solle sich von unten her entwickeln und strukturieren — allgemeine Diskussion der Perspektive und Aktionsweise — ist aber andererseits darauf angewiesen, daß die bestehenden Organisationen und Bewegungen, die nach traditionellem Muster organisiert sind und also von ihren Organisationsspitzen repräsentiert und geführt werden, sich zusammenschließen. Die Konzeption kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Entscheidungsgremien der Einzelorganisationen bereit finden, deren Sonderinteressen bis zur Wahl zugunsten der Maximierung von Proteststimmen als dem gemeinsamen Interesse zurückzustellen, d. h. die ihrer bisherigen Praxis zugrundeliegenden theoretischen Positionen auf einen Nenner zu bringen oder aber pragmatisch sich auf eine gemeinsame „Taktik" zu einigen. Inhaltlich kann dieser gemeinsame Nenner der verschiedenen Motivationen und Argumentationen nur ein Kompromiß sein, der mangels eines für alle Beteiligten gleich verbindlichen analytischen Ansatzes und politischen Anspruchs nur als ein Katalog unvermittelt-reformistischer (oder -utopischer) Forderungen gedacht werden kann: als Ausdruck und Folge der additiv-vereinheitlichenden Taktik Schauers und des sich mehr nach Prinzipien der Machtpolitik als nach einer aus konkreter Analyse gewonnenen Einsicht in die Notwendigkeit und Einschätzung der Möglichkeit und der praktischen Erfordernisse einer revolutionären Politik. Diese kompromißbestimmte „Vereinheitlichung" und die Bedingungen, unter denen sie zustande käme, wird die bestehenden Organisationsformen nicht sprengen, sondern sie noch weiter verfestigen, da sie als die Voraussetzung (und die Mitgliederzahl als ein Gradmesser) wirkamer Interessenpolitik gemäß dem Selbstverständnis der Einzelgruppierungen innerhalb

des Kartells gelten werden. Kommt es zu keinem Konsensus über die inhaltliche Grundlegung der „Einheit", so bleibt nur ein mechanisches Zusammengehen, ein pragmatisch-taktischer Zusammenschluß. Das wiederum bedeutet, daß heftige Kämpfe zwischen den Fraktionen der fiktiven „Partei im großen historischen Sinne" über Perspektive und Taktik der Wahlkampagne nicht ausbleiben werden. Die beteiligten Gruppen werden schließlich danach trachten, gestärkt aus dem Bündnis hervorzugehen, also die geforderte „Bewußtseinsbildung" ihrem je spezifischen Selbstverständnis gemäß zu betreiben und Mitglieder zu gewinnen. Die unter dem inhaltlich so unverbindlichen Aspekt einer möglichst erfolgreichen (quantitativ) Wahlbeteiligung zu einem zeitlich begrenzten Zweckverband zusammengefaßten Einzelgruppen werden dementsprechend ihre unterschiedlichen und z. T. gegensätzlichen Ansätze in heftigen Auseinandersetzungen über die Argumentation gegenüber den „Zielgruppen" und die Aktionsformen eher reproduzieren als aufgeben: man denke etwa an die Frage, wie die allgemeinen Forderungen differenziert und positiv konkretisiert werden sollen, welche neuen Forderungen in den Katalog aufzunehmen sind, oder an die Entscheidung darüber, wer wo kandidieren soll und wie der Wahlkampf praktisch zu führen ist, ob oder ob man nicht zugunsten oppositioneller SPD-Kandidaten auf die Quantifizierung von Proteststimmen verzichtet (dieser Vorschlag ist bereits gemacht worden und belegt besonders deutlich den abstrakten Oppositionsbegriff und zudem die „taktische" Verwirrung als Folge der ungeklärten Perspektive).

Statt sich mit Problemen wie den hier angedeuteten auseinanderzusetzen, beschränkt Schauer sich auf Appelle und die Behauptung, daß es sich in einer „offenen" Situation um eine lebendige Bewegung handele, so daß diese sich im Laufe der Aktionen strukturiere und also quasi selbst produziere, daß es allein auf die Kraft der Argumente und die Reflexion der aktiv gewonnenen Erfahrungen ankomme, um die optimale Taktik und Struktur zu entwickeln. Der vorgelegten Kartellkonzeption aber entspräche es, daß die Bewegung nach innen eine andere wäre als nach außen. Intern müßten die Sozialisten versuchen, in der Diskussion über Methoden und Ziele der Aktionen eine inhaltliche Vereinheitlichung dahingehend zu ereichen, daß sich die ethische Opposition in eine sich politisch-klassenkämpferisch begreifende Emanzipationsbewegung umwandelt, während die nach außen im Sinne der Stimmenmaximierung als radikaldemokratischer oder aber divergierende Argumente vertretender Agitationsverein aufträte.

Die Widersprüchlichkeit des doppelten organisatorischen Ansatzes — Diskussion von unten als Ausdruck des Selbsterziehungsprozesses der Beteiligten und Absprachen zwischen Organisationsspitzen zur Grundlegung der Gemeinsamkeit und des Aktionsrahmens — geht auf in Schauers Vorschlag, seine Politik der Offenen Briefe wieder aufzunehmen. Autoritativ und respekteinflößend (also den manipulationsgeprägten Formen der Mobilisierung zur Akklamation glatt entsprechend) sollen wieder mal Professoren und von der Öffentlichkeit als Prominenz Anerkannte die Bewegung nach außen repräsentieren und den Oppositionellen Reputation und Selbstbewußtsein verleihen. So wie nicht die Praxis vermittelt zwischen Bewußtsein und Ziel, sondern die Diskussion, so stellt sich die „Bewegung nicht dar in ihren Aktionen, sondern durch „Persönlichkeiten". Statt des Versuchs, Bewegung und Ziel durch solidarisch-kooperativ entwickelte Aktionsweisen und Organisationsformen und eine am Ziel der revolutionären Emanzipation orientierte, praktisch zu vermitteln, propagieren Prominente die Kompromißformeln der Organisationsspitzen. Als eine Art „commonsense" werden die Inhalte des Kompromisses zu Kriterien der Vereinheitlichung und damit als Plattform und Rahmen der Gemeinsamen Aktion dekretiert. Die Erwähnung der Zahl der Professoren, die den Notstandsappell an die Gewerkschaften unterzeichnet haben, kann hier nur als Ausdruck von Euphorie verstanden werden, die jedoch kein Zufall ist. Der Kartellansatz macht also die Vermittlung von Bewegung und Ziel zur Sache eines Kompromisses zwischen gruppenspezifischen Bezugssystemen im Hinblick auf die als Protestwähler zu Mobilisierenden. Damit wird der Anspruch, die Bewegung solle sich in einer lebendigen Diskussion auf allen Ebenen strukturieren, bereits im Ansatz weitgehend zurückgenommen zugunsten einer Bewegung von nach taktischen Kompromissen Bewegten. Um die „Einheit" des Kartells zu wahren, wird die es repräsentierende und die Politik im einzelnen festlegende „Führung auf Zeit" den Kompromißnenner der divergierenden politischen Kräfte immer erneut gegenüber Sonderinteressen durchsetzen müssen. Diese Kompromisse als politische Inhalte und die „pluralistische" organisatorische Struktur der Bewegung entleeren den letzten Satz des Artikels zur Phrase. Wer die vorgetragene Konzeption für eine der politischen Situation adäquate und den Sozialisten optimale Möglichkeiten eröffnende Aktionsprogrammatik hält und alles andere als entweder „leere Aktionen" oder „totes Papier" abqualifiziert, der macht — günstigstenfalls — den Fehler, seine realpolitisch-voluntaristische Interpretation der Aktion für deren Wesen zu halten.

Walmot Falkenberg — Hartmut Dabrowski

Elmar Altvater

Die Wirtschaftskonzeption der Großen Koalition und die Gewerkschaften *

Die Große Koalition zwischen CDU/CSU und Sozialdemokraten ist eine Zwischenstation im Prozeß der Formierung von Staat und Gesellschaft des Monopolkapitalismus. Die fortschreitende Konzentration der Wirtschaft bringt Funktionsstörungen der kapitalistischen Regelmechanismen Markt und Profitrate mit sich. Im politischen Bereich bewirkt die Monopolisierung von wirtschaftlicher und politischer Macht die Funktionsunfähigkeit des parlamentarischen Systems, das ursprünglich Organ der Vertretung und Aushandlung gleichgewichtiger Interessenkomplexe war. Zur Sicherung der ökonomischen Basis der Herrschaft werden daher immer mehr Elemente eines staatlich regulierten Kapitalismus eingeführt; die Stärkung des staatlichen Herrschaftsapparates erfolgt durch schleichende Entmachtung des Parlaments und/oder seine Integration in die Funktionskreise der Exekutive. Gesellschaftliche Interessenkomplexe, ob im Parlament vertreten oder nicht, finden nur soweit Berücksichtigung in der staatlichen Politik, wie sie zur Herrschaftssicherung des Monopolkapitals beitragen. Wenn auch das System politischer Institutionen und Formen gegenüber der Ökonomie relativ eigenständig ist, so doch nur in den von der Ökonomie und ihrer Gesetzlichkeit gesteckten Grenzen. Rüdiger Altmann, der von der technokratisch-konservativen Seite her die Frage „Muß unsere politische Maschinerie umkonstruiert werden?" zu beantworten versucht, nennt als erste der zwei großen Aufgaben des „modernen Staates" die „Garantie des wirtschaftlichen Prozesses" (Bergedorfer

* Dieser Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Referates, das E. A. am 28. 10. 1967 auf einer Tagung in Frankfurt/M. hielt.

Protokolle, Nr. 16, S. 21) und erst an zweiter Stelle die „Strategie des Ausgleichs der Gruppeninteressen" (S. 22) bei der Verteilung des Sozialprodukts. Wenn der „Verteiler-Staat" aber den wirtschaftlichen Prozeß garantieren muß, um einer Verteilungsaufgabe gerecht werden zu können, dann ist er als aktiv Regulierender zugleich den Gesetzen und Widersprüchen der kapitalistischen Ökonomie unterworfen. Kapitalistische Planung kann weder den Klassenkampf ausschalten, wie es die Formierungsideologen vorgeben, noch die Krisenhaftigkeit der Wirtschaft aufheben, wie es die meisten Keynesianer lehren.

Die Abhängigkeit der staatlichen Politik von der Wirtschaft hat sich mit der wirtschaftlichen Krise seit 1966 sichtbar herausgestellt. Die Schwere der Krise von 1966/67 kann nur erklärt werden, wenn die Krise als Ergebnis eines konjunkturellen Abschwungs zugleich mit einer relativen Ausschöpfung der Wachstumsfaktoren der Bundesrepublik begriffen wird. Zyklische Bewegungen von Investitionen, Profiten und Produkten hat es auch während der Jahre des „Wirtschaftswunders" gegeben; aber die Zyklen stellten sich nur als geringfügige Schwingungen auf einem steil nach oben weisenden Wachstumstrend dar. Dieser aktuelle Wachstumstrend ist heute flacher. Die Gründe für die Abflachung des Wachstumstrends sind nicht leicht zu erklären, da eine Vielfalt von Faktoren mitspielt. Nachkriegsnachholbedarf, Zustrom von Flüchtlingen und ökonomisch-politische Integration der BRD in den Westblock, also wichtige Faktoren der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung, spielen heute keine dominante Rolle mehr. Hinzu kommt aber noch, daß die in Bezug auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt unzureichende Qualifikationsstruktur der lebendigen Arbeit sich heute als wichtiges Wachstumshemmnis herausstellt. Die Versäumnisse auf den Sektoren Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung machen sich heute bereits in verringerten möglichen Wachstumsraten bemerkbar. Das wird besonders deutlich an der Struktur der Arbeitslosen. Neben älteren Arbeitern sind insbesondere ungelernte und angelernte Arbeitskräfte betroffen, während auf der anderen Seite ein ungestillter Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften besteht. Der Mangel an für den technischen Fortschritt Qualifizierten ist für den Überfluß an Arbeitern mitverantwortlich.

Eine ähnliche Mangelsituation deutet sich bereits auf vielen Sektoren der Infrastruktur an. Es sind Milliardeninvestitionen im Verkehrswesen, bei sozialen Einrichtungen, in der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung usw. notwendig. Die Begrenztheit der Infrastruktur macht sich unmittel-

bar auch in der privaten Investitionsbereitschaft bemerkbar. Die Unternehmer investieren nur, wenn ausreichende Profite gesichert sind. Was nicht rentabel ist, wird nicht produziert. Investitionen zur Verbesserung der individuellen und kollektiven Qualifikation der lebendigen Arbeit oder zur Entwicklung der Infrastruktur der vergegenständlichten Arbeit sind aber privatwirtschaftlich nicht rentabel. Sie werfen keinen Gewinn ab. Andererseits sind aber ausreichende Investitionen zur Entwicklung der Qualifikationsstruktur und Infrastruktur als Voraussetzungen für die Privatproduktion notwendig. Wenn sie nicht in genügendem Umfang durchgeführt werden, entstehen und verschärfen sich Disproportionen zwischen den Produktionsmöglichkeiten der Privatwirtschaft und den Potenzen von Qualifikations- und Infrastruktur.

Diese Begrenztheit der kapitalistischen Wirtschaft und der Niederschlag von Versäumnissen in diesen Bereichen als abgeflachte Wachstumsrate werden um so problematischer, je höher die Wirtschaft entwickelt ist. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt erfordert immer besser qualifizierte Menschen und immer mehr öffentliche Einrichtungen. Die Perspektivlosigkeit des westdeutschen Kapitals, repräsentiert in der Wirtschaftswunder-Figur Erhard, machte es unmöglich, im Gegensatz zu den USA oder Frankreich diese technologisch-ökonomischen Zusammenhänge zu begreifen. Daher wurde eine besondere Zuspitzung dieses für den Kapitalismus allgemein konstitutiven Widerspruchs hervorgerufen.

Die Einschätzung der Wachstumsfaktoren ist insofern für eine sozialistische Strategie wichtig, als ja aus einer verringerten zukünftigen Wachstumsrate sich wirtschaftliche, politische, soziale Konsequenzen ergeben. Wenn auch unter Umständen mit einem wirtschaftlichen Aufschwung 1968 gerechnet werden kann, so doch nur unter stark veränderten Bedingungen: Die in Schillers Zielprojektion bis 1971 postulierte durchschnittliche Wachstumsrate von 4 vH wird nicht erreicht werden. Daraus ergibt sich aber folgendes: Auch Westdeutschland wird in den kommenden Jahren mit einem ständigen Bodensatz an Arbeitslosigkeit vor allem der wenig oder gar nicht qualifizierten Arbeiter zu rechnen haben; strukturelle Krisen, wie im Kohlenbergbau, in der Textilindustrie, in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Landwirtschaft und wahrscheinlich auch in der Autoindustrie (dann nämlich, wenn Japan beginnt, der westdeutschen Autoindustrie die Exportmärkte wegzunehmen), werden nicht mehr durch den allgemeinen Wohlstandskleister verschmiert werden können. Die Repressionstendenzen gegenüber der Arbeiterschaft werden sich daher verstärken. Konjunkturzyklen, die sich prinzipiell nicht ausschalten

lassen, werden flachere Höhepunkte und tiefere „Talsohlen" als in der Vergangenheit hervorrufen. Die Krise von 1966/67 kann daher lediglich als das Wetterleuchten vor dem Gewitter realistisch eingestuft werden.

Welche Auswirkungen aber hat die augenblickliche Wirtschaftskrise? Im Winter 1966/67 wurden etwa 700 000 Arbeitslose gezählt. Noch im Spätsommer 1967 lagen die Arbeitslosenziffern (nach der offiziellen Statistik) bei etwa 400 000, während weitere 80 000 Werktätige Kurzarbeit leisten mußten. Die Kapazitätsauslastung in der Wirtschaft beträgt nur 75 bis 80%. Mehr als 200 000 ausländische Arbeiter haben Westdeutschland seit Herbst 1966 verlassen. Mit all denjenigen, die — wie viele Frauen — seit der Konjunkturkrise aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind und nicht als Arbeitslose gezählt werden, waren im Juni 1967 fast eine Million Arbeiter und Angestellte weniger beschäftigt als im Juni 1966. Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" schlußfolgert daraus (DIW-Wochenbericht vom 14. 7. 1967): „Entsprechend klafft die Lücke zwischen dem — aus der Sicht von Mitte 1966 — erreichbaren und im zweiten Quartal 1967 tatsächlich erreichten Produktionsstand: Statt 4 vH Zunahme bei ‚angemessenem' Wachstum und konstanter Beschäftigung stellten sich 2 vH Abnahme des realen Sozialprodukts ein". Die Schere zwischen möglichem und wirklichem Wachstum im Kapitalismus öffnet sich. Tendenzen zur Vergeudung des Sozialprodukts, wie Fehlinvestitionen durch private Planlosigkeit und staatliche Konjunkturspritzen, wie Werbung, Rüstung, Arbeitslosigkeit, Überkapazitäten erweisen sich wieder einmal als konstitutive Elemente des Monopolkapitalismus.

Die Restauration nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland war durch den schnellen wirtschaftlichen Aufschwung begünstigt. An den daher möglichen Einkommenssteigerungen hatte, wenn auch in extrem unterschiedlichem Ausmaß, jeder teil. Zwar verfünffachten sich die Kapitaleinkommen im Zeitraum 1950-1966; aber die Arbeitseinkommen von 1966 waren immerhin dreieinhalbmal höher als 1950. Diese Entwicklung zusammen mit einem militanten Antikommunismus, dem die SPD und die Gewerkschaften auch in den ersten Jahren der BRD nichts entgegensetzten, hatte die weitgehende Verankerung der realen Herrschaft in Produktion, Verteilung und Politik im Bewußtsein der angepaßten Individuen zum Ergebnis. Die installierte Klassenherrschaft ist aber trotz der technologischen Entwicklung auf dem Sektor von Repressions- und Manipulationsmethoden tendenziell gefährdet. Ökonomische Krisen als unvermeidliche Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise bergen für die Herrschaftsausübung des Kapitals die Gefahr in sich, daß Repression

und Manipulation nicht mehr voll durchschlagen und terroristische Repressionsmethoden wie die Notstandsgesetze vorbereitet werden.

Herrschaftssicherung ist im Kapitalismus ausgeprägter als in anderen Gesellschaftsformationen ein vorrangig ökonomisches Problem. Die Basis der Herrschaft ist das Kapital. Daher kann kapitalistische Herrschaft in ihren verschiedenen Ausdrucksformen auf betrieblicher, gesellschaftlicher, staatlicher Ebene nur dann erhalten und gestärkt werden, wenn die Verwertungsbedingungen des Kapitals gesichert werden. Sowohl die technische Entwicklung als auch die Konkurrenz zwischen Unternehmern und Wirtschaftszweigen erfordern permanente Akkumulation, die von den Unternehmern nur dann durchgeführt wird, wenn Mindestprofite bezogen werden können. „Akkumuliere! Akkumuliere! Das ist Moses und die Propheten" schreibt daher Marx im ersten Band des „Kapital". Sobald die Gewinne auf das eingesetzte Kapital abnehmen oder gar negativ werden, stockt der Prozeß der Akkumulation, d. h. Investitionen, Beschäftigung und Einkommen nehmen (zumindest in der Wachstumsrate) ab. Eine solche Situation kündigte sich in der BRD bereits seit 1960 an. Während der Anteil von Löhnen und Gehältern am Volkseinkommen von 1954 bis 1960 um nur 1,4% zugenommen hatte, stieg er von 1960 bis 1966 um 6,6% auf 67,4%. Der Gewinnanteil verringerte sich entsprechend im Jahre 1966 auf 32,6%. Die damit einhergehende „relative Prosperität der Arbeiterklasse" war jedoch bereits der „Sturmvogel einer Krise" (Marx). Das bedeutet aber nicht, daß der „Sturmvogel" durch Beschränkung der Massenkaufkraft, durch „Maßhalten" hätte vertrieben werden können. Für den Kapitalismus ist immer der Widerspruch zwischen Massenkaufkraft und privater Produktionskraft bestimmend. Nur ein ständig sich ausweitender Markt, d. h. steigende Kaufkraft, *und* eine hohe Profitrate, d. h. relativ niedrige Arbeitseinkommen, können den Akkumulationsprozeß im Kapitalismus in Gang halten und damit Beschäftigung, Investition, Einkommen schaffen. Mit anderen Worten: Die Ausdehnung der Märkte kann im Kapitalismus langfristig nicht durch Steigerung der Massenkaufkraft auf Kosten der Profite erfolgen.

Dieser Aspekt ist sehr wichtig sowohl zum Verständnis der Regierungspolitik im kapitalistischen Staat als auch zum Begreifen der Politik von Gewerkschaften und Parteien. Der Staat als „état conservateur", als der Bewahrer der Herrschaftsverhältnisse im Monopolkapitalismus, ist an Wachstum und Stabilität der Wirtschaft aus innen- und außenpolitischen, sozialen und militärischen Gründen interessiert. Damit Wachstum und

Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft aber gewährleistet werden können, muß den Expansionsnotwendigkeiten des privaten Kapitals Rechnung getragen werden; die staatliche Politik wird zur Politik der Profitsicherung der Unternehmer durch die doppelte Maßnahme der Erhöhung der Nachfrage (Ausdehnung der Kaufkraft) *und* Begrenzung der Löhne und Gehälter. Eine andere Politik kann vom bürgerlich-kapitalistischen Staat auf die Dauer gar nicht betrieben werden, auch wennn Gewerkschaften und Partei eine solche Möglichkeit immer wieder vorgeben und damit nichts als demoralisierende Illusionen in der Arbeiterbewegung erzeugen. Für die Gewerkschaften stellt sich daher nur eine klare Alternative: Entweder sie erkennen die Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft an, dann müssen sie sich deren Gesetzen unterwerfen, oder aber sie streben die Revolutionierung der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung an. Dazu aber unten mehr.

Die Konsequenzen dieses Mechanismus, von der bürgerlichen Ökonomie in die Beschwörungsformel „Stabilität und Wachstum" verpackt, zeigt sich heute besonders deutlich in der ökonomischen Krise. Die Sicherung oder Erhöhung der Profite kann in der Krise nur auf Kosten der Arbeitseinkommen geschehen und zwar durch Methoden des offenen oder verschleierten Lohnabbaus. Die von der IG Metall in ihren beiden „Weißbüchern zur Unternehmermoral" aufgezählten Beispiele einzelner Firmen zeigen die allgemeine Tendenz westdeutscher Unternehmer an, die Reservearmee von Arbeitslosen als Anlaß zum Lohndrücken zu benutzen. Die IG Metall prangert diese Politik der Unternehmer zwar an und sie beschuldigt die Regierung der kleinen Koalition, die Wirtschaftskrise verschuldet zu haben; sie spart aber die große Koalition — und das heißt insbesondere die Wirtschaftspolitik Schillers — bis heute aus, obwohl die Unternehmermaßnahmen des Lohnabbaus und die staatliche Wirtschaftspolitik der Profitsicherung lediglich verschiedene Ausdrucksformen des gleichen kapitalistischen Funktionsmodells sind. Der institutionelle Rahmen (Recht, Wirtschaft, Staat) ermöglicht den Unternehmern erst die Lohn- und Gehaltskürzungen; wenn man daher gegen die „Unternehmermoral" zu Felde zieht, kann man diesen Rahmen nicht stillschweigend aussparen und erst recht nicht eine Regierung, die ihn durch ihre Politik ermöglicht und zu festigen strebt.

Dem Ziel der Sicherung und Steigerung der Profite dienen indirekt oder direkt alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bis heute von der grossen Koalition durchgeführt worden sind. Zwar muß akzeptiert werden, daß die große Koalition, insbesondere die SPD-Vertreter, dieses Ziel gern

mit einer Erhöhung der Arbeitseinkommen verbinden würden. Aber in der Krise bedeutet der „Zwang" zur Profitsicherung die Beschränkung der Arbeitseinkommen. So kommt es, daß trotz des allgemeinen Lobliedes auf die große Koalition, insbesondere durch die Springer-Presse, immerhin 62 vH der Bevölkerung den „Normalverbraucher" und nur 3 vH die Unternehmer als Hauptleidtragenden der Wirtschafts- und Sozialpolitik der großen Koalition bezeichnen. (AZ 24. 10. 67). Diese Einschätzung ist nicht verwunderlich, wenn man die wirtschaftspolitischen Konzeptionen Schillers, die „Globalsteuerung" incl. „Mittelfristiger Finanzplanung", die „konzertierte Aktion", die „Lohnleitlinien" auf ihren Inhalt untersucht.

Die Globalsteuerung, als eine, wie Schiller es ausdrückte, „progressive Synthese und Weiterentwicklung von Keynes und Eucken" (NZZ 9. 2. 67), findet ihren Ausdruck sowohl in der Schiller'schen Zielprojektion der wirtschaftlichen Entwicklung für 1967 als auch im „Stabilitätsgesetz" und der „Mittelfristigen Finanzplanung" (Mifrifi). Während in der Zielprojektion für 1967 eine Zunahme der Bruttoeinkommen der Arbeiter und Angestellten um 2,8 vH vorgesehen ist, sollten die nicht entnommenen Gewinne um 22,2 vH steigen (Handelsblatt vom 6. 3. 1967). Das Stabilitätsgesetz enthält neben anderen Maßnahmen, die vor allem die globale Beeinflussung von makroökonomischen Größen in effizienten Dimensionen vorsieht, die Möglichkeit von Zusatzabschreibungen für Unternehmen, wodurch wie bereits durch die §§ 7 ff. des Einkommensteuergesetzes und das Investitionshilfegesetz während der 50er Jahre die Akkumulation begünstigt werden soll mit all den Konsequenzen der Vermögenskonzentration, Monopolisierung und inflationistischer Tendenzen. Aber auch mit der Mifrifri ist eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Unternehmer in grandiosem Ausmaß verbunden. Der Bundeshaushalt soll mittels der Mifrifri über einen Fünfjahreszeitraum „geplant" werden. Die Haushaltspolitik ist der Schlüssel zur Innen-, Außen- und Sozialpolitik des „Verteilerstaates". Die politischen Auseinandersetzungen über politische Einzelfragen kulminieren daher regelmäßig in der Auseinandersetzung über den Haushaltsausgleich. Es ist kein Zufall, daß die kleine Koalition unter Erhard an ihrem Unvermögen, den Bundeshaushalt 1966/67 auszugleichen, gescheitert ist. Zur Stabilisierung und Erhöhung der Profitrate wurde eine starke Regierung, die große Koalition, benötigt. Mie Mifrifri trägt daher auf zweierlei Weise der Gesetzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft Rechnung. Einmal dadurch, daß sie — trotz ihres anspruchsvollen Namens Planung — zwar von einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Sozialprodukts von

4 vH ausgeht, aber keine wirtschaftspolitischen Mittel bereitstellen kann, um die Einhaltung dieser Wachstumsrate zu sichern. Wachstumswirksame Investitionen bleiben den „autonomen" Unternehmern überlassen und staatliche Investitionen für die Infrastruktur, sog. „Sozialinvestitionen", dienen lediglich als Voraussetzungen privatwirtschaftlicher Produktion, indem sie die Produktionskosten verbilligen, also die Gewinne erhöhen sollen. Zum zweiten ist sie Ausdruck kapitalistischer Bedingungen, weil sie insgesamt gesehen als ein Instrument der Umverteilung zu Lasten der Unterschichten dient.

Selbst unter der Annahme einer Wachstumsrate von 4 vH — die aber als unrealistisch eingestuft werden muß — bleibt bis 1971 ein Defizit des Bundeshaushaltes von insgesamt 63,75 Mrd. DM. Die Beseitigung eines Defizits kann grundsätzlich auf drei Weisen geschehen: Erstens durch Steuererhöhungen, zweitens durch Kürzung von Ausgaben und drittens durch Staatsverschuldung. Der Haushalt ist der Schlüssel zur Politik; entschlüsseln wir also diesen Schlüssel:

1.) Nach der Erhöhung der Tabak- und Mineralölsteuer und der Kürzung der Kilometerpauschale Anfang 1967 wird im Januar 1968 die sog. Mehrwertsteuer, eine neue Form der Umsatzsteuer, eingeführt. Sie soll im Verlauf der Jahre 1968/71 Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 8,3 Mrd. DM bringen. Es ist eine gesicherte Erkenntnis der Finanzwissenschaft, daß von Verbrauchssteuern die kleinen Einkommensbezieher relativ mehr als die Großverdiener betroffen werden, da sie einen relativ größeren Teil ihres Einkommens konsumieren als die Großverdiener und daher auch ein größerer Teil ihres Einkommens der Verbrauchsbesteuerung unterliegt.

Die Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer für Einkommensbezieher mit mehr als 16 000 DM Jahreseinkommen soll demgegenüber bis 1971 nur 3,54 Mrd. DM zusätzlich erbringen.

2.) Auf der Ausgabeseite wird von den Kürzungen insbesondere der Sozialetat betroffen. Es handelt sich dabei um Summen von mehr als 11 Mrd. DM bis 1971. Weitere Kürzungen bzw. neue Belastungen durch höhere Beiträge sind in der Renten- und Krankenversicherung auf dem Sektor des Wohnungsbaus und der Landwirtschaft geplant. Dagegen sollen die Mittel für Forschung und Entwicklung um durchschnittlich 16 vH im Jahr angehoben werden. Dazu muß man aber wissen, daß ein wesentlicher Teil der Forschungsmittel in die „Verteidigungsforschung" fließt. Allein im Zeitraum 1964/66 waren es 2 Mrd. DM. Obwohl der Militäretat um 9,35 Mrd. DM verringert wird, wird die Verfügungssum-

me nach einer Mitteilung von Finanz- und Verteidigungsministerium um 3,5 Mrd. DM bis 1971 erhöht und das ist einer Steigerungsrate von etwa 5 vH pro Jahr gleich. Der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt wird sich daher entgegen einer weitverbreiteten Auffassung nicht verringern, wahrscheinlich aber erhöhen (weitere 353,5 Mio. DM sind aus den beiden Eventualhaushalten für die Rüstung vorgesehen, die in diesen Zahlen nicht enthalten sind!).

3.) Die beträchtliche Ausweitung der Neuverschuldung des Staates macht 6,04 Mrd. DM längerfristige Kredite und 10,7 Mrd. DM kurzfristige Kredite aus. Nur durch Zahlenmanipulation sind beträchtliche Tilgungsverpflichtungen aus dem Planungszeitraum der Mifrifri verbannt worden: Man hat nach dem Motto „Après moi le déluge" 14 Mrd. DM Tilgungsverpflichtungen durch Prolongation schon heute auf die Jahre 1972 und 1973 verschoben. Auch die Staatsverschuldung wird durch inflationistische Tendenzen bzw. Tilgungsverpflichtungen hauptsächlich die Arbeiterklasse zu tragen haben.

Was die Mifrifri im Bereich des Bundesetats besorgen soll, das ist die Aufgabe der „konzertierten Aktion" und der „Lohnleitlinien" im privaten Bereich. Die Begrenzung der Arbeitseinkommen aus konjunkturpolitischen Gründen ist erklärtes Ziel der „konzertierten Aktion". Nur wenn sichergestellt werden kann, daß die Löhne und Gehälter sich in Grenzen halten, kann der Staat den Kurs der Expansionspolitik steuern; und Expansionspolitik bedeutet nichts anderes als Unternehmerprofite ankurbeln, damit die Investitionen steigen. Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", der schon in seinem Gutachten von 1965/66 zur „Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise", zur „konzertierten Aktion" oder zum „neuen contrat social" aufgefordert hatte, hat im Ergänzungsgutachten vom März 1967 die Alternative genau bezeichnet: Entweder eine „so große Unterbeschäftigung, daß stabilitätswidrige Lohnerhöhungen unmöglich sind" oder „stabilitätskonforme Lohnpolitik". Mit anderen Worten: Entweder eine Reservearmee von Arbeitslosen oder Lohnleitlinien, um das „Wachstum", sprich „Profite", nicht zu gefährden. Die Bundesregierung hat sich in ihrer Stellungnahme zum dritten Jahresgutachten zur konzertierten Aktion und zu Lohnleitlinien und gegen Deflationspolitik bekannt. Innerhalb der konzertierten Gespräche haben die Gewerkschaftsvertreter bereits aus den ökonomischen Funktionsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft, also nicht nur wegen der realen Verteilung wirtschaftlicher und politischer Macht in der kapitalistischen Gesellschaft, eine gegenüber Arbeitgebern

und Regierung inferiore Position: Wenn alle — Unternehmer, Gewerkschaften, Regierung — am wirtschaftlichen Wachstum interessiert sind und und dabei das herrschende System grundsätzlich anerkennen, dann erfordert das auch Anerkennung der Tatsache, daß Wachstum nur durch Stabilisierung und Erhöhung der Profite erreicht werden kann. Alles Gerede von „sozialer Symmetrie" dient dann nur der Verschleierung der tatsächlichen Konsequenzen ökonomischer Expansionspolitik in der Krise. Auch der Gegensatz von „rechtem" oder „linkem" Keynesianismus hebt sich dann auf: Es gibt im Kapitalismus keinen „linken" Keynesianismus und somit kann die Sozialdemokratie auch kein Garant der Berücksichtigung von Arbeiterinteressen sein, wenn sie Regierungsverantwortung übernimmt.

Lohnleitlinien und konzertierte Aktion erweisen sich als Fesseln gewerkschaftlicher Aktionsfähigkeit. Schon im Dezember 1966 hatte die IG Bau sich im voraus bereit erklärt — sozusagen als Morgengabe für ihren ins Kabinett der großen Koalition aufgerückten Vorsitzenden Georg Leber — sich an die Lohnleitlinie von 4 vH zu halten. Die IG Chemie, die mehr als 8 vH Lohnerhöhungen gefordert hatte, mußte sich im Januar mit 3,7 vH zufrieden geben, nachdem Schiller in einem Spiegel-Interview (9. 1. 67) eine „vertrauensvolle Diskussion" mit dem Vorsitzenden der IG Chemie, Gefeller, ausgeplaudert hatte, in der Gefeller erklärt haben soll, auch mit 3 vH Effektivlohnsteigerung u. U. zufrieden zu sein.

Die in der „konzertierten Aktion" geknüpfte Kette, deren Glieder die SPD-Regierungsvertreter und die Gewerkschaftsspitzen sind, soll die Arbeiter und deren Interessen binden, um reibungslose Akkumulation zu ermöglichen. Der Klassencharakter der „konzertierten Aktion" wird trotz ihres harmonistischen Namens sehr deutlich. Bei dem augenblicklich ausgetragenen Angriff nicht nur auf die Arbeitseinkommen und deren Entwicklung, sondern auch auf die soziale Position der Arbeiter und Angestellten in der Gesellschaft, spielt die SPD innerhalb der großen Koalition eine unabdingbare Rolle: Sie hat vor allem die Disziplinierung der Gewerkschaften übernommen. Der „Industriekurier" drückte am 24. 1. 67 die Erwartungen der Großindustrie in die SPD so aus: „Die engen Verbindungen zwischen SPD und den Gewerkschaften, die bisher als Einfluß der Gewerkschaften auf die Sozialpolitik der SPD in Erscheinung traten, müssen jetzt umgekehrt die Einflußnahme der SPD auf die Gewerkschaftsführer ermöglichen . . ." Natürlich ist die SPD mit dem Eintritt in die große Koalition nicht einfach zu einem „Agenten des Großkapitals" geworden; sie nimmt innerhalb des Funktionszusammen-

hangs des regulierten Monopolkapitalismus eine Rolle ein, die zu spielen ihr umso leichter fällt, als sie grundsätzlich das kapitalistische, „westlich-demokratische" System schon lange — spätestens seit Godesberg 1959 — bejaht und sich dann konsequenterweise als staatstragender Retter in der Not der „freien Marktwirtschaft" zur Verfügung stellen kann. Sie ist nicht wirklich frei in ihren Entschlüssen, um Agent sein zu können. Auch die Gewerkschaften sind in ihren Aktionen dann nicht mehr frei, wenn sie das kapitalistische System grundsätzlich anerkennen. Denn die zum Wachstum des Kapitalismus notwendige Ausdehnung des Marktes durch Rüstung, Verschwendung, staatliche Expansionspolitik, Massenkonsum und die Notwendigkeit der permanenten Erhöhung der Profite, d. h. Begrenzung der Arbeitseinkommen, lassen sich auf die Dauer mit sozialstaatlichen Forderungen der Gewerkschaften nicht vereinen. Dazu wäre eine revolutionäre Strategie nötig, die auf die Umwälzung des herrschenden Systems abzielt. Die gezeigte Alternative stellt sich nicht in jedem Moment der Auseinandersetzung in ihrer vollen Klarheit und Ausschließlichkeit. Da alle politischen Maßnahmen immer nur partiell sind und aus der Partialität ihr Totalitätszusammenhang abgeleitet werden muß, ist es sogar aus dem immanenten Widerspruch heraus einsichtig, wenn manche Gewerkschaften zwar gegen Lohnkürzungen und Unternehmerwillkür in Betrieben und Gesellschaft kämpfen, aber dabei nicht explizit in jedem Fall den Totalitätszusammenhang zur Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems herstellen. Der Reformismus zeigt sich nicht bereits daran, daß in Reden und Schriften die Forderung nach Vergesellschaftung nicht mehr explizit oder nur in depravierter Form (Nationalisierung der Grundstoffindustrie) erhoben wird, sondern erst daran, ob die Gewerkschaften aus dem ökonomischen Kampf, den sie noch zu führen bereit sind, zum politischen Kampf weiterzuschreiten bereit sind. Diese Strategie muß notwendig dann auf schwere Probleme stoßen, wenn, wie in Westdeutschland besonders ausgeprägt, die Arbeiterklasse zwar eine ökonomische Vertretung in den Gewerkschaften, aber keine politische Vertretung in einer sozialistischen politischen Organisation hat. Die bisher etwas hilflosen Versuche mancher Gewerkschafter, innerhalb der SPD auf die Bildung eines „Arbeitnehmerflügels" hinzuarbeiten, sind genau Ausdruck dieses erkannten Mangels.

Solange aber die politische Vertretung der Arbeiterklasse fehlt, kann nur eine Loslösung von der SPD und ihrer Politik den Gewerkschaften ihre in konzertierter Aktion verlorene Unabhängigkeit wiedergeben. Eine Unterwerfung unter die von Schiller exemplarisch vertretene Wirtschafts-

konzeption der Integration aller in eine „mündige Gesellschaft", wie er sein Formierungskonzept benennt, ist lediglich der verschleierte Ausdruck für die Ausrichtung der Arbeiterinteressen an dem Profitprinzip. So ist es kein Wunder, daß die Unternehmer die große Koalition durchgängig sehr loben und die Arbeitnehmer nur durch die geballte Macht der Manipulationsmittel und andere Formen der Repression den „Sachzwängen" des Kapitalismus unterworfen werden können.

Neue Herrschaftsmittel des Kapitals erfordern neue Formen des Kampfes. Das bedeutete nicht, daß auch ein neues Subjekt des Kampfes entwickelt werden muß, da ja der kapitalistische Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital nicht nur erhalten bleibt, sondern sogar verschärft wird; wohl aber gilt es unter veränderten Bedingungen neue Formen der Mobilisierung der Arbeiterklasse zu entwickeln.

Wolf Rosenbaum

Einkommensentwicklung und Gewerkschaftspolitik

I.

Betrachtet man die Entwicklung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit in der Bundesrepublik, so ergeben sich zwei deutlich voneinander unterscheidbare Phasen. Die erste Phase (1950 bis 1960) ist gekennzeichnet durch ein sehr geringes Wachstum des Anteils der Bruttoeinkommen der Unselbständigen am Volkseinkommen.

Jahr	Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen (1950—1960 Bundesgebiet ohne Saarland und West-Berlin) (1960—1966 Bundesgebiet einschl. Saarland und West-Berlin)*	Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbspersonen (1950—1960 Bundesgebiet ohne Saarland und West-Berlin) (1960—1966 Bundesgebiet einschl. Saarland und West-Berlin)**
1950	58,6 %	63,6 %
51	58,7 %	
52	57,4 %	
53	58,7 %	
54	59,4 %	68,9 %
55	58,8 %	71,1 %
56	59,5 %	
57	59,7 %	
58	60,5 %	
59	60,2 %	75,1 %
60	60,6 %	77,3 %
60	60,8 %	77,3 %
61	62,5 %	77,6 %
62	63,9 %	78,2 %
63	64,5 %	78,7 %
64	64,6 %	79,4 %
65	65,9 %	80,1 %
66	67,2 %	80,3 %

* Quelle: Stat. Jahrbuch f. d. BRD 1966, S. 544; 1967, S. 520

** Quelle: Stat. Jahrbuch f. d. BRD 1966, S. 148; Sozialbericht der Bundesregierung, BT-Drucksachen V/2117, S. 6

Es wuchs von 58,6% (1950) auf 60,6% (1960). Parallel dazu erhöhte sich der Anteil der unselbständig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen ganz erheblich: von 63,6% (1950) auf 77,3% (1960), also um 13,7%[1]. Daraus ergibt sich, daß der durchschnittliche Anteil der einzelnen Unselbständigen am Volkseinkommen in dem Zeitraum von 1950 bis 1960 stark gesunken ist.

Demgegenüber vermittelte uns die Phase von 1960 bis 1966 ein Bild des Erfolges der Unselbständigen. In dieser Zeit stieg der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen um 6,4% (von 60,8% auf 67,2%), wohingegen sich der Anteil der Unselbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen um 3,0% (von 77,3% auf 80,3%) vermehrte.[2] Diese Verbesserung des Anteils des einzelnen Unselbständigen am Volkseinkommen ist ganz offenbar eine Folge der größeren Macht der Gewerkschaften am Arbeitsmarkt, die diese nicht zuletzt durch das fast vollständige Verschwinden der Arbeitslosigkeit gewannen.[3]

Dieser Erfolg der Gewerkschaften, so nimmt man gemeinhin an, führte allerdings auch schließlich zur Inflation, da die Unternehmer aufgrund der Konzentration und der Preisabsprachen in der Lage waren, erhöhte Lohnkosten auf die Preise abzuwälzen. Jedoch reichten, so stellt man weiter fest, offenbar die Abwälzungsmöglichkeiten der Unternehmer nicht aus, um die Gewinne der Unselbständigen auf den Arbeitsmärkten durch Heraufsetzen der Güterpreise vollständig zu neutralisieren. Weil die vermehrten Lohnkosten nicht voll in die Preise weitergegeben werden konnten, gerieten die Profite unter Druck. Die niedrigeren Profite hemmten die Investitionstätigkeit der Unternehmer, was schließlich zur Krise führte.[4]

II.

Die zunächst noch einigermaßen positiv anmutende Einkommensentwicklung ab 1960 erweist sich bei näherer Betrachtung als sehr wenig befriedigend. Wenn der Anteil der Unselbständigen am Volkseinkommen um 6,4% angestiegen ist bei paralleler Erhöhung der Quote der Unselbständigen (an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen) um nur 3,0%, so sagt das zunächst nur etwas aus über die Vermehrung der Nominaleinkommen. Den Unselbständigen interessiert jedoch primär die Vermehrung seines Anteils am Realprodukt der Volkswirtschaft. Wären sämtliche Preise in der Volkswirtschaft im gleichen Maße gestiegen, so würde der vergrößerte Anteil des Einkommens der Unselbständigen am Volkseinkommen auch eine entsprechende Vermehrung des Anteils am Realprodukt bedeuten.

Tatsächlich ist aber der Preisindex für die Lebenshaltung von 1960 bis 1966 um 17 Punkte, der Preisindex der industriellen Erzeugnisse aber lediglich um 8,6 Punkte gestiegen (dabei sind die Preise von 1962 als Maßstab genommen).[5] Nun wird das Einkommen der Unselbständigen zum ganz überwiegenden Teil für die Lebenshaltung verwendet. Deshalb kann man davon ausgehen, daß der vermehrte Anteil des Nominaleinkommens der Unselbständigen am Volkseinkommen infolge der (gemessen an der durchschnittlichen Anhebung des Preisniveaus, die sich in einer entsprechenden nominalen Erhöhung des Volkseinkommens ausdrückt) überproportionalen Preissteigerungen in den Lebenshaltungskosten sich nicht in einer Steigerung des Anteils der Unselbständigen am Realprodukt ausgewirkt hat.

Diese Feststellung läßt sich auch noch von einer anderen Seite her untermauern. Trotz des erhöhten Anteils des (nominellen) Einkommens der Unselbständigen hat sich die Investitionsquote am Sozialprodukt von 1960 bis 1967 nicht verringert.[6] Allerdings könnte die Investitionsquote trotz (infolge erhöhter Lohnkosten) verringerter Unternehmergewinne durch das vermehrte Sparen der Unselbständigen aufrecht erhalten worden sein. In der Tat hat sich die Sparquote[7] von 8,3% (1960) auf 11,1% (1966) erhöht.[8] Doch fällt zunächst einmal 45% bis 50% des Sparvolumens auf die Haushalte der Selbständigen.[9] Der Rest verteilt sich auf die Haushalte der Unselbständigen mit mittleren und höheren Einkommen.[10] Die Empfänger von unteren oder mittleren Einkommen, deren Realeinkommen ja gerade durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik erhöht werden soll, sind entweder gar nicht oder nur geringfügig am Sparen beteiligt. Gerade ihr Einkommen, das überwiegend oder ausschließlich für die Lebenshaltung ausgegeben wird, würde also durch die enorme Preissteigerungen bei den Lebenshaltungskosten betroffen. Es bestätigt sich folglich auch von dieser Überlegung aus, daß sich der reale pro-Kopf-Anteil der Unselbständigen (auf jeden Fall der unteren und mittleren Einkommensklassen) am Volkseinkommen von 1960 bis 1966 nicht erhöht hat.[11]

III.

Die erwähnte Verteuerung der Lebenshaltung, die die Erfolge der Unselbständigen bei der Vermehrung ihres Anteils am Sozialprodukt zunichte machte, ist in erster Linie auf die starken Preiserhöhungen bei den Wohnungsmieten den Dienstleistungen und bei den Lebensmitteln zurückzuführen.[12] Dieser Umstand, im Verein mit der konstant gebliebenen, zeitweilig sogar gestiegenen Investitionsquote erlaubt uns eine andere, präzisere Erklärung der jüngsten Konjunkturkrise als die am Anfang gege-

bene. Diese Krise entstand weniger als Folge des durch erhöhte Lohnkosten bewirkten Sinkens der Profitraten als vielmehr durch Nachfrageausfall von Seiten des Masseneinkommens gegenüber industriellen Erzeugnissen. Die Massenkaufkraft wurde absorbiert durch die gestiegenen Mieten, die Preise für Dienstleistungen und Lebensmittel. Diese gestiegenen und immer weiter steigenden Preise sind Folge der im Vergleich zur sonstigen Produktion rückständigen und unproduktiven Struktur des Baugewerbes und der Landwirtschaft. Beim Wohnungsmarkt kommt noch hinzu, daß wir es hier mit einem fast unelastischen Bedarf zu tun haben, dem ein bislang immer noch zu geringes Angebot gegenübersteht. In dieser Situation mußte die Aufhebung der Preiskontrolle die Mieten hochtreiben. Im Bereich der Dienstleistungen sind die Möglichkeiten für Produktivitätssteigerungen begrenzt. Aber nicht nur die Absorption der Massenkaufkraft durch erhöhte Dienstleistungs- und Lebensmittelpreise und Mieten führte die Industrie in die Krise. Auf der anderen Seite bewirkt die Tatsache, daß der (gegenüber der gesamten Produktion) überproportionale Produktivitätsfortschritt der industriellen Produktion nicht zu Preissenkungen bei industriellen Produkten führte, eine ständige Überakkumulation. Die durch den Produktivitätsfortschritt in der Industrie ermöglichten Kostensenkungen hätten nämlich, wenn sie geringere Produktpreise nach sich ziehen würden, die Folge, daß die Quote der Investitionen am Sozialprodukt mit (gegenüber der übrigen Produktion) zunehmender Produktivität in der Industrie sinken würde. Das ist bei der heute in allen kapitalistischen Ländern beobachtbaren Auseinanderentwicklung der industriellen Produktivität und der in der Landwirtschaft und bei den Dienstleistungen eine notwendige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der innerwirtschaftlichen Proportionen. Dann kommt, daß immer mehr Aufwendungen außerhalb des Bereiches der unmittelbaren Produktion notwendig werden, um das Wachstum der Wirtschaft sicherzustellen. Damit verlagert sich der Bedarf an Mitteln von den Investitionen weg und hin zu den öffentlichen Ausgaben für Bildung, Ausbildung, Forschung etc. Da nun aber die Industrieunternehmen trotz sinkender Kosten infolge der Konzentration und der damit einhergehenden Organisierung der Märkte in der Lage sind, die Preise nicht nur zu halten, sondern hochzusetzen, fällt hier eine überdurchschnittliche Gewinnrate an. Diese wirkt sich in einer über die Aufnahmefähigkeit der potentiellen Abnehmer hinausgehenden Kapazitätsausweitung aus.

Die Absorption von Massenkaufkraft durch die zunehmende Verteuerung der nicht-industriellen Güter des Massenbedarfs einerseits und die Über-

akkumulation im industriellen Bereich andererseits wirken sich aus in einer gemessen an den Produktionsmöglichkeiten der Industrie zu geringen Nachfrage.

In dieser Lage haben sich die Unternehmer in der jüngsten Krise in zweifacher Weise größeren Spielraum verschafft. Zum einen haben die zur Inflationsbekämpfung eingesetzten Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank, die dadurch bewirkte Arbeitslosigkeit und die gegen die Forderungen der Unselbständigen gerichtete Politik und Propaganda der „konzertierten Aktion" die Unselbständigen und ihre gewerkschaftlichen Organisationen eingeschüchtert und zum Stillhalten in der Lohnfrage bewegt. Zum anderen haben die öffentlichen Aufträge (Eventualhaushalt) für die Unternehmer die Möglichkeit geschaffen, ihre Kapazitäten relativ unabhängig von der Nachfrage der Endverbraucher auszulasten bzw. zu erhöhen. Deshalb kann die infolge des Lohnstops nicht mitwachsende Massenkaufkraft die industriellen Unternehmer nicht so sehr schrecken.

Wenn die Voraussagen der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute über einen Wiederaufschwung der Wirtschaft im Jahre 1968 zutreffen, haben die Unternehmer mit ihren Bemühungen vollen Erfolg gehabt.[13]

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß mit der letzten Konjunkturkrise die Wirtschaft der BRD nach ihrer jahrelangen günstigen Entwicklung nun in den Zustand übergegangen ist, in dem sich die anderen hochkapitalistischen Länder schon seit langem befinden: geringe oder gar keine Wachtumsraten des Sozialprodukts, Arbeitslosigkeit, Überkapazitäten, Konjunkturschwankungen, die anders als bisher auch zu den absoluten Rückgängen im Sozialprodukt führen.[14]

IV.

Die geschilderte Entwicklung —Überinvestition im industriellen Bereich und Teuerung in der Lebenshaltung — wird sich allen Anzeichen nach fortsetzen. Die Preispolitik der Industrie (Nichtweitergabe von Kostensenkungen in die Preise) wird gestützt durch die die Nachfragelücken ausfüllende Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand. (Aber auch wenn man in dieser Lage keine öffentlichen Aufträge vergeben würde, wäre für die Unselbständigen nichts gewonnen, da bei monopolistischer oder oligopolistischer Marktstruktur bei Nachfragemangel nicht die Preise gesenkt werden, sondern die Produktion gedrosselt wird: mit der Folge der Arbeitslosigkeit.) Im Bereich der Lebenshaltung wird es zu weiteren Teuerungen kommen. Die Mieten werden mit der weiteren Mietfreigabe

und angesichts des noch lange nicht gedeckten Bedarfs weiter steigen. Dazu kommen Preissteigerungen in der Bauwirtschaft, deren Kapazitäten durch die öffentlichen Aufträge wieder voll ausgelastet werden.
Die Nahrungsmittelpreise werden ebenfalls erheblich anziehen. Die EWG-Kommission hat Preiserhöhungen zwischen 2-5% vorgeschlagen. Das Europäische Parlament hat eine beinahe globale Erhöhung des gesamten Agrarpreisniveaus um 5% für das nächste Wirtschaftsjahr gefordert.[15]

Das zum 1. 1. 1968 in Kraft tretende Mehrwertsteuersystem wird auf jeden Fall im Bereich der Dienstleistungen (für die im Verbraucherbudget durchschnittlich über 20% des Einkommens ausgegeben werden), zu ganz wesentlichen Preissteigerungen führen, die die Verbraucher zusätzlich belasten. Weiterhin wird die Mehrwertsteuer zur Erhöhung der Tarife im Nahverkehr führen. Ausgleichende Preissenkungen in anderen Sektoren sind kaum zu erwarten.[16]

V.

Das relative Zurückbleiben der Reallöhne wird von den Unselbständigen solange nicht empfunden, wie infolge hoher Wachstumsraten des Sozialprodukts (die für die bisherige Wirtschaftsentwicklung in der BRD kennzeichnend waren) die Reallöhne absolut dennoch ständig wachsen. Erst in Zeiten sehr langsamen Wachstums, der Stagnation oder des Rückgangs des Sozialprodukts wirkt sich das geschilderte relative Zurückbleiben der Reallöhne in spürbaren absoluten Rückgängen aus.[17]

Dies ist die Situation, in der sich die BRD seit der letzten Konjunkturkrise befindet. Die Konjunkturpolitik des angewandten Keynesianismus, wie sie seit neuestem in der BRD betrieben wird, kann an dieser Lohnentwicklung nichts Entscheidendes ändern, auch wenn es ihr gelingt, die Konjunktur wieder einigermaßen flott zu machen. Denn der Inhalt dieser Politik besteht darin, die vorhandenen Überkapazitäten und Disproportionen durch die Schaffung zusätzlicher Nachfrage zu beschäftigen bzw. abzustützen, und nicht darin, diese Fehlentwicklungen durch eine gezielte Strukturpolitik rückgängig zu machen und sie in Zukunft zu verhindern. Die zusätzlichen öffentlichen Aufträge (Eventualhaushalt) haben dementsprechend primär konjunkturpolitische Zielsetzungen. Die Vorteile für den Ausbau der sog. „Infrastruktur", die dabei u. U. herauskommen, sind sekundär. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, daß alle auch nur in Ansätzen vorhandenen Planungen nicht-konjunkturpolitischer Art, die der Verausgabung der Mittel des Eventualhaushalts zugrunde gelegt wer-

den sollten, immer wieder den konjunkturpolitischen Zielsetzungen zum Opfer gefallen sind. Insbesondere gilt das für den Ausbau des Bildungs-, Ausbildungs- und Schulungswesens. Da diese Bereiche nur durch erhebliche Personalvermehrungen ausgebaut werden können, würden die eingesetzten zusätzlichen öffentlichen Mittel konsumtiv und nicht investiv verausgabt werden. Diese Einkommen bewirken zwar auch zusätzliche Nachfrage, jedoch nicht gezielt auf die unterbeschäftigten Wirtschaftsbereiche. Diese zu stützen ist aber die konjunkturpolitische Aufgabe der öffentlichen Ausgabenpolitik.

Zu der neuen Wirtschaftspolitik gehört neben der Schaffung von Nachfrage durch die öffentliche Hand als wesentliches Element die Einkommenspolitik, also die „konzertierte Aktion". Diese hat die Aufgabe, den erhofften Erfolg der Auftragsvergaben an die Industrie gegen Lohnerhöhungen abzuschirmen. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften, die sich sehr wesentlich an der Entwicklung der Kaufkraft der Löhne ausrichtet, könnte wegen der stagnierenden oder fallenden Reallöhne offensiv werden. Darum gilt es, in der „konzertierten Aktion" die Lohnentwicklung strikt an der Kostensituation der Unternehmungen zu orientieren und nicht an der Entwicklung der Kaufkraft. Der Lohn wird dabei also allein vom Standpunkt des unternehmerischen Interesses, nämlich als Kostenfaktor betrachtet.

Eine weitergehende Einkommenspolitik als die der „konzertierten Aktion" würde unter den heutigen Umständen diese Zielsetzungen eher noch verschärfen und institutionell absichern. Arbeiten die Gewerkschaften bei einer solchen Politik mit, so werden sie endgültig zum „Ordnungsfaktor" in einem System, das die Ziele seiner Wirtschaftspolitik ohne Rücksicht auf die Interessen der Unselbständigen bestimmt und die Gewerkschaften lediglich zu deren reibungslosen Durchführung braucht.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation beinhaltet jedoch durchaus die Möglichkeit einer progressiven Gewerkschaftspolitik. Es hat sich in den letzten Monaten gezeigt, daß die geschilderte Verschlechterung der Einkommensverhältnisse bei sehr vielen Unselbständigen eine starke Unruhe hervorgerufen hat, die den Gewerkschaften bei ihren Aktionen wieder einen viel größeren Rückhalt innerhalb und auch außerhalb ihrer Mitgliedschaft sichern und damit ihrer Politik einen größeren Spielraum verleihen könnte. Es darf allerdings nicht das Ziel der Gewerkschaften sein, diesen Druck „von unten" einzudämmen bzw. auf begrenzte lohn- und sozialpolitische Forderungen zu konzentrieren.[18] Vielmehr besteht die seit

langem kaum mehr vorhandene Möglichkeit, diese Unruhe zu politisieren und damit zu stabilisieren. Eine derartige Politisierung der gegenwärtigen Konflikte hätte durchaus anzusetzen bei deren unmittelbaren Ursachen. Das sind z. B. steigende Lebensmittelpreise als Folge einer gänzlich veralteten und unproduktiven Struktur der Landwirtschaft und der verbraucherfeindlichen Landwirtschaftspolitik der EWG. Das sind weiter auch die steigenden Mieten als Folge unzureichender öffentlicher Bautätigkeit, hoher Baupreise und zu früh freigegebener Mieten.

Eine wirkliche Politisierung bestünde bereits darin, wenn man öffentlich darlegen würde, daß die neue Wirtschaftspolitik der Bundesregierung allein den kapitalistischen Interessen dient und geradezu darauf angewiesen ist, die Einkommensverhältnisse der Unselbständigen nicht zu verbessern. Der nächste Schritt müßte darin bestehen, daß die Gewerkschaften in der Diskussion mit ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit sowie in Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung und der Unternehmer klarmachen, wie sehr das zukünftige Wachstum der Wirtschaft abhängt von einer wesentlichen Umschichtung der Investitionen. Ein stets wachsender Teil der Investitionen muß in den Bereich der Forschung, der Bildung, der Ausbildung und in den Ausbau der „Infrastruktur" verlagert werden. Sowohl die Proportionierung der Investitionen innerhalb der Produktion als auch die Verlagerung in nicht-produktive Sektoren verlangt aber öffentliche Planung und Kontrolle, da diese Ziele den Interessen der monopolistischen Industrien bzw. den unmittelbaren Interessen der Privatwirtschaft überhaupt entgegenstehen.

In dieser Richtung müßte in den Gewerkschaften eine Wirtschaftspolitik in Diskussion mit den Mitgliedern formuliert und propagiert werden, hinter der diese stehen, weil sie eine enge Beziehung zu unmittelbaren Interessen der Unselbständigen hat und sie diese auch in ihrem Bewußtsein herauszustellen vermögen. Gerade in diesem Sinne unterschiede sich die genannte Politik von den Forderungen der Gewerkschaften nach Erweiterung der Mitbestimmung.

Wenn die Gewerkschaften eine solche Wirtschaftspolitik vorwärtstreiben und durchsetzen wollen, so würden sie nicht darum herum kommen, in bestimmten wirtschaftspolitischen Beratungs- und Entscheidungsgremien mitzuarbeiten. Die Gefahr der Integration besteht dabei sicherlich. Wie weit die Gewerkschaften sich auf derartige Mitarbeit einlassen können, hängt von den konkreten Bedingungen der jeweiligen Institutionen ab, in denen sie mitarbeiten, speziell von den diesen zur Verfügung stehenden

Instrumenten. Daran wird man entscheiden können, wie weit es den Gewerkschaften gelingen kann, die gegebenen Möglichkeiten für die Interessen der Unselbständigen auszunutzen und sie progressiv in diesem Sinne zu erweitern. Doch das entscheidet sich schließlich nicht allein an den Bedingungen der betreffenden Institutionen, sondern auch dadurch, wie weit es gelingt, die Gewerkschaftsmitglieder für die Unterstützung der dort zu vertretenden Ziele zu gewinnen.

Anmerkungen

Der letzte Teil wurde gegenüber dem auf der Tagung am 28. 10. 1967 in Frankfurt/M. gehaltenen Referat verändert und erweitert. Dies geschah teils, um aufgetretene Mißverständnisse auszuräumen, teils um berechtigte Kritik zurückzunehmen.

[1] Vgl. Tab. S. 37

[2] Vgl. Tab. S. 37

[3] Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (1950 und 1955 Bundesgebiet ohne Saarland und W.-Berlin)

1950	1955	1960
7,2 %	3,9 %	1,0 %

(Errechnet nach Zahlen in: Statistisches Jahrbuch für die BRD, 1967, S. 139)

[4] So die Argumentation von V. Mosler: Arbeitnehmereinkommen unter der Großen Koalition, in: neue kritik, Nr. 41, S. 53 ff.

[5] Preisindex für Lebenshaltung (4-Personen Arbeitnehmerhaushalt mit alleinverdienendem Haushaltsvorstand) 1962 = 100

1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
94,9	97,1	100	103,0	105,4	109,0	112,8	114,3

(Quelle: Stat. Jahrb. f. d. BRD, 1967, S. 469)

Index der Erzeugerpreise der industriellen Produktion, 1962 = 100

1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
97,2	98,8	100	100,5	101,6	104,1	105,8	105,4

(Quelle: Stat. Jahrb. f. d. BRD, 1967, S. 444)

Dagegen verlief die Preisentwicklung bei industriellen Produkten und der Lebenshaltung von 1950 bis 1960 weitgehend parallel:

Index der industriellen Erzeugerpreise (1962 = 100)

1950	1960
79,8	97,6

(Quelle: Stat. Jahrb. f. d. BRD, 1966, S. 472)

Preisindex f. Lebenshaltung (1962 = 100)

1950	1960
78,8	94,9

(Quelle: Stat. Jahrb. f. d. BRD, 1967, S. 469)

[6] Investitionsquote am Bruttosozialprodukt

1950	1955	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
22,6	26,3	26,7	26,5	26,4	25,8	27,5	28,0	25,8

(Quelle: Zahlen f. 1950 und 1955, Stat. Jahrb. f. d. BRD, 1962; für 1960 ff, Sozialbericht der Bundesregierung 1967, BT-Drucksache V/2117, S. 10)

[7] Sparquote = Sparvolumen bezogen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, darunter auch die Haushalte der Selbständigen.

[8] Sparquote 1960 bis 1966

1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
8,3	8,5	8,5	9,6	10,8	12,0	11,1

(Quelle: Sozialbericht 1967 BT-Drucks. V/2117, S. 13)

[9] Vgl. die Untersuchung von C. Föhl: Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Tübingen 1964, S. 63 ff. An diesem Anteil der Selbständigenhaushalte hat sich auch allen Unterlagen nach ab 1960 nichts geändert; vgl. W. Höhnen: Das Sparen der privaten Haushalte im Konjunkturverlauf, WWI-Mitteilungen, Nr. 8/9 1967, S. 233 ff.

[10] Im Jahre 1966 ergaben sich bei einer durchschnittlichen Sparquote für alle privaten Haushalte (einschl. der Selbständigenhaushalte) von 11,1% des verfügbaren Einkommens dieser Haushalte für die Arbeitnehmerhaushalte (4-Personen-Haushalte) die folgenden Sparanteile:

verfügbares Einkommen in DM	Sparquote in %
1042	5,3
2070	13,6

(Zahlen aus: Wirtschaft und Statistik, Nr. 5/1967, S. 370)

[11] Legt man den gesamten Überlegungen nicht die Quote der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zugrunde, sondern die der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (=Bruttoeinkommen abzüglich der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge für die Sozialversicherung und Lohnsteuern), so ergibt sich ein noch weniger günstiges Bild für die Arbeitenden: Anteil des Nettoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen 1960 bis 1965 (Bundesgebiet einschl. Saarld. und W.-Berlin) in %

1960	1961	1962	1963	1964	1965
45,3	46,6	47,6	47,5	47,7	49,0

(ausgerechnet nach den Zahlen in: Stat. Jahrb. f. d. BRD, 1966)

Dem steht eine Erhöhung des Anteils der Unselbständigen an den Erwerbspersonen von 1960 bis 1965 um 2,8% gegenüber.

[12] Preisindex für Lebenshaltung (4-Personen Arbeitnehmerhaushalt mit alleinverdienendem Haushaltsvorstand) 1962 = 100

	1960	1962	1964	1966	März
Gesamtlebenshaltung	94,9	100	105,4	112,8	114,3
Ernährung	95,2	100	105,8	113,3	113,0
Wohnung*	89,1	100	112,4	129,6	135,6
Bildung, Unterhaltung, Erholung	92,4	100	107,4	115,7	118,7
Verkehr	96,1	100	105,1	110,5	113,5
Hausrat	96,3	100	101,1	104,2	104,0

(Quelle: Statistisches Jahrbuch f. d. BRD, 1967, S. 469)

* neben den Altbauwohnungen sind hier nur die Neubauten des sozialen Wohnungsbaus erfaßt, so daß der Index noch nicht einmal den gesamten Umfang der Erhöhungen wiedergibt.

Zur jüngsten Entwicklung der Preise, speziell der Verbraucherpreise und des Preisindex für Lebenshaltung vgl. WWI-Mitteilungen, XXJhg. H. 12 (Dezember 1967)

[13] Zu den Voraussagen der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vgl. Frankfurter Rundschau vom 10. 10. 1967.

[14] Vgl. hierzu meinen Aufsatz: Der wirtschaftspolitische Auftrag der Großen Koalition in: Lamm, Rosenbaum, Schauer, Schmiederer: Die Große Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken, Frankfurt/M., 1967, S. 39 ff.

[15] Vgl. Neue Züricher Zeitung vom 15. 10. 1967, Blatt 10

[16] Zu den Auswirkungen der Einführung der Mehrwertsteuer vgl.: E. Löchner-Brockerhoff: Die Reform des Umsatzsteuersystems — ein gesamtwirtschaftliches Experiment —, in: WWI-Mitteilungen, Nr. 5/1967, S. 124 ff.

[17] Vgl. hierzu: Wirtschaft und Statistik, H. 9/1967, S. 505 f und WWI-Mitteilungen, XX Jhg., H. 12 (Dez. 1967).

[18] Die gegenwärtigen Lohnauseinandersetzungen konzentrieren sich bisher noch allein auf lohnpolitische Forderungen. Sie bleiben aber auch lohnpolitisch rein defensiv, da sie lediglich der Stabilisierung der bisherigen Lohnhöhe dienen. Vermutlich müßten heute die Löhne selbst dann höher sein, wenn wirklich nach den Grundsätzen verfahren würde, die im Konzept der „konzertierten Aktion" der Lohnentwicklung zugrunde gelegt werden sollten.

Ursula Schmiederer

Die Spaltung der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks

1.

Am 17. Dezember 1967 spaltete sich die Sozialistische Volkspartei Dänemarks (SF) bei ihrem 6. außerordentlichen Kongreß in Kopenhagen. Die Spaltung beendete einen Zustand, der seit dem 5. Kongreß im Juni 1967 die Arbeit der Partei gelähmt hatte: unter dem Parteinamen „SF" hatten realiter zwei verschiedene Sub-Parteien existiert.

Die Verdoppelung der Mandate der SF bei den Parlamentswahlen im November 1966 von zehn auf zwanzig hatte in der Partei neue Probleme geschaffen. Ein Zusammenarbeitsabkommen mit der sozialdemokratischen Regierung hatte die SF aus ihrer Oppositionsrolle herausgeholt. In dieser neuen und für das politische Profil der SF prekären Situation vertieften sich die Divergenzen zwischen linkem und rechtem Flügel über Funktion und Aufgaben der Partei.

Als erste Aktion der parlamentarischen „Arbeitermehrheit" wurde mit den Stimmen der SF eine 10%ige Mehrwert-Steuer verabschiedet. Entgegen den Parteiprinzipien stimmten die SF-Parlamentarier für die Militärausgaben. Diese erste Manifestation der „Verantwortung" der Parteiführung hatte in der Partei Unwillen erregt: die Verantwortung für die „Arbeitermehrheit" schien die Parlamentsgruppe geradewegs auf den Weg der Anpassung an sozialdemokratische Wünsche zu bringen. Als schließlich im Dezember erneut von der SF die Zustimmung zu einer unsozialen Regelung verlangt wurde — die jährliche Teuerungszulage sollte auf Grund der Devaluierungsschwierigkeiten „eingefroren" werden —, verweigerten die sechs Anhänger des linken SF-Flügels im Parlament ihre Unterstützung. Die sozialdemokratische Regierung kam — trotz der Unterstützung durch die anderen 14 SF-Leute — in die Minderheit. Sie

trat zurück und schrieb Neuwahlen aus. Die parlamentarische Arbeitermehrheit war nach einjährigem Leben gestorben.

Auf Druck der erbitterten SF-Mitglieder war im Juni ein außerordentlicher Kongreß zur Klärung der Politik einberufen worden. Er wurde zur Abrechnung mit dem rechten Flügel und dem Parteivorsitzenden Aksel Larsen. Der alte Vorstand wurde nahezu vollständig gegen einen neuen ausgewechselt, der von den „Linken" beherrscht war. Nach dem Kongreß begann ein Polarisierungsprozeß in der Partei, der von den beiden Parteigremien repräsentiert wurde: dem Vorstand und der Parlamentsgruppe. Die beiden Führungsgruppen kämpften um ihre Kompetenzen. Der linke Vorstand berief sich zurecht auf seine demokratische Legitimation durch die Parteimitglieder; die rechten Parlamentarier um Aksel Larsen bemühten den Wählerwillen und polemisierten gegen den „unreifen" Vorstand. Die Kompetenzstreitigkeiten weiteten sich aus zum organisierten Fraktionskampf um die Bestimmung der Politik der Partei. Der Dezember-Kongreß teilte sich bei den ersten entscheidenden Abstimmungen über die politische Linie in nahezu gleich große Hälften: der rechte Flügel gewann mit vier Stimmen Mehrheit. Der knapp unterlegene linke Flügel zog aus und konstituierte sich als Partei der „Linkssozialisten" (Venstresocialister).

Genau genommen handelt es sich bei der Spaltung der SF um die Demonstration eines Problems, das in den sozialistischen Bewegungen auch anderer kapitalistischer Länder existiert: Ist in der gegenwärtigen Situation der spätkapitalistischen Gesellschaft sozialistische Politik in den politischen und organisatorischen Traditionen und Mustern der etablierten Arbeiterbewegung noch möglich; bzw. wie anders sind in einer nicht-revolutionären Situation eine wirksame sozialistische Strategie, effektive Aktionsformen und adäquate Organisationsmodelle zu entwickeln?

2.

Die SF wurde im Februar 1959 gegründet, nachdem die Kommunistische Partei Dänemarks im November 1958 sich über Fragen einer von Moskau unabhängigen Politik und flexibler politischer Arbeitsformen gespalten hatte. Die neue Partei zerstörte die Konstellation, die in der dänischen Arbeiterbewegung seit dem Ende des 2. Weltkrieges bestanden hatte. Kommunistische und sozialdemokratische Politik verkörperten über bestimmte Haltungen im nationalen Klassenkampf hinaus auch die Parteinahme im internationalen Konkurrenzkampf der beiden antagonistischen Sozialsysteme des Kapitalismus und des Sozialismus. Die kommunisti-

schen Parteien reproduzierten im nationalen Rahmen die Interessen der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten. Die Sozialdemokratie hatte durch ihre Option für „den Westen" und den internationalen Kapitalismus innenpolitisch auf sozialistische Alternativen verzichtet und sich außenpolitisch mit den militärischen Interessen der USA identifiziert. Die SF vertrat einen „dritten" Weg. Innenpolitisch stellte sie sich grundsätzlich auf eine Politik immanenter sozialer Reformen ein; außenpolitisch formulierte sie eine Politik der Neutralität und Unabhängigkeit von den großen Parteien des Ost-West-Konflikts und der Solidarität mit den Emanzipationsbewegungen der Dritten Welt.

Politisch und theoretisch verstand sich die SF als Teil der sozialistischen Erneuerung, die seit der Mitte der fünfziger Jahre in den kapitalistischen Ländern entstanden war und in verschiedenen organisatorischen und politischen Formen ihren Ausdruck gefunden hatte. Tatsächlich war die Gründung der SF einer der ersten sichtbaren Erfolge der Neuen Linken. Angesichts der späteren theoretischen und organisatorischen Manifestationen der neuen sozialistischen Strömungen in Europa, erwies sich allerdings die dänische SF als weder besonders „neu" noch besonders „links". Der Aufbau der Organisation folgte dem traditionellen Muster der Arbeiterparteien. Durch ihre starke parlamentarische Orientierung vernachlässigte die SF die Entwicklung neuer Aktionsformen. Sie blieb politisch eine durchaus traditionelle Partei und trug — jedenfalls im europäischen Rahmen — wenig zur sozialistischen Erneuerung bei. Noch weniger neu wirken schließlich die theoretischen Bemühungen der SF.

Die programmatischen Äußerungen der SF unterlagen den Zwängen der „Tagespolitik". Sie waren bestimmt von dem Anspruch des „Programms": dem Bemühen um Aussagen zu allen möglichen Detailfragen fielen die Analysen wesentlicher Problemkreise zum Opfer. Es entstand ein klassisch revisionistisches Programm, dessen Mängel und Unzulänglichkeiten erst dann richtig sichtbar wurden, als die SF eine strategische Bestimmung ihrer Politik hätte vornehmen sollen. Die allgemeinen „marxistischen" Aussagen über den Charakter der spätkapitalistischen Gesellschaft waren ungenügend, um die politischen Möglichkeiten einer neuen sozialistischen Partei zu präzisieren.

Sicherlich wird der praktische Nutzen von Programmen für die Politik von Parteien hier nicht überschätzt. Doch war es für die allgemeine Entwicklung der SF nicht unerheblich, daß aufgrund der Vagheit des Programms widersprüchliche politische Vorstellungen unter der gemeinsamen

Berufung darauf friedlich koexistieren konnten, solange die Probleme nicht explizit zur Sprache kamen. In den Diskussionen konnten alle das Programm bemühen — und machten es damit wesentlich funktionslos. Es besteht auch jetzt die groteske Situation, daß die neue Partei das alte Grundsatzprogramm der SF als für sie gültige theoretische Grundlage beansprucht.

3.

Ernsthafte Versuche, die langfristigen Ziele sozialistischer Politik mit den aktuellen Aufgaben zu vermitteln, wurden in der SF nicht gemacht. Die innerparteilichen Diskussionen beschränkten sich weitgehend auf taktische Fragen, die nur selten in einem größeren strategischen Zusammenhang begriffen wurden. Nach der Wahl 1960 konzentrierte sich die SF auf die Definition ihres Verhältnisses zur Sozialdemokratie.

Die zentrale Bedeutung der sozialdemokratischen Politik für die SF war gleichbedeutend mit einer immer stärkeren politischen Orientierung an der parlamentarischen Politik und mit einer nahezu völligen Ignorierung nichtparlamentarischer Wirkungsbereiche. Die gewerkschaftliche Arbeit wurde der parlamentarischen untergeordnet. Eine eigene strategische Linie für außerparlamentarische Aktivitäten wurde nicht erarbeitet.

Durch diese Fixierung auf das Parlament — und auf die Sozialdemokratie — veränderte sich allmählich die politische Stellung der SF. Aus einer Partei, die mit dem Ziel der Erneuerung sozialistischer Politik in Dänemark angetreten war, wurde eine, die sich immer mehr den herrschenden Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus anpaßte. „Sammlung der Arbeiterbewegung" wurde gleichbedeutend mit „Arbeitermehrheit"; „Arbeitermehrheit" wurde identisch mit der parlamentarischen Mehrheit von Sozialdemokratie und SF. Erstaunlich an der Bestimmung sozialistischer Tagespolitik ist die Naivität, mit der die Möglichkeiten für eine „sozialistische Mehrheit" im bürgerlichen Parlamentarismus eingeschätzt werden.

Ebenso erstaunlich ist die Art, in der sich die Beurteilung der Sozialdemokratie und ihrer Politik wandelte. Im Grundsatzprogramm ist die Rede davon, daß die Sozialdemokratie „sich auf eine sozialliberale Politik im Rahmen der bestehenden Gesellschaft beschränkt" und „das kleinbürgerliche Lebensmuster akzeptiert hat". Die „politische Hauptlinie", die sich seit dem 3. Kongreß im Oktober 1963 für die SF herausbildete, legte dagegen großen Nachdruck auf ein gutes Verhältnis zur Sozialdemokratie. Sie wurde — jedenfalls vom rechten Flügel — als eine Art verirrter so-

zialistischer Partei betrachtet, die durch „Druck von links" wieder auf den richtigen sozialistischen Weg zurückgebracht werden könne.

In dem Maße, wie die Sozialdemokratie für die SF zum möglichen Partner wurde, wurden auf sie auch taktische Rücksichten genommen. So erklärte Aksel Larsen wiederholt, es sei nicht das Ziel der SF, die Sozialdemokratie zu schwächen und ihr bei den Wahlen Stimmen abzunehmen. Da jedoch die SF ihre eigene Stärke objektiv nur aus den politischen Schwächen anderer Teile der Arbeiterbewegung — und also ganz besonders aus denen der Sozialdemokratie — beziehen konnte, ergab sich dabei für die SF zweifellos ein Dilemma. Dieses wurde vom rechten Flügel konsequent durch die Betonung der „Katalysatorenrolle" der SF zu lösen versucht: es sei nicht die Absicht der SF, selbst der stärkste Teil der Arbeiterbewegung zu werden, sondern in Zusammenarbeit mit anderen Teilen eine gesellschaftsbezogene Politik des sozialen Fortschritts zu führen. Um des guten Verhältnisses zur Sozialdemokratischen Partei willen wurde die taktische Linie der SF zunehmend eingeengt auf solche politischen Fragen, die nicht in grundsätzlichem Widerspruch zur Programmatik und Politik der Sozialdemokratie standen. Je mehr sich die Politik der SF im parlamentarischen Raum konsolidierte, desto mehr verlagerte sich auch programmatisch das Gewicht auf innenpolitische Fragen. Die außenpolitischen Stellungnahmen, die großen Anteil an dem anfänglichen Erfolg der SF hatten und die einen bedeutsamen Wert für die Popularität der SF bei der Jugend besaßen, wurden immer stärker in den Hintergrund gedrängt. Aus der Anpassung an vermeintliche tagespolitische Notwendigkeiten ergaben sich langsam Veränderungen der prinzipiellen politischen Vorstellungen der SF. Die Grundsätze, die die SF zur oppositionellen Partei gemacht hatten, wurden verwischt oder vergessen. Mit der Integration in das etablierte politische System begann die SF ihre Existenzberechtigung zu verlieren.

In den Diskussionen über die „politische Hauptlinie" wirkten die Einwände und Vorstellungen des linken Flügels defensiv. Er versuchte die Annäherung an die Sozialdemokratie zu bremsen. Die politischen Differenzen wurden nicht systematisch als alternative politische Konzepte formuliert. Solange die SF sich selbst als Oppositionspartei verstand und solange der linke Flügel sich nicht strukturiert hatte, konnte die einheitliche Linie gewahrt werden. Die Opposition des linken Flügels beschränkte sich auf einzelne politische Fragen. Daher wurde nicht unmittelbar klar, daß hinter dieser partiellen Opposition eine politische Gesamtkonzeption stand.

Bei den Diskussionen über die taktische Linie der SF wurde besonders deutlich, daß es für eine sozialistische Partei schwierig oder unmöglich ist, klare Stellung zu Tagesfragen zu beziehen und eine sozialistische Strategie zu erarbeiten, solange entscheidende Probleme nicht systematisch analysiert und geklärt sind. Analysen des parlamentarischen Systems und der sozialdemokratischen Partei und ihrer Politik hätten eine Reihe Fehleinschätzungen und falsche Schritte vermeiden helfen können.

Diese Versäumnisse wurden erst wirklich spürbar, als die SF nach der Wahl 1966 praktisch Stellung beziehen mußte. Hier war die Parteiführung gezwungen zu improvisieren; die Parlamentsmitglieder waren unsicher und nicht fähig, sich schnell und klar zu entscheiden. In den Monaten nach der Wahl erlebten die Parteimitglieder eine Führung, die von Entscheidung zu Entscheidung sprang und der Mitgliederschaft eine Überraschung nach der anderen bereitete. Die Mitglieder der Partei machten die in der neuen Situation besonders eindringliche Erfahrung, daß die leitenden Gremien auf eigene Faust und ohne innerparteiliche Diskussion handelten und dies gerade bei Problemen, die in der gesamten Partei nach einer Klärung und Einigung verlangten.

4.

Die Diskussionen über die politische Funktion der Parteiorganisation waren in der SF bestimmt durch die Schwäche und Instabilität der Partei. Für eine Partei, die sich nicht als Kader-, sondern als Volkspartei versteht, ist ein Organisationsgrad von nicht mehr als 3% ihrer Wähler ein handicap für aktive Parteiarbeit. Die besondere geographische Verteilung der SF-Gruppen erhöhte das Problem: ca. 50% der Mitglieder sind in ca. 30 Parteigruppen in Kopenhagen organisiert, die andere Hälfte verteilt sich in 68 Gruppen über das ganze Land. Bis zu den Wahlerfolgen im März und November 1966 hatte die SF ca. 5.000 Mitglieder in 100 Parteigruppen. Nach den Wahlen stieg die Mitgliederzahl auf 7.500. Die starke Fluktuation von jährlich etwa 500 Mitgliedern (= 10%) erschwerte die Festigung des organisatorischen Gefüges und beeinträchtigte die Arbeitsfähigkeit lokaler Gruppen. Auflösung und Neugründungen von Gruppen wurden oft bestimmt durch Weg- oder Zuzug eines Vorsitzenden oder einiger aktiver Mitglieder.

Aus der Instabilität der Organisation entwickelte sich ein Teil des Konfliktstoffes, der zur Spaltung führte. Der Einzug von 11 Abgeordneten in das Parlament nach den Wahlen im November 1960 erhielt angesichts der ökonomischen, publizistischen und mitgliedermäßigen Schwäche der

Partei eine starke Bedeutung für ihre Politik nach außen. Die Parlamentariergruppe wurde für die Partei zum wesentlichen Kommunikationsfaktor mit der politischen Öffentlichkeit. Bei den Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, Politik und Programmatik der Partei agitatorisch bekannt zu machen, war es verständlich, daß sich die Parteiführung des neuen parlamentarischen Macht- und Einflußinstruments propagandistisch bediente. Durch die Diskrepanz von organisatorischer Schwäche und parlamentarischer Stärke wurde jedoch die Parlamentsgruppe zum nahezu alleinigen Aushängeschild der Partei.

Das Mißverhältnis zwischen einer gewichtigen Gruppe im Parlament und geringen Entfaltungsmöglichkeiten der autonomen Parteiorganisation hat seither die Situation der SF geprägt, und sie ist aus dem circulus vitiosus nicht herausgekommen: Da die SF ihre organisatorische Schwäche nicht überwand, blieb die parlamentarische Arbeit gleichsam identisch mit der Arbeit der Partei überhaupt. Die starke Prägung der Partei durch das Übergewicht der Parlamentsarbeit erschwerte jedoch die Stärkung der Organisation und die Entfaltung nicht-parlamentarischer politischer Aktivitäten. Klarheit über die Funktion des Parlaments in der spätkapitalistischen Gesellschaft und über die Bedeutung nicht-parlamentarischer Aktivitäten hätten diese Entwicklung bremsen und Gegengewichte schaffen können. Da es der Partei weder gelang, eine klare Linie für ihre gewerkschaftliche Arbeit, noch eine flexible Aktivität und Unterstützung der außerparlamentarischen Bewegungen zu formulieren, geriet sie in den Sog des institutionalisierten parlamentarischen Getriebes. Lokale Initiativen und politische Arbeit der SF in nicht-parlamentarischen, gesellschaftlichen Sektoren standen in krassem negativem Mißverhältnis zur legislativen Arbeit.

Trotz eines im heutigen Parteiensystem selten gewordenen Ausmaßes an innerparteilicher Demokratie hatte die SF gegen oligarchische und autokratische Neigungen der Parteiführung zu kämpfen. Zweifellos spielten hier die autoritären Neigungen des Parteivorsitzenden eine entscheidende Rolle, dessen Beitrag zur Demokratisierung der Partei nicht besonders groß war. Er vereinigte in Personalunion seit Gründung der Partei die Funktionen des Parteivorsitzenden, des Vorsitzenden der Parlamentsgruppe und des politischen Wortführers der SF im Parlament. Sein Auftreten in der Öffentlichkeit — vorzugsweise unter Umgehung der demokratisch gewählten Parteiorgane — ließ keinen Zweifel daran, daß er die SF als „seine Partei" betrachtete, die er für „seine Politik" zu verwenden wünschte. Als der neue, vom Juni-Kongreß gewählte Vorstand sich

energisch an den Abbau der „one-man show" machte, ging Aksel Larsen zum offenen Kampf gegen den Vorstand über. Seine Kampfmethoden, die der Verleumdung häufig sehr nahe kamen, hätten in einer weniger demokratischen Partei zweifellos zum Ausschluß wegen parteischädigenden Verhaltens geführt. Grundsätzlich spricht es für die demokratische Substanz dieser Partei, daß sie einen solchen Vorsitzenden verkraften konnte. Doch mußte eine Partei, die ihren sozialistischen Anspruch nicht ganz aufgeben wollte, sich gegen solche Tendenzen wenden. Die Spaltung ist nicht zuletzt Ausdruck dieser Revolte gegen die Oligarchisierung der Partei.

Die mitgliedermäßigen und innerparteilichen Erfordernisse wurden vernachlässigt und der Parlamentsarbeit untergeordnet. Die Partei wurde immer mehr zu einem Hilfsinstrument der Parlamentariergruppe. Dies führte zu einem Schwund an Zielen und Aufgaben der lokalen Parteigruppen und der Mitglieder. Die Passivität und wachsende Funktionslosigkeit der Parteiorganisation provozierte vor dem 4. Kongreß im Herbst 1965 eine „Organisationsdebatte", in der die verschiedenen Vorstellungen über Sinn und Zweck einer sozialistischen Partei klar wurden. Dabei transzendierte die Organisationsfrage ihren engen Bereich und gliederte sich ein in einen allgemeinen politischen Bedeutungszusammenhang, der bestimmt war durch das politische Selbstverständnis der SF. Es kristallisierten sich zwei wesentliche Parteiauffassungen heraus. Beiden stellt sich das Problem, das so alt ist wie die politische Arbeiterbewegung: das der optimalen Vermittlung der aktuellen Aufgaben mit den zukünftigen; die Frage also nach der möglichen Antizipation des Zieles in Praxis und Organisation der Partei. In der SF wurden die beiden Parteiauffassungen in die Alternative: Mitgliederpartei oder Wählervereinigung gefaßt.

Aksel Larsen und seine Anhänger vertraten ein Parteimodell, das sich stark am vorherrschenden Parteityp der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie orientierte. In diesem Modell weicht der Eigenwert der Mitgliederorganisation dem Bemühen um die Wähler. Die Partei wird von oben geleitet und hat im wesentlichen die Aufgabe, Hilfsdienste für die Wahlen und für die parlamentarische Arbeit zu leisten.

Das Modell des linken Flügels orientiert sich an einer sozialistischen Partei als allseitig wirkende Kampf- und Mitgliederorganisation mit dem Ziel der sozialistischen Veränderung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse. Für die Vertreter dieses Modells soll die Partei im „Zentrum

der Politik" stehen und eine „kollektive Partei" die Formulierung und Realisierung einer gemeinsamen politischen Linie übernehmen.

Der Unterschied der beiden Vorstellungen über die Partei ist fundamental und er verweist auf eine wesentliche Differenz zwischen der „alten" und der „neuen" Linken. Die alte Linke hat ein wesentlich autoritäres Verhältnis zur Organisation: diese wird instrumentell verwandt für die Zwecke der (meist parlamentarisch-konventionellen) Politik. Bezeichnend hierfür sind etwa die häufigen Äußerungen Aksel Larsens, in denen er unter Berufung auf den Wählerwillen die Wähler gegen die Mitglieder ausspielte. Der artikulierten politischen Willensäußerung der organisierten Parteimitglieder wird die einmalige Wahläußerung einer notwendig diffusen Masse entgegengehalten und so unter der Hand zur Äußerung einer strukturierten politischen Öffentlichkeit umgeformt. Wenn die Partei im wesentlichen Hilfsdienste leisten soll, so genügt tatsächlich wie bei den sozialdemokratischen Parteien eine konventionelle, nach lokalen Gruppen strukturierte und durch vertikale Kommunikationsstrukturen von oben nach unten geprägte Organisation. Lebhafte Diskussionen in der Partei werden als störend empfunden, „Ruhe" wird gefordert, auf Initiativen wird verzichtet — all das erleichtert die Manipulation. Selbst wo hier nicht willentlich und bewußt die Partei als Manipulationsmittel für die Parteispitze betrachtet wird, schwinden in dieser Konzeption die Autonomie und die politische Selbstbestimmung der Partei.

Die vom linken Flügel der SF formulierten Organisationsvorstellungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Grundsätzlich geht man davon aus, daß eine sozialistische Partei nur dann ihrem Anspruch gerecht werden kann, die bestehenden Verhältnisse zu ändern, wenn die Organisationsstruktur und das Parteileben nicht inhaltlich getrennt werden von der Politik, die man vertritt. Wenn die politische Willensbildung von den Parteimitgliedern getragen werden soll, können nur breite Diskussion und Meinungsbildung von „unten nach oben" und eine ausgeprägte horizontale Kommunikation garantieren, daß die Partei im Zentrum der Politik steht und daß eine Verselbständigung der Parteiführung verhindert wird. Das bedeutet nicht nur lokale Initiativen, sondern auch die Möglichkeit des Zusammenschlusses von politischen und sachlichen Interessengruppen. Die Bildung von Fraktionen und anderen Gruppen können ein Gegengewicht gegen die parlamentarische Arbeit bilden und das Spektrum der politischen Arbeit vor allem in den gesellschaftlichen Bereichen verbreitern.

Dieses Konzept weitergedacht, könnte bedeuten, daß eine solche Organisationstruktur nicht mehr völlig mit dem traditionellen Parteienbegriff identisch und zu fassen ist, da die einzelnen parteiinternen Gruppierungen verhältnismäßig autonom in ihren jeweiligen Gebieten arbeiten und agitieren können. Eine solchermaßen flexible Organisationsstruktur ist sicherlich besser geeignet, qualifizierte politische Lösungen in einem breiten Wirklichkeitsspektrum zu erarbeiten, als sozialdemokratische oder pseudo-leninistische Vorstellungen.

5.

Die Spaltung der SF ist ein erneutes Indiz für die verschiedenen sozialistischen Strömungen, die sich organisatorisch nicht in einer künstlichen und politisch ineffektiven „Einheit" zusammenbringen lassen. Die *politische* Diskrepanz zwischen links-sozialdemokratischer oder traditionell kommunistischer Politik und den sozialistischen Vorstellungen der „Jungen" lassen sich *organisatorisch* nicht vereinen. Die Organisationsfrage wird hier selbst zur Frage der politischen Zielsetzung.

Die Gründe des Konflikts in der SF allein in den Auseinandersetzungen der letzten Monate zu suchen, ist falsch und reicht zur Erklärung der Spaltung nicht aus. Allerdings wurden erst in der letzten Zeit die Strukturen manifest, die latent schon lange in der Partei angelegt waren. Es handelt sich um grundsätzliche Differenzen über Politik und Funktion der Partei. Erst in letzter Zeit bildeten sich die beiden Flügel der SF klar und unversöhnlich. Der eine reformistische, sozusagen links-sozialdemokratische Flügel um den Parteivorsitzenden Aksel Larsen hat sich mehr und mehr im etablierten System eingerichtet und auf grundsätzliche politische Alternativen verzichtet. Er bildet jetzt im wesentlichen die alte SF. Der andere Flügel, der sich lange Zeit nicht organisiert, sondern durch einzelne Personen äußerte, bemühte sich um die Formulierung einer klaren politischen und organisatorischen sozialistischen Alternative zu den bestehenden Parteien. Dieser Flügel bildet die Grundlage der neuen Partei der Venstresocialister (VS).

In ersten Kommentaren nach der Spaltung der SF wurden die beiden Flügel personell eingeteilt nach den „Alten", den Realpolitikern, den Praktikern mit Erfahrung in der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Arbeit, die der „Arbeiterklasse" nahestehen; und nach den „Jungen", den Idealisten, Intellektuellen und Theoretikern. Solche Charakterisierungen sind oberflächlich richtig, kennzeichnen jedoch nicht den politischen Gehalt der Spaltung.

Zweifellos spiegelt die Spaltung einen Generationenkonflikt: die „Jungen" gehören heute der VS an und die „Alten" sind in der SF geblieben. Hinter der Altersfrage stehen jedoch zwei verschiedene Auffassungen von sozialistischer Politik, die sich in fast allen westeuropäischen Ländern finden. Die „Alten" (auch die jungen Alten) machten ihre politischen Erfahrungen in den etablierten Parteiapparaten der traditionellen Arbeiterbewegung. An diese blieben sie — auch wo sie ihnen nicht mehr angehören — in ihrem politischen Habitus fixiert. Ihre Auffassung von sozialistischer Politik ist grundsätzlich revisionistisch. Sie hängen an einem sozialdemokratisch und kommunistisch verzerrten Begriff von „Arbeiterklasse", der weitgehend — entgegen der Klassendefinition von Marx — beschränkt ist auf die in den Fabriken Arbeitenden. Der Kampf für die Interessen dieser Arbeiterklasse ist ihnen nur denkbar durch die politische Organisation der Partei. Die unflexible Verhaftung an den Traditionen erschwert ihnen das Verständnis für neue Kampf- und Aktionsformen gegen das kapitalistische System. Die neuen oppositionellen Bewegungen (wie die Vietnam- oder die Studenten-Bewegungen) sind ihnen — wenn nicht suspekt — so doch ein minderwertiger Ersatz der gewohnten „organisierten" Politik, die meist zur Beschränkung auf den Kampf um die sogenannten Tagesforderungen führt und in den etablierten parlamentarischen und gewerkschaftlichen Institutionen endet.

Dagegen bestimmt sich das politische Engagement der „Jungen" (auch der alten Jungen) nicht zuletzt daraus, daß die meisten von ihnen ihre politischen Erfahrungen in den außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen gemacht haben. Die fetischisierte Organisationsfixierung ist ihnen ebenso fremd, wie die Vorstellung, politische Erfolge seien nur in den institutionellen politischen Kanälen zu erringen. Nicht zufällig waren es die „Jungen" in der SF, die — wenn auch wenig erfolgreich — darauf drängten, daß die SF sich weit nachdrücklicher in gesellschaftlichen Bereichen wie der Regionalplanung, der Bildungs- und Kulturpolitik engagieren solle, da gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse sich nicht länger durch politisch-parlamentarische Arbeit ändern lassen. Solche Vorstellungen fanden bei den „Alten" nie besonderes Interesse, da solche Arbeit nicht direkt auf das originale „Proletariat" zu zielen schien. Ein schwerwiegender Irrtum der alten Sozialisten liegt darin, daß sie verkennen, daß das Proletariat heute wesentlich eine Klasse *an* sich ist — ohne Klassenbewußtsein und Kampfwillen. Die realen und aktuellen Träger sozialistischer Politik in der spätkapitalistischen Gesellschaft sind nicht mehr identisch mit den Lohnempfängergruppen.

Hier ist für die Spaltung der SF auch von Bedeutung, daß die als unpraktisch geltenden „Intellektuellen" die eigentlich aktiven Parteimitglieder der bisherigen SF waren. Zweifellos wird gerade diese Tatsache in der alten SF bald zu spüren sein und — wenn man die Prognose wagen darf — die weitere Schwächung der Parteibasis und die Verstärkung autoritärer Strukturen in der verbliebenen SF mit sich bringen.

Hartmut Lange

Ist ein neuer Realismus fällig?

Bemerkungen zu Martin Walsers Aufsatz „Imitation oder Realismus"

Der Aufsatz wurde auf Anforderung für die Fachzeitschrift ‚Theater heute' geschrieben. Er ist dort aber auf heftige Ablehnung gestoßen und wurde schließlich nach einigem Hin und Her völlig verstümmelt und mit dem nötigen gehässigen Arrangement versehen abgedruckt. ‚Theater heute' ist ein etabliertes Blatt und geht mit der kulturpolitischen Praxis Westdeutschlands konform. Der Verfasser freut sich, daß der Aufsatz in NEUE KRITIK ungekürzt erscheinen kann. Die Existenz dieser Zeitschrift wird es unnötig machen, Gedanken weiterhin dem Klassenfeind auszuliefern. *H. L.*

Martin Walser hat vor zwei Jahren einen Artikel veröffentlicht, „Imitation oder Realismus", in dem er Auskunft gibt über den augenblicklichen Stand der darstellenden Kunst in Westdeutschland. Der ist natürlich miserabel. Walser ist mit seinem Verstand auf einsamer Höhe, und weder seine Stücke, noch seine Essais haben den alten Mottenschachteln, sprich westdeutsches Theater, etwas anhaben können. Aber Walser hat nicht nur den Theatern, er hat auch der neueren Theorie über Realismus etwas zu bieten. Er entwickelt einen neuen „Realismusbegriff X", der so ergiebig ist, daß bei seiner Kritik ziemlich viel aktueller Stoff bewegt werden kann, und dazu hier einige Bemerkungen.

Worum geht es bei Walser? Zunächst um einigen Idealismus. Walser schreibt von „Zeitgenossen", die mit einem „konditionierten" Bewußtsein ins Theater kommen, er entdeckt, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, er entdeckt, daß in der Westdeutschen Welt und auf ihrem Theater Mangel an echtem historischen Sinn herrscht, alte Stücke werden benutzt als Abziehbilder nicht nur der vergangenen, auch der gegenwärtigen Welt, und nun vergißt Walser, daß eben jener Mangel an echtem historischen Sinn ein Produkt des Seins dieser Leute ist. Er

schlägt ihnen vor, endlich richtig zu denken, er schlägt ihnen vor, das zu tun, was sie nicht können: Sich ihr gesellschaftliches Sein aus dem Kopf schlagen. Walser, der den Theatern historisches Denken empfiehlt, kann also selber nicht historisch denken. Ein Mann, der begriffen hat, daß Theaterstücke „einen unwiederholbaren Augenblick der Geschichte ‚spiegeln', der begriffen hat, „daß das Böse bei Richart Gloucester eine Frucht historisch-gesellschaftlicher Bedingungen ist", müßte auch den heutigen Interpreten etwas historisch-gesellschaftliche Bedingungen zubilligen. Mit anderen Worten: Das, was Walser an den Theatermachern so ärgert, ihr mangelndes historisches Bewußtsein, ist eben wieder nichts anderes als historisches Bewußtsein. Es hat keinen Zweck, Leuten mit romantischen Vorschlägen zu kommen, die ihr gesellschaftliches Sein gut im Kopf haben, und daß die kapitalistische Theatermaschine überwiegend und notwendig Imitation statt Kunst darstellt, braucht, glaube ich, spätestens seit Brecht nicht mehr bewiesen werden.

Trotzdem: Walser will, daß die westdeutschen Bühnen Geschichte vermittels alter Stücke auf die Bühne bringen — und zwar so wie sie war und nur so! — und er klagt:

„Wir sind zwar nichts unbedingt Neues. Ganz von selber ist jeder Einzelne ein Nachkomme von allem Gewesenen. Aber wenn er dann das Gewesene als Tradition kennenlernt, dann wird ihm das Gesicht in den Nacken gedreht. Vielleicht kommt das daher, daß unsere Kultur überhaupt entstanden ist als christlich-lateinischer Import, als der Versuch einer Interlinearversion der Antike. Und seitdem wächst der tradierte Vorrat. Die Kraft, diesen Vorrat als reinen Geschichtsstoff zu behandeln, nimmt ab."

Diese Neigung Walsers, das aktuelle Subjekt in dem historischen verschwinden zu lassen, hat auch hier mehrere Haken. Erstens, Geschichte ist immer aktuell, Geschichte kann gar nicht als „reiner Stoff" behandelt werden, Geschichtsbetrachtung ist vom aktuellen Bewußtsein abhängig, ist nur als aktuelles Bewußtsein und schrumpft und wächst mit demselben; zweitens, selbst das Subjekt, das durch glückliche Umstände in die Lage gesetzt ist, Geschichte sehen oder genießen zu können, hat also daran ein unmittelbares, aktuelles Interesse, und drittens, wenn Walser den „Aktualisierern" vorwerfen will, sie liquidieren Geschichte, so tut er um keinen Deut besser, wenn er in Hinblick auf die Reproduktion alter Stücke empfiehlt, wir sollten nicht so tun, „als ob uns das, was da vorgespielt würde, wirklich beträfe."

Aber Walser will offenbar Geschichte liquidieren. Er zieht zwischen dem,

was war, den alten Stücken, und dem, was kommen wird, dem neuen Realismus X, einen dicken, unwiderruflichen Trennungsstrich. Er schreibt:

„Im Messingkauf heißt es, das Theater habe für seinen Ehrgeiz, zur Lösung der sozialen Frage beizutragen, die größten Opfer gebracht. Es habe darauf verzichtet, auch nur eine einzige große Fabel hervorzubringen, die den Alten verglichen werden könnte. Oder eine einzige große Figur. So sehr stand Brecht trotz aller kühnen Neuerfindungen im Bann der Tradition, daß er, der Marxist, der Kommunist, offenbar die alten Helden, die Prinzen, Könige und Feldherrn, kurz: die Übergrößen vermißte ... Das ist der Bann der alten Tragödienlehre, der Wunsch nach möglichst großer Fallhöhe. Ein Mensch ist immer noch zu wenig. Das Gesetz für Tragödie wird gegen alle Dialektik sozusagen stillschweigend akzeptiert, obwohl es doch aus einer ganz anderen Zeit stammt ... Ich hoffe, es freut ihn (den Zeitgenossen d. V.), wenn er auf der Bühne seine Sache dargestellt sieht. Oder ist er bereits so zugerichtet, daß er nur noch Könige und Helden, also Übergrößen sehen will?"

Wir ertappen Walser hier sozusagen bei einem faulen Trick. Er wünscht, daß die Theater alte Stücke „historisch-konkret" auf die Bühne bringen, aber nur, um diese Stücke dann um so besser als „historisch-überholt" abschieben zu können. Und wenn Walser die alten Dramen als „reinen Stoff" erst einmal außer Gefecht gesetzt hat, (ich hoffe, daß die Bühnen da nicht mitmachen!), und das „Gesetz für Tragödie gegen alle Dialektik" sozusagen als leere Patronenhülse von sich schiebt und sich wundert, daß Brecht — der Kommunist! — im „Bann der Tradition gestanden hat", dann ist der Kübel natürlich leer, dann ist jeden Montag und jeden Donnerstag ein „neuer Realismus X" fällig.

Wir sehen, was herauskommt, wenn man Geschichte so mir nichts dir nichts als „reinen Stoff" wegkürzt. Was Walser jetzt nicht mehr versteht, nicht mehr verstehen kann, ist: Brecht stand nicht unter dem „Bann der alten Tragödienlehre", Brecht war „ein Mensch" nicht zu wenig, Brecht hat das Gesetz für Tragödie nicht „gegen alle Dialektik stillschweigend akzeptiert", sondern die Tragödienlehre, auch „wenn sie aus einer alten Zeit stammt", ist ein ästhetischer Begriffsapparat, erfunden zur Beschreibung auch, wenn Walser es so will, seines „einen Menschen", und zwar nach allen Regeln der Dialektik, und das hat Brecht gewußt, und das war seine „kühnste Neuerfindung". Was heißt aber „Tragödienlehre?" Brecht hat keiner Tragödienlehre angehangen. Brecht hat hartnäckig versucht, seine Kunst auf die Hegelsche Begrifflichkeit zu bringen. Verweilen wir einen Augenblick länger bei Brecht.

Obwohl Walser mit dem Zitat aus dem Messingkauf nicht viel anzufangen weiß, hat er damit doch einen wichtigen Punkt in Brechts Stükken freigelegt: Den Anspruch und den Mangel an ideal-realistischer Darstellung. Walser schreibt:

„Er (Brecht d. V.) konnte zwar Größe und Berühmtheit als Chemikalien für Verfremdung rechtfertigen; aber ebensosehr kann man in seiner Lust zur Verfremdung die Sehnsucht nach großer Figur und großer Fabel entdecken. Wie mans auch drehen mag, er wollte die Verhältnisse ideal abbilden. Halbwegs realistisch ist nur das Gesetz, nach dem seine Fabeln verlaufen. Der Stoff ist es nicht, deshalb können die Figuren auch nur realistische Einsprengsel haben."

Was Walser hier als Lust an der großen Fabel und an großen Figuren umschreibt, als handelte es sich bei Brecht um einen Liebhaberspaß, ist nichts anderes, als Brechts Bemühen um großen Realismus. Realistisch und ideal sind bei Brecht in keinem Gegensatz. Brecht wollte eben ideal realistisch sein und die menschlichen Vorkommnisse seiner Zeit möglichst ohne Einschränkungen und Einbußen in seine Stücke bringen. Und wenn Walser Inhalt und Umfang des Begriffs Realismus auf den kleinen Mann reduziert wissen will, so ist das Sache seiner Selbstbescheidung, dem Anspruch Brechts kann er damit nicht beikommen.

Nach Hegel haben es die Deutschen seit je schwer gehabt, großen Realismus herzustellen. Der „allgemeine Weltzustand" ließ in Deutschland immer zu wünschen übrig, seine „gegenwärtigen prosaischen Zustände" nannte Hegel schlankweg kunstunfähig, und zwar mangels „individueller Selbständigkeit", und dieser Mangel herrscht seit Anfang an, seit die Deutschen anfangen, an der Zivilisation teilzunehmen. Das war für eine Periode besonders bitter, für die der Renaissance. Die Renaissance, die die größten Barbarenvölker Europas zu Kulturnationen ersten Ranges etabliert hat, die in England so viel historischen Stoff anhäufte, daß Shakespeare im Schweiße seines Angesichts Stücke auf die Bühne schaufeln konnte, versickerte in Deutschland in den Bauernkriegen und in der Reformation. Als Lope de Vega seine 1500 Komödien schrieb, hatten wir zwar ganze Gegenden entvölkert und der Pfaffe hatte keine Lizenz auf Ablaßhandel mehr, aber wir hatten auch nicht das Zeug für einen einzigen zugkräftigen Schwank. Wir blieben weiterhin arm an Geschichte, arm an großen Charakteren und gesellschaftlichen Bewegungen, und was die Weimarer endlich trotzdem aufs Papier brachten, das hatten sie konstruiert oder ausgeliehen. Goethe bediente sich bekanntlich aus englischen und griechischen Importen, Schiller illustrierte Kant. Wir Deutschen lernten allmählich eine neue Kunst beherrschen, die, aus

provinzieller und ereignisloser Geschichte wenigstens ästhetische oder philosophische Ereignisse zu machen.

Nun hat jedes Ding mindestens zwei Seiten. Diese neue ästhetische Maschine, vermittels derer aus viel Gedanken und etwas Beimischung von Geschichte ein ansehnliches Theaterstück gemacht werden kann, verriet bei den Weimarern noch viel Krampf, den Brecht hat sie emanzipiert. Walser hat recht, wenn er feststellt:

„Moabit oder das Ruhrgebiet taugten ihm (Brecht d. V.) offensichtlich nicht, die Verhältnisse so ideal abzubilden, wie er es wollte. Dem Naturalismus hätte er auch Moabit entreißen können mit Hilfe seiner Verfremdungstechnik. Aber die Maße, die Verhältnisse, die er für seine Abbildungen brauchte, die machten jedesmal ein irdisches Jenseits nötig."

Indessen: Was Walser hier als „irdisches Jenseits" bestaunt, ist bei Brecht wieder nichts anderes als ein Kunstgriff, um zu mehr Realismus zu kommen, und was Walser ständig als „Übergrößen" bejammert, sind nichts anderes als bestimmte Größen, die übergroß erscheinen, weil Walser seine eigenen Ansprüche erniedrigt. Brecht hat sehr wohl gewußt, daß in Moabit weniger soziale Wesenheiten stecken als in Chicago und daß erst der kleine Mann und der große Mann, miteinander in Verkehr gebracht, die gesellschaftliche Pyramide vom Format Shakespeares abgeben können. Aber Brecht fand in den Zwanziger Jahren keinen entsprechenden ästhetischen Apparat vor. Er war angewiesen auf den Naturalismus, der keine großen Abbilder von der Welt, höchstens Splitter ihrer Abbildung liefern konnte. Hauptmann lehrte ihn das Gruseln, nicht nur vor Hauptmann, auch vor Shakespeare, denn Shakesppeare war in Hauptmann, wie Brecht sehr schnell feststellte, auf „den allerletzten Hund" gekommen. Was tun? Brecht griff zum alten Weimarer Apparat und versuchte, mit möglichst wenig, aber guten Gedanken und mit viel Geschichte über Wasser zu bleiben. Das Ergebnis ist bekannt. Wir verdanken Brecht nicht nur die Wiedergeburt einer großen Ästhetik, Brecht, der erste wirkliche Internationalist unter den Klassikern, öffnete den deutschen Stückeschreibern den Weltmarkt. Wir sind nicht mehr angewiesen auf Moabit oder Düsseldorf oder Leipzig. Wir können unseren Stoff jetzt direkt dorther beziehen, wo Geschichte gemacht wird.

Allerdings, einen Preis hat Brecht zahlen müssen. Brecht wußte, daß er wie Shakespeare das Glück hatte, einen Umbruch gesellschaftlicher Verkehrsformen zu erleben. Er hat sich aber nicht für den Umbruch, sondern für dessen soziale Frage interessiert und reduzierte sich damit

zwangsläufig auf den kleinen Mann. Das war ein Zugeständnis an die Arbeiterbewegung seiner Zeit, an den politischen Naturalismus Stalins, und das brachte ihm, der die Verhältnisse nach Hegel ideal abbilden wollte, einige Verluste. Er mußte, um überhaupt Totalität zu erreichen, den kleinen Mann zum weltgeschichtlichen Fakt ersten Ranges aufschminken, gegenwärtig wie nachträglich. Das ging meist so aus: Brecht wurde parteiisch auf Kosten der historischen Dialektik.

Zwei Beispiele. Das Stück „Herr Puntila und sein Knecht Matti" kommt aus seiner ersten Negation nicht heraus. Es bewegt zu wenig Stoff, es ist zu arm an Geschichte. Nüchtern ist Puntila Ausbeuter, besoffen ist er Wohltäter, und aus diesem Kreis findet er keinen Ausgang. Der sozialkritische Brecht findet an Puntila kein gutes Haar. Matti fordert zuletzt das Publikum auf, ihn abzuschaffen. Die Geschichte schafft die Puntilas aber nicht ab, sondern hebt sie auf, und zwar im doppelten Sinne: Sie verschwinden als Ausbeuter und erhalten sich als Individuen.

Das Stück „Leben des Galilei" bezieht Stoff aus dem Konflikt der Arbeitsteilung. Marx erklärt daran mindestens zwei Seiten: den Progreß der Produktivkräfte und die Verkrüppelung der Produzierenden. Brecht sah nur die Verkrüppelung. Er macht Galilei für die Teilung von Wissenschaft und Politik verantwortlich, die die „Discorsi" überhaupt erst möglich gemacht hat. Überhaupt — immer wo Brecht die historische Widersprüchlichkeit Galileis auf ihren Gleichnischarakter für die moderne Atomphysik reduziert, verballhornt er Geschichte. Es wäre eine lohnende Aufgabe, nachzuweisen, wie Shakespeare mit derlei Schwierigkeiten fertiggeworden ist — aber freilich, er hatte kunstfähige Geschichte, er hatte eine vorzügliche Ideologie und er hatte die besten Apparate.

Wo ist nun Brechts Apparat, den er von den Weimarern geerbt und so kolossal ausgebaut und so kolossal unfertig gelassen hat, daß daran weitergebaut werden kann? Er ist „verschollen" und „totgesagt", er ist unter die „Ewig Modernen" gefallen, unter die „Neupositivisten". In den stückeschreibenden deutschen Gehirnen aus Ost und West, außer bei Peter Hacks, Peter Weiß und Heiner Müller, ist keine Spur mehr davon zu finden. Der Rückfall in die kunstgewerbliche Barbarei des Herrn Kipphardt, der „politisches Theater" für freundliche, graumelierte Damen schreibt, und in den Naturalismus des Herrn Ziem ist komplett. Und was schreibt Walser: „Ich halte es für möglich — und darum ist hier von Brecht die Rede —, daß Brecht der neueste Fall ist, bei dessen Inter-

pretation man deutlich feststellen muß: Er gehört zur Vergangenheit. Nicht zum alten Eisen, sondern zum alten Gold."

Ja, freilich. Wenn Brecht auf die soziale Frage und das platte politische Engagement reduziert wird, ist er schnell begraben. Aber Brecht hat der sozialen Frage eben nur Opfer gebracht, seine Leistungen sind reicher und aktueller: Er hat der Fabel, nach Büchner bis zur Anekdote plattgedrückt, wieder zur Architektur verholfen, er hat der Figur, von Hauptmann bis zur Unkenntlichkeit herunterfotografiert, wieder Größe und soziale Wesenheit gegeben, er hat mit Hilfe der Parabel wieder Geschichte auf die Bühne geschaufelt usw. usw.

Kommen wir auf Martin Walser zurück. Nachdem Walser an Brecht nicht mehr entdeckt hat, außer „daß er zum alten Gold gehört", nachdem Walser alles Gold, für „vergangen" erklärt hat, für etwas, vor dem wir nicht tun sollten, „als ob es uns wirklich beträfe", ist natürlich der neue Realismus X fällig. Wie sieht der neue Realismus Walsers aus? Wir zitieren den Erfinder selbst.

„Der Realismus X, der noch nicht ganz bekannte, jetzt aber fällige Realismus, muß dem Zeitgenossen beweisen, daß alles bisherige Idealismus war ... Er soll die Stücke zeigen, wie die vermutbare Notwendigkeit unserer Handlung zusammenstößt mit dem als Willkür erscheinenden Gang des Ganzen ... Ob wir einen freien Willen haben, das ist die Frage nach unserer stofflichen Beschaffenheit in dramatischer Version ... Die Rehabilitierung des Stoffs steht bevor ... Materie wird wieder ein mütterliches Wort ... Hier soll lediglich von einem Realismus gesprochen werden, der sich da und dort zeigt. Wir haben ihn noch nicht ... Er (der Realismus d. V.) wird einen weiteren Schritt ermöglichen zur Überwindung ideenhafter, idealistischer, ideologischer Betrachtungsweisen ... Solange als möglich wird sie (die Fabel d. V.) sich des irdischen Jenseits enthalten ... Das sogenannte Positive erscheint nicht im realistischen Stück ... Im realistischen Stück sind buchstäblich alle Figuren aus gleichem Stoff ... Jetzt also ... jene inflationistische Wendung unseres Freiheitsschicksals: jeder von uns, mit dem Willen begabt, ein Fixstern zu sein, und in Wirklichkeit doch der Trabant streitender Systeme. Das ererbte Vokabular hat für dieses Verhältnis ein Wort bereit, das den Realismus heimlich begleiten wird: Tragikomödie."

Wir müssen etwas Licht in diese Angelegenheit bringen. Was meint Walser nun wirklich? Was ich herausgefunden habe, ist: Walser wünscht einen „neuen" Realismus, der sich von dem „alten" unterscheidet vor allem dadurch: erstens, er soll die Wirklichkeit zeigen wie sie ist, möglichst ohne Imitation usw.; zweitens, er soll möglichst ideologielos sein und nicht „einer Art, die Welt zu erklären, den Vorzug geben"; drittens, er soll

endlich untersuchen, ob wir einen freien Willen haben, denn „die größten Dramatiker haben, mit welchen Mitteln auch immer, den Menschen lieber unfrei dargestellt".

Es gibt seit Jahren ein Geduldspiel unter den führenden westdeutschen Intellektuellen, besonders bei Walser und Enzensberger, immer wieder zu beteuern, daß SIE, die Poeten, einen freien Willen hätten, der mit IHR, der Gesellschaft oder dem „Gang des Ganzen", zusammenstößt, und nun wird fleißig geflennt. Enzensberger gibt in seinem Aufsatz „Poesie und Politik" dieser Haltung sogar den Vorrang, die Welt zu erklären. Bei ihm reduziert sich Geschichte auf den Kampf zwischen Poesie und Politik. Er schreibt:

„Dieser Alptraum ist so alt wie das Abendland: Was die Dichter schreiben dürfen, was nicht, darüber entscheidet die Staatsraison ... Das Christentum, der Feudalismus, die absolute Monarchie, der Kapitalismus, der Faschismus, der Kommunismus: Sie alle haben sich Platons Lehre adaptiert ... Sie (die Maximen Platons d. V.) haben sich ... über die ganze Erde ausgebreitet. Mit der entsetzlichen Regelmäßigkeit eines Dampfhammers schallen sie durch die Geschichte, stumpf, monoton, gewalttätig. Was Poesie sei, danach fragen sie nicht."

Nein, danach wird auch nicht gefragt. Poesie ist ein Beruf, der höchst selten gebraucht wird, (außer von Verlegern natürlich, die bekanntlich nur bedrucktes Papier verkaufen können). Es gibt Epochen, wie die der englischen Renaissance, in der Mäzenatentum und der Kompromiß zweier Klassen die Poesie gefördert haben, und es gibt Epochen, in denen die Produktion von Getreide, Gewehren, Stahl und die von Macht nötiger ist, wie 1789 in Frankreich und 1967 in China oder Vietnam; und dann kann die Poesie auch noch von der Reaktion verboten werden, und das alles, meine Herren, ist außerordentlich normal. Wer trotzdem Poesie machen will, darf sich nicht wundern. Brecht war zwölf Jahre „arbeitslos". Einige der Schwierigkeiten, in kunstfeindlichen Zeiten Kunst zu machen, hat er neu aufgeschrieben, allesamt sind sie seit über 2000 Jahren bekannt.

Wenn Walser in seinem „neuen Realismus X" also aufdecken will, wie frei der menschliche Wille ist und wie sehr er unter „Konditionierung" zu leiden hat, so muß gesagt werden, daß er uns damit einen alten Hut aufdeckt. Das ehrt Walser. Das gleiche Problem und kein anderes haben bisher die „größten Dramatiker", allen voran Shakespeare, zum Gegenstand ihrer Kunst gemacht. Und wenn sie „den Menschen lieber unfrei dargestellt haben", so hatte das einen schönen Grund: Sie waren Realisten. Der freie menschliche Wille ist nämlich gesellschaftlich determiniert. Auch

die Forderung Walsers, die dramatische Kunst solle jetzt so wirklich sein wie die Wirklichkeit, ist ein uralter frommer Wunsch. Aber damit ist es nicht getan. Walser fordert „Stoffnähe". Was heißt das? Jemand kann nahe am Stoff sein und kann ihn sehen und doch nicht sehen. Kunst selektiert, und da beginnt die Schwierigkeit. Walser hat bisher jeden Versuch, Wirklichkeit zu Kunst zu verdichten, als jenseitig angestaunt. Er beschreibt die bisherige Produktion von Dramen als Auf und Ab zwischen Realismus und Idealismus, wobei der Idealismus als „exklusiver Erklärungsversuch" abgetan wird.

„Jetzt also der neue Realismus X ... Da dieser Realismus ja keine Erfindung der Willkür ist, sondern eine einfach fällige Art, etwas anzuschauen und darzustellen, kann man sagen: er wird einen weiteren Schritt ermöglichen zur Überwindung ideenhafter, idealistischer, ideologischer Betrachtungsweisen."

Damit sind wir beim letzten und wichtigsten Punkt: Walsers Realismus „steuert das ideologische Minimum an."

Der Horror vor jeder Ideologie, und unter diesem Zwang scheint mir Walsers Aufsatz vor allem geschrieben, ist im bürgerlichen Deutschland nichts Neues. Er ernährte vor allem im 19. Jahrhundert die intellektuelle Elite — die Junghegelianer. Marx zitiert ihre Ideen in seiner Vorrede zu „Die deutsche Ideologie". Er schreibt:

„Die Menschen haben sich bisher stets falsche Vorstellungen über sich selbst gemacht, von dem, was sie sind oder sein sollen. Nach ihren Vorstellungen von Gott, von dem Normalmenschen usw. haben sie ihre Verhältnisse eingerichtet. Die Ausgeburten ihres Kopfes sind ihnen über den Kopf gewachsen. Vor ihren Geschöpfen haben sie, die Schöpfer, sich gebeugt. Befreien wir sie von den Hirngespinsten, den Ideen, den Dogmen, den eingebildeten Wesen, unter deren Joch sie verkümmern. Rebellieren wir gegen die Herrschaft der Gedanken. Lehren wir sie, diese Einbildungen mit Gedanken vertauschen, die dem Wesen des Menschen entsprechen, sagt der Eine, sich kritisch zu ihnen verhalten, sagt der Andere, sie sich aus dem Kopf schlagen, sagt der Dritte, und — die bestehende Wirklichkeit wird zusammenbrechen. Diese unschuldigen und kindlichen Phantasien bilden den Kern der neuen junghegelschen Philosophie."

Diese Sätze klingen wieder ganz frisch. Und tatsächlich, wo man sich in Westdeutschland umsieht und auf „Links- oder Halblinksintellektuelle" trifft, betreiben sie „Ideenkritik". Das Vorhandensein von Ideologie wird seit Jahren bestaunt, verflucht, gehaßt, bekämpft, gefürchtet. — Man muß, glaube ich, selbst auf die Gefahr hin, gesteinigt zu werden, einiges aussprechen: Erstens, daß Produktion von Ideologie etwas ganz natür-

liches ist, war, sein wird. Jeder Verkehr von Menschen mit Menschen, in in welcher Form auch immer, wird seine Abbilder im Kopf erzeugen. Zweitens, Ideolgie ist nicht a priori etwas Verwerfliches, sie ist immer so „gut" oder so „schlecht" wie die erzeugenden Verkehrsformen. Drittens, Ideologie gehört zur Wirklichkeit, sie ist „wirklich", sie befindet sich z. B. auch im Kopf des Herrn Walser.

Wenn Walser also, wie er uns versichert, in Zukunft nicht mehr „ideenhaft" an die Wirklichkeit herangehen will, dann ist das eine Idee, und zwar eine schlechte. Die Erfahrungen großer Leute beweisen, daß der Wirklichkeit sehr schwer beizukommen ist, es sei denn, man hat begriffen, daß das menschliche Gehirn ein begrenzter Apparat ist, der voller Ideen steckt, und wer eine Idee hat, mit der er am meisten Wirklichkeit einfangen kann und er hat sogar Talent es zu tun, den nennt man jeweils einen Glückspilz. Resümee: Ist ein neuer Realismus fällig? Ja. Der alte. Auch der „neue Realismus X" wird, so fürchte ich, trotz „Rehabilitierung des Stoffs" und trotz Materie, die bei ihm „zum mütterlichen Wort" wird, wieder nur „einer Art, die Welt zu erklären, den Vorzug geben". Wie könnte es auch anders sein?

Diskussion

Peter Laudan

„Traditionalisten" und „Anti-autoritäre"

In der Okt./Nov.-Nr. der Zeitschrift „facit", herausgegeben vom SDS Köln, findet sich auf S. 39 ein Artikel des Genossen Lederer mit dem Titel „Revolution ohne Vermittlung". Er beginnt mit den Worten:

> „Die 22. ordentliche Delegiertenkonferenz hat inhaltlich eine Spaltung des SDS in 2 Lager aufgezeigt. ‚Anti-autoritäre' stehen ‚traditionalistischen Marxisten' gegenüber".

Wer nicht an der DK teilnehmen konnte, müßte eine so grundsätzliche Aussage vielleicht hinnehmen — wenn nicht die nachfolgenden Passagen Mißtrauen erweckten. Daß diese Feststellung, auch in der bürgerlichen Presse vielerorts gemacht, eine politische Funktion hat, ist zu vermuten — aber taktische Bedenken solcher Art sind sinnlos, wenn die beschriebene Spaltung tatsächlich existiert, weil das Vortäuschen einer fiktiven Einheit des Verbands bei tatsächlicher Dissoziation die damit verbundene Lähmung der politischen Aktivität auf die Dauer nicht verschleiern könnte.
Lederers Überlegungen, ob es taktisch richtig sei, diese „Spaltung" in der für jedermann zugänglichen und im Buchhandel vertriebenen Zeitschrift des Kölner SDS bekanntzumachen, sind anderer Art:

> „Es ist eine taktische Überlegung, ob in einem sozialistischen Organ diese Spaltung festgestellt werden soll, oder nicht. Die Reaktion der herrschenden Klasse ist entscheidendes Kriterium. Zwar freut sie sich über jede Spaltung der Linken. Sie begnügt sich aber oft schon damit oder zieht es sogar vor, wenn sich die Linke ohne Spaltung in eine Situation hineinlaviert, sich ein image schafft, das sie völlig jeder Massenwirkung beraubt, somit sich selbst zum Hofnarren der herrschenden Klasse degradiert. Wie noch zu begründen sein wird, geht der Verfasser davon aus, daß die ‚Anti-Autoritären' diesen erkämpften Platz im staatsmonopolistischen Herrschaftsapparat eingenommen haben".

In dieser Argumentation sehe ich eine Reihe von Implikationen, die auf theoretische Fehleinschätzungen und bedenkliche praktische Konsequenzen hinauslaufen (abgesehen davon, daß die in Aussicht gestellte Begründung in diesem Artikel nicht gegeben wird): Zunächst geht Lederers Argument für die Veröffentlichung der „Spaltung" nicht von den Realitäten, sondern vom Standpunkt der Nützlichkeit für seine eigene Position „nach der Spal-

tung" aus. Das ist eine Vorentscheidung, die er so motiviert: es sei deshalb nützlicher, die Spaltung nicht zu verschweigen, weil die Politik der „Anti-autoritären" den SDS völlig jeder Massenwirkung beraube.

Hier wird vorausgesetzt, der SDS habe bereits jene Massenwirkung, die von den „Anti-autoritären" zerstört wird. Das halte ich für eine klare Fehleinschätzung der gegenwärtigen Situation. Ferner wird hier als bereits erwiesen unterstellt, daß ein deutlich umrissener „anti-autoritärer Flügel" den Gesamtverband bewußt schädigen wolle, indem er ihn der Massenwirkung beraube; dagegen wäre zu halten, daß die Praxis z. B. in Westberlin andere politische Reaktionsweisen erfordert als in der Bundesrepublik, daß die „Anti-autoritäten" zumindest das gleiche Recht in Anspruch nehmen könnten wie Lederer, ihre Konzeption überall und zu jeder Zeit verbandsintern und öffentlich zu referieren, ohne sofort „bewußte Schädigung" hören zu müssen, daß sich innerhalb dieser von Lederer apostrophierten Gruppe eine Reihe wichtiger Differenzierungen zeigen, daß eine von der spezifischen westberliner Praxis stimulierte Diskussion bestimmter „Tabus" für den SDS auch nützlich sind, und daß schließlich noch völlig offen ist, ob nicht zumindest die anti-autoritäre Agitation in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung eine durchaus positive Funktion haben könnte. Mir scheint — wenn „Massen" nicht vollkommen puristisch mit Arbeitermassen definiert werden, sondern der Begriff auch Studenten, kritische Intelligenz und andere Gruppen einschließt —, daß man heute überhaupt nur dann von einer „Massenwirkung" des SDS sprechen kann, wenn jene gerade der „Anti-autoritäten" z. B. an der „Freien" Universität oder bei der letzten großen Vietnam-Demonstration in Westberlin in einer großen Addition aufginge, zu deren weitaus geringeren Posten beispielsweise die „Massenwirkung" des theoretisch so wachsamen SDS Köln zu zählen wäre. Das berechtigte Argument der gewiß unter schwierigen Bedingungen arbeitenden Kölner Genossen aber, die Verhältnisse an dieser Universität und in dieser Stadt seien ebensowenig mit denen in Westberlin oder anderswo zu vergleichen wie „Erfolgs-Statistiken" verschiedener Hochschulgruppen oder Landesverbände, kehrt sich sofort gegen Lederers Position: geht doch gerade er davon aus, daß die geschlossene Einheit des taktischen und strategischen Vorgehens in der gesamten Bundesrepublik und Westberlin — das er niemals separat betrachtet — Voraussetzung sei für die künftige Einheit des Verbandes selbst. Nimmt er an, seine puristische Argumentation, zu schweigen von den lehrerhaften Formulierungen, hätte in Westberlin das (zum nicht geringen Teil von seinen „antiautoritären" Gegnern" erwirkte) positive Ergebnis der Urabstimmung an der Freien Universität, die Massenbeteiligung gegen den Schahbesuch oder die Sammlung von mehr als 10.000 Demonstranten gegen die amerikanische Aggression in Vietnam zur Folge gehabt? Diese Frage gilt nicht dem Genossen Lederer als Praktiker, sondern seiner Polemik gegen die aufsehenerregenden Aktionen unter aufsehenerregenden Verhältnissen in Westberlin. Gewiß geht es ihm nicht allein um das taktische oder strategische Vorgehen der von ihm Angegriffenen, sondern um dessen theoretische Grundlagen, die auf der DK vorgetragen worden sind. Doch deren Diskussion vermeidet er auch weiterhin. Er trägt sie den sicher interessierten Kölner Genossen nicht vor, um sie zu widerlegen, sondern begnügt sich mit „Feststellungen" über

das Fehlen jeglicher Massenbasis und über irgendwelche „erkämpften Plätze" als „Hofnarren der herrschenden Klasse". Behauptungen, deren Begründung er elegant auf „spätere Beiträge des marxistischen Flügels des SDS" verschiebt (S. 39).

„Außerdem glauben wir durch den Abdruck von Schulungsprogrammen, kommentierten Bibliographien etc. einen entscheidenden Schritt im Kampf gegen die marxistisch kaum vorbelastete ‚anti-autoritäre' Tendenz, vor allem ihren unqualifizierten Anhang leisten zu können".

Bisher wurden „Schulungsprogramme, kommentierte Bibliographien etc." zum Kampf gegen andere Mächte in Organen des SDS abgedruckt. Hier wird unterstellt (und den auf der DK nicht anwesenden Kölner Genossen „mitgeteilt"): der Genosse Dutschke ist marxistisch ungebildet, die jungen Berliner Genossen sind unqualifiziert. Also müssen sie *bekämpft* werden, mit „entscheidenden Schritten". Ist das der Weg zur „Massenbasis"?

„ ‚Wunderbare, hinreißende, berauschende Losungen, denen der reale Boden fehlt — das ist das Wesen der revolutionären Phrase.' (Lenin, Über die revolutionäre Phrase, Bd. 27, 1)".

Dieses Zitat wendet Lederer gegen die „Auftritte der ‚Anti-autoritäten' auf der DK". Ich halte es für fragwürdig, in diesem Zusammenhang von Phrasen zu sprechen, ohne den theoretischen Hintergrund bestimmter Aussagen zu referieren. Für noch bedenklicher aber halte ich es, sich so von einer „marxistisch kaum vorbelasteten . . . Tendenz" polemisch zu distanzieren und gleichzeitig ein Lenin-Zitat aus dem inhaltlichen Zusammenhang zu reißen: der Prawda-Artikel vom 21. Februar 1918 spricht nicht gegen, sondern für das Überdenken theoretischer Positionen der Art, wie Lederer sie einnimmt. So kommt die Verwendung des Zitats, ohnehin unhistorisch, weil nicht erläutert, hier einer bewußten Irreführung gleich. Der Verdacht bestärkt sich, daß es bei diesem Artikel nicht um die Eröffnung einer größeren Diskussion geht, die auf der DK begonnen hat, und er bestärkt sich weiter bei solchen Ausfällen:

„Wer spürte nicht diese in der Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen immer, vor allem zu scheinbar hoffnungslosen Zeiten wiederkehrende Krankheit, als er gerade den Bourgeois-Stuben entwachsene Genossen mit verblüffender Sicherheit Zensuren über die Praxis der kommunistischen und Arbeiterparteien in der ganzen Welt generös verteilen erlebte"?

Nur wer proletarischen Ursprungs ist, darf also über kommunistische Parteien reden?

Nach dieser „Klarstellung" der Standorte und einem Seitenhieb auf die Mehrheit der DK, die Lenin nicht gelesen habe und rechtsopportunistisch, sozialdemokratisch oder aber linksradikal sei, folgen in Lederers Artikel diskussionswerte Gedanken — gesicherte Feststellungen über die objektive politisch-ökonomische Situation; nicht neu, nicht originell formuliert, gelegentlich auch als Zitate ausgewiesen. Es sind grundsätzliche Forderungen, die sich anschließen, über deren praktische Einlösung jedoch nichts gesagt wird. Jenseits der Feststellung der Notwendigkeit von Agitation und politischer Arbeit mit den „Massen" wäre es interessant gewesen, zu erfahren, wie sich Lederer diese konkret vorstellt, wie er seine theoretischen Feststellungen praktisch einzulösen gedenkt. Allzuleicht könnte sich sein Angriff auf Genossen anderer Auffassung sonst gegen ihn selbst richten:

„Der Kampf gegen die den Sozialismus in der Arbeiterbewegung dis-

kriminierende und den SDS isolierende revolutionäre Phrase muß geführt werden. Wir müssen verhindern, daß der SDS aufhört, sozialistisch zu sein. Der SDS muß endlich nach seiner langen rechtsopportunistischen Phase zur Nachwuchsorganisation für marxistische Intellektuelle werden, die revolutionäre Theorie im Hinblick auf ihre Nutzbarkeit für revolutionäre Praxis mit der Arbeiterklasse in den auf sie zukommenden Aktionen der nächsten Monate und Jahre betreiben".

Angesichts immer wieder auftauchender pauschaler Beschimpfungen solcher Art möchte ich feststellen: es geht mir nicht um Parteinahme für den einen oder den anderen „Flügel" — sie ist mir schwer möglich, weil ich an der DK nicht teilnehmen konnte und außer kurzen Gesprächen mit einigen Genossen darüber zu wenig informiert bin. Dieser Artikel von Lederer ist keine Information. Nach seiner Lektüre drängt sich mir die Frage auf: werden in den nächsten Nummern von „facit", wie von Lederer angekündigt, die „Begründungen" wirklich erscheinen? Werden auch die „Anti-autoritäten" zu Wort kommen? Wird es im Organ einer nach außen hin so bemerkenswert geschlossen wirkenden Gruppe des SDS zur Diskussion solcher unsachgemäß scharfen Angriffe kommen? Oder ist die „Spaltung" schon so tief, daß diese bisher im SDS geübte Praxis inzwischen nichts mehr gilt? Sollte letzteres der Fall sein, so darf sich der Genosse Lederer künftig rühmen, unnachgiebig die „richtige Linie" vertreten und die Spaltung bewußt betrieben zu haben. Die sich selbst für die „Bolschewiki" des SDS halten, müßten sich dann möglicherweise einen neuen Verband wählen.

Die „Opposition 1969" oder die „Partei 1969" sollte meines Erachtens aus freiwilligen Spendern und Helfern aufgebaut sein, — in breiter offener Front ihre Kandidaten vorstellen und wählen — und gleich erklären, daß sie keine feste ideologische Fessel sein will.

Sie müßte von Anfang an erklären, daß sie überall dort nicht kandidieren wird, wo andere Kandidaten, denen man auf Grund der bisherigen Haltung vertrauen kann, von den Parlamentsparteien aufgestellt sind, die sich vorher verpflichten, für die entscheidenden Punkte einzutreten — und sich nach ihrer Wahl der öffentlichen Kontrolle nicht zu entziehen. Das kann sogar für Jungdemokraten gelten, die für die wirtschaftliche Mitbestimmung durch die Gewerkschaften eintreten.

Durch eine solche verbindliche Erklärung würden schon bei der Kandidaten-Aufstellung die Chancen der Linken und der Gewerkschaftler in der SPD — und der radikalen Jungdemokraten in der FDP gestärkt. Die Linkseinheit könnte gefördert, statt gefährdet werden.

Es wäre deutlich, daß es uns nicht um Posten und Mandate geht, sondern um die Sache. Die Krise in den Nachbarparteien wäre verstärkt, die Bindung zu den Linken könnte erhalten werden, selbst, wenn diese sich noch in ihren Parteien Illusionen machen. Und würde selbst nichts anderes erreicht werden, als daß durch straffere Parteidisziplin die oppositionellen Sozialdemokraten vom Parteivorstand noch mehr in die Zange genommen würden, dann wäre auch das ihrem Gewissenskonflikt nützlich.

Schließlich wäre die Niederlage erträglicher — und zukünftigen Neubeginnen förderlicher, als eine Niederlage einer neuen Linkspartei, die unter den 5% bleibt. Die weitere Per-

spektive sollte uns vor Augen bleiben. Die erwähnten fünf Punkte wären: (wie immer man sie auch umformulieren mag):

1. Keine Notstands- oder ähnliche Gesetze, die die Freiheiten der Bürger einschränken; dagegen Ausbau der Demokratie durch sinnvolle Anwendung des Grundgesetzes!

   (z. B. Verbot und Verfolgung aller Bestrebungen, die Faschismus und Krieg begünstigen; — für diese weder Polizei- noch Rechtsschutz — aus formaler Funktionalität).

2. Öffentliche Kontrolle und tatsächliche gewerkschaftliche Mitbestimmung in den volkswirtschaftlich entscheidenden Unternehmungen.

3. Schutz der demokratischen Meinungsbildung und -äußerung!

   (z. B. Entmonopolisierung der Presse und anderer privater Medien der Massenbeeinflußung; prozentuale Beteiligung demokratisch-oppositioneller Kräfte in öffentlichen Institutionen; — volle Informationsfreiheit.

   Erhaltung des demokratischen Wahlrechts!

4. Völkerverbindende Außenpolitik, Anerkennung der gegebenen Staaten und Grenzen. Keine materielle oder moralische Hilfe bei kriegerischen Aggressionen in fremden Ländern. Abbau des Militärs und der Rüstungen.

5. Aufbau demokratischer Bildungsstätten. Soziale Sicherheit und Gleichheit.

   (z. B. aus den Einsparungen beim Wehretat).

Die neue Linkspartei wird die Linken spalten — und die Kuratorien —; sie wird nicht die Linken abspalten (die ohnedies eine dünne Funktionärsschicht sind, im Apparat von Bedeutung, aber nicht im Massenvotum. Weil sie das wissen oder ahnen, bleiben sie auch beim Apparat). Sie wird erreichen, daß einige linke Mitglieder der SPD — dort Mitglied bleiben — und dennoch die neue Partei wählen. Sie werden wegen ihrer Mitgliedschaft im Wahlkampf nur flüstern, nicht rufen können.

Würde die neue Linkspartei selbst mit einigen dreißig Abgeordneten ins Parlament einziehen, dann wäre ihr kaum noch die Wiederherstellung der breiten außerparlamentarischen Front möglich.

Käme die neue Bewegung als „Front der Jungen" — ohne Engagement und Kandidatur von uns altbekannten Linken, dann gäbe es möglicherweise eine Chance, nach der Wahl von unserer Seite aus, doch die breite Front wieder herzustellen. Wir wären dann die Parsivalle, die hoffentlich nicht als Parzvassallen erscheinen. Aber so etwas zu errichten, wird kaum möglich sein, weil die allgemeine Vorstellung ist, daß „bekannte" Persönlichkeiten dem Wähler mehr bedeuten — als unbekannte Jugend.

Es wird uns nicht möglich sein, einen wirksamen Parteiapparat aufzubauen, die Millionen D-Mark zusammenzubekommen, die dem an Propaganda sich orientierenden Staatsbürger genügend Vertrauen einflößt. Im Gegensatz zu den Kuratorien werden wir von gewerkschaftlicher Hilfe abgeschnitten sein. — Nur, wenn das Gegenteil garantiert werden könnte, — dann wäre ich eventuell für den Versuch.

Was muß meines Erachtens geschehen?

Es muß eine Alternative geschaffen werden, die deutlich erkennen läßt, daß man dem oppositionellen und unzufriedenen Wähler die Möglichkeit bietet, an der Wahlurne seinen Protest kundtun. Aber der Anspruch,

selbst Parlamentspartei zu werden, muß deutlich abgegrenzt sein. Wir wollen und sind dann die Vertretung (wenn es aus formalen Gründen nötig sein sollte, dann eben die „Partei") der Kräfte, die nicht ins Lager der Nichtwähler gestoßen werden sollen — und eine Alternative haben. Ist der Wählerwille so stark, daß die Konsequenz ist, daß doch eine Gruppe gewählt wird, daß die 5% übersprungen werden, dann wird das besondere Problem sein: offene Bewegung zu bleiben — oder einheitliche Partei zu werden.

Eine Partei braucht ein „Programm", einheitliche Satzungen, feste Mitglieder. Welche Wähler werden wir mit Programmen erreichen, an die sich auch die Programme der großen Parteien vor den Wahlen annähern? Es kommt nicht auf das an, was man verspricht; es kommt darauf an, die fünf entscheidenden Punkte, die bisher von den außerparlamentarischen Gremien aufgespießt worden sind, herauszustellen — und in breitem Rahmen die aufzurufen, hier ihr Bekenntnis abzulegen. Subtile Programme ergeben wenig. In den von uns herausgestellten fünf Punkten ist ersichtlich, daß die bisherigen Bundesparteien versagt haben (die FDP — solange sie Regierungspartei war).

Fritz Lamm

Brief an einige Genossen: zur Bundestagswahl 1969

Ich kann mir denken, daß vor allem die Gesprächsteilnehmer meiner Generation daran denken, daß wir zu den Bundestagswahlen eine Alternativpartei brauchen. Ich bin gegen eine solche Partei und will einige meiner wichtigsten Argumente darlegen. Zuvor eine Einschränkung:

Ich bin allerdings der Meinung, daß man nicht jahrelang an Ostern marschieren und demonstrieren kann gegen Aufrüstung und Westbündnis, gegen Notstandsgesetze und für Aufbau sozialer und kultureller demokratischer Institutionen, für den Schutz der Demokratie — und dann anläßlich der Wahlen — den Ostermarschierern keine Alternative bietet. Ebenso fragen die Anhänger der Kuratoriumsbewegung „Notstand der Demokratie" natürlich, wen und was sie nun wählen sollen — und viele andere auch: ich bin für Alternative, aber gegen Partei.

Da unsere Mitstreiter und die von uns Mobilisierten oder Infizierten unter

Demokratie vor allem Parlamentarismus und Beteiligung an Wahlen verstehen, werden wir auch nicht umhin können, etwas anzubieten, wo der Linksoppositionelle seinen Protest auch anläßlich der Wahlen kundtun kann.

Warum gegen Partei? 1. eine hypothetische Überlegung. Hätte es eine linke Oppositionspartei im Bundestag gegeben, — dann wäre möglicherweise die große außerparlamentarische Bewegung, die die Notstandsgesetze bisher verhindert hat, gar nicht zustande gekommen. Viele Gewerkschaftler und Professoren hätten sich wohl nicht zum Sprecher einer Bewegung gemacht, die — wie auch immer abgegrenzt und getarnt — doch nur dieser oppositionellen Bundestagspartei genützt hätte. Jede Parlamentspartei wird mit außerparlamentarischen Fronten im wesentlichen nur den Kreis der eigenen Sympathisierenden erreichen, auch erweitern. Aber sie wird nicht — wie es bei der Notstandsgesetzgebung möglich geworden ist —, einen weiten Einbruch in die Reihen der anderen Parteien und Gruppen erreichen, die in ihnen die Unsicherheit und die Diskussion fördert — und dadurch Bedeutung gewonnen hat. Ich fürchte, es wären die Notstandsgesetze längst angenommen worden, wenn wir eine Antinotstandspartei gehabt hätten. Die „überparteiliche" Haltung der Gewerkschaften, die in unserem akuten Falle so segensreich war, hätte wohl kaum zugelassen, daß Gewerkschaftler sich so engagieren, wie es geschehen ist.

Ich warne davor, daß wir Intellektuelle und Funktionäre unser eigenes Bewußtsein mit dem der Massen verwechseln, die man für eine neue Partei braucht. Selbst wenn die Enttäuschung über die Koalitionsregierung sich vermehren sollte durch drastische Einschränkung des Lebensstandards der abhängigen Lohn- und Gehaltsempfänger, braucht es eine lange Zeit der Desillusionierung und geistigen Bearbeitung, bis man diese von ihren Bindungen und Erwartungen loseist und zu neuen Voten bringt. Ich stehe vielleicht etwas mehr in aktiver Betriebsarbeit und Gewerkschaftsarbeit als die anderen Teilnehmer am Gespräch — und wage daher zu behaupten, daß ein Einbruch in die Wählerschichten der SPD (denn im wesentlichen handelt es sich nur um diese) bis 1969 nicht erreicht werden kann. Man wird einige gewinnen, aber keine bedeutsame Anzahl. Das Mißtrauen gegen „unbekannte", „neue" Parteien, gegen Experimente ist viel größer bei diesen Wählern als die Enttäuschung über die bestehenden Apparate. Der sozialdemokratische Wähler ist dem Kirchenmitglied zu vergleichen, das dabei bleibt, auch wenn es schon nicht mehr an Gott glaubt — und häufig auf die Pfaffen schimpft. In vielen krisenhafteren Zeiten, in wirklich aufgeregten Zeiten — als die Massen sich verlassen fühlen konnten — und waren, in den Jahren vor 1933 habe ich bei der Gründung der SAP mit mehr Recht als heute hoffen können, daß es uns gelänge, die Enttäuschten wenigstens bei der geheimen Wahl zu erreichen. Das war damals ein Irrtum; — es wird in den viel weniger erschütterten Verhältnissen heute erst recht ein Irrtum sein.

Wir dürfen nicht unterschätzen, daß wir die erstickend brüderliche Umarmung der DDR-Sendung und der SED-KPD-Propaganda haben werden. Gewiß sagen heute viele Kollegen: — man sollte die DDR endlich anerkennen, — aber denselben Leuten kann eine Partei verdächtig sein, die das fordert.

Ich halte einen wesentlichen Einbruch in die Reihen der alten traditions-

gebundenen Arbeitnehmer-Wähler-Schichten schon 1969 für mehr als unwahrscheinlich. Fragt sich, ob eine neue Parlamentspartei die Jungwählerschaft mobolisieren kann. Nach allen Erfahrungen der letzten Zeit geht der Jungwähler ungern zur Wahl, um für eine Partei zu votieren. Die jungen Wähler — unser einzig mögliches und auf Dauer wichtiges Reservoir — sind durch eine neue Partei alten Stils nicht zu gewinnen. Die parlamentarische Demokratie hat sich nicht nur gewandelt, sie hat mit diesem Wandel eben auch zu größeren Reserven (glücklicherweise) bei der Jugend — und nicht bei ihren schlechtesten Teilen — gewirkt. Nur wenn es uns gelingt, eine — na, sagen wir mal: „Front der Jungen" zu schaffen, etwas im Stil und im Anspruch Neues, dann könnte von dort eine größere Anzahl bewegt werden.

So wenig wie Otto Brenner, Gefeller und andere ihre Mitgliedschaft in der SPD aufgeben werden, so wenig — nein: viel weniger wird es die mittlere Schicht der Gewerkschaftsfunktionäre tun (oder doch nur: wenn die oben offen und deutlich vorausgingen). Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor und nach 1914 hat tiefe Furchen selbst heute noch im Gefolge. Alle leninistischen Parteivorstellungen — müssen unter unseren Bedingungen versagen, heute wie einst.

Sie müssen es auch aus einem anderen Grunde: „Die" leninistische Partei zu schaffen, kann uns bis Herbst 1969 gar nicht mehr gelingen, selbst wenn wir es wollten. Das setzt eine durch lange Zeit erarbeitete Kaderorganisation auf der Basis zentralistischer Einheit und klaren Programms voraus, — und könnte auch nur in revolutionären Zeiten Massen hinter sich bringen.

Wie immer die neue Linkspartei aussehen mag, sie wird die linken Sozialdemokraten kaum gewinnen, eher stärker an ihre alte SPD binden. Das gilt nicht nur für die linken, die von der SPD als Kandidaten nominiert werden — und die einen Anhang in ihren Bezirken haben. Das gilt für eine breite Front linker Sozialdemokraten. (Typisch dafür scheint mir der Aufsatz von Vilmar in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" zu sein: „Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften" — Dezember 67).

Rezension

Leo Löwenthal und Norbert Gutermann

Agitation und Ohnmacht

Auf den Spuren Hitlers im Vorkriegsamerika.

Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, 1966, 86 S., DM 6,95.

(Gekürzte Ausgabe des amerikanischen Buches: Prophets of Deceit, New York 1949)

Dieses Buch zeigt uns, welchen Wert die psychoanalytische Deutungstechnik für die Aufhellung scheinbar unverständlicher dämonischer sozialer Phänomene hat. Löwenthal und Gutermann analysieren die Zeichen, mit denen der Demagoge an verdrängte infantile Konflikte seiner Zuhörer appelliert. Untersucht wurden die Reden und Broschüren von Agitatoren aus den USA während der 40iger Jahre (vor, während und nach dem II. Weltkrieg). Kennzeichen des faschistischen Agitators ist, daß er durch den Appell an verdrängte Triebwünsche keinesfalls eine Bewußtseinsbildung anstrebt. Er findet zwar Worte für solche Bedürfnisse, verspricht aber nicht deren Befreiung, sondern verstärkt Schuldgefühle und Hoffnungslosigkeit; denn im Grunde soll alles beim alten bleiben.

Es sind im wesentlichen Impulse und Reaktionsbildungen aus der analen Phase der Individuen, die der amerikanische Demogoge zur Zeit Hitlers ansprach: sadistische und masochistische Züge (Aufruf zur Säuberung, „Auf zur Jagd", Ausrottung von Ungeziefer) und Neid (auf den Luxus der Reichen, die Abstinenz predigen). Aber auch Anspielungen auf die ödipale Situation und verbotene Inzestwünsche fehlen nicht (Konstrukt der Ehe zwischen Kommunismus und Kapitalismus als jüdisches Verbrechen). Ebenso wenig fehlt der Regreß auf paranoide Verschwörungs- und Verfolgungsideen (internationales Judentum als allmächtiger Drahtzieher der Geschichte).

Der faschistische Agitator bannt seine Anhänger auf ihren infantilen und rohen Triebimpulsen fest: er muntert sie dazu auf, ihrer analen Aggressivität freien Lauf zu lassen, indem er sie die Lust am Untergang lehrt; er bündelt ihre projektive und verzerrende Wahrnehmungsfähigkeit auf ein starres Freund-Feind-Schema und ein reales Feindobjekt.

Alle repressiven politischen Aktionen haben den Zweck, strukturverändernde Gesellschaftsreform zu vermeiden und die Mitglieder der Gesellschaft weiterhin in der Situation infantiler Ohnmächtigkeit zu belassen. Der Demagoge der Hitler'schen Zeit symbolisierte den großen Befreiungsakt mit einem großen Hausputz, in dem „zugleich lächerlichen und drohenden Bild der Hausfrau, die ihre täglichen Arbeiten verrichtet" (S. 84).

Es ist fraglich, ob dieses Symbol heute noch den gleichen sozialpsychologischen Stellenwert hat. Es scheint, daß zunehmend Metaphern für orale Abhängigkeitswünsche besondere Zugkraft gewinnen. Z. B. waren unsere beiden größten Parteien schon vor ihrer Kartellierung mit der Parole „Sicherheit" in gemeinsamem demagogischen Interesse verbunden. Auch hier schloß der demagogische Appell bereits die kommende Enttäuschung durch den Betrug ein.

Heide Berndt

antonin artaud
das theater und sein double
ästhetik des
modernen theaters
mit schwarz-weiß-tafeln
ca. dm 19,80

3

leo trotzkij
literatur und revolution
essays zur problematik
einer revolutionären kunst
und literatur
erste vollständige
deutsche ausgabe
ca. dm 24,–

18

40 plakate der russischen
revolution (1917–1929)
in authentischer wiedergabe
nach originalen in der
lenin-bibliothek, moskau
alle plakatinschriften
sind übersetzt
und ausführlich kommentiert
format: 50 x 70 cm / dm 110,–
die plakate sind im buch-
handel auch einzeln erhältlich

21

gerhardt verlag berlin
1000 berlin 31
jenaer strasse 7

Wenn es
um
Drucksachen
geht

sei es
des Termines
oder der
Qualität wegen

DRUCKEREI
ALFRED W. DUNKER

6 Frankfurt am Main
Lange Straße 31
Telefon 28 25 64